



01

2008

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz 2050

Materialkonto



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Sandra Jonas

Ende 2006 lebten 4,05 Mill. Menschen in Rheinland-Pfalz. Nach der mittleren Variante der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorberechnung werden es im Jahr 2020 gut 3,9 Mill. (-3,2%) und im Jahr 2050 nur noch 3,45 Mill. Menschen (-14,9%) sein.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

01 2008

Statistische Monatshefte

61. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	003
Erwerbstätige ■ Verdienste ■ Industrie ■ Unternehmen Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Bautätigkeit ■ Handwerk Eheschließungen ■ Bevölkerung ■ Familien ■ Studierende Energie ■ Verkehr ■ Personalstand ■ Preise	
Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006) Teil 1 – Ergebnisse auf der Landesebene	023
Das Materialkonto – Grundlage zur Beschreibung des gesellschaftlichen Stoffaustauschs	037
Daten zur Konjunktur	046
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	071
Neuerscheinungen	081

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Günstige Arbeitsmarkt- entwicklung setzt sich fort

Erwerbstätigkeit im dritten Quartal um 1,7% gestiegen

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat sich auch in den Sommermonaten fortgesetzt. Im dritten Quartal 2007 hatten 1,834 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ gut 30 000 Personen bzw. 1,7% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) nahm die

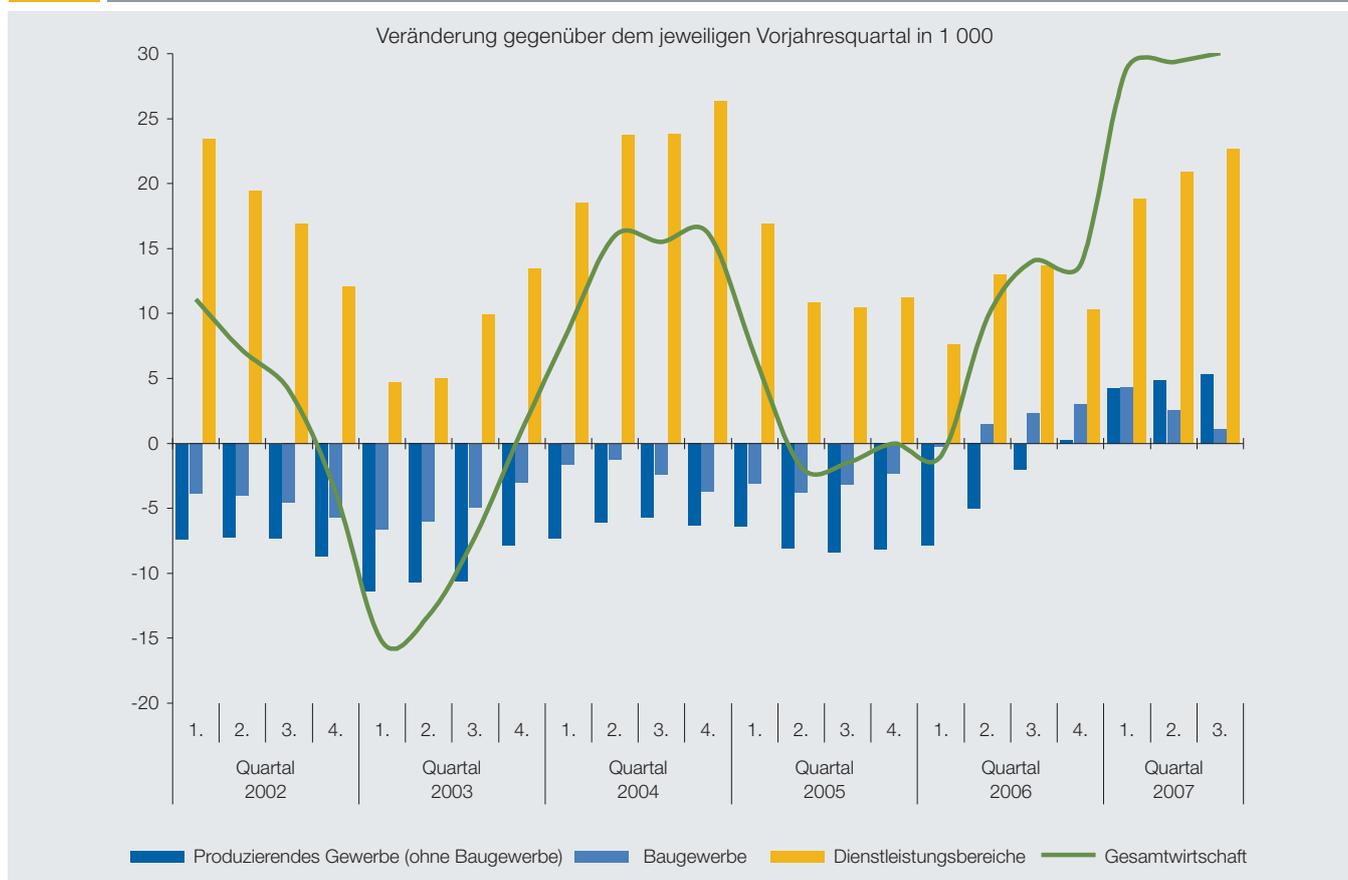
Zahl der Erwerbstätigen um 1,6% zu, im Bundesdurchschnitt lag der Beschäftigungszuwachs ebenfalls bei 1,6%. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.

Im dritten Quartal 2007 verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz sogar etwas günstiger als in den ersten beiden Vierteljahren, für die ein Beschäftigtenanstieg um jeweils 1,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal registriert wurde.

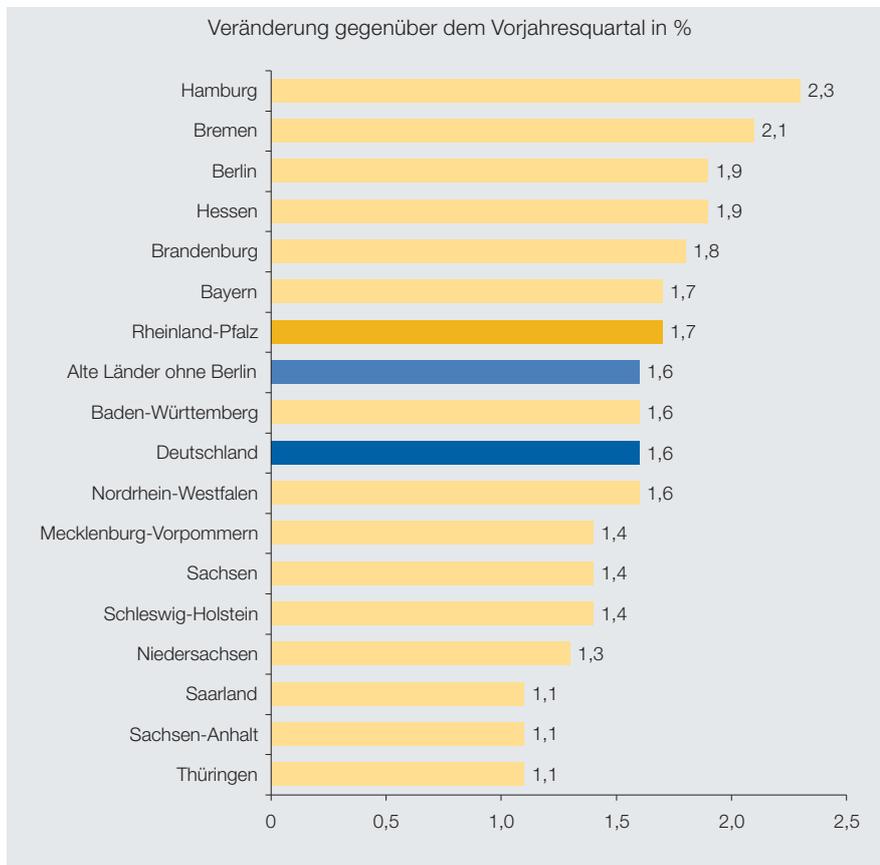
Maßgeblichen Anteil am Beschäftigungsaufbau hatten die Dienstleis-

tungsbereiche: im Vorjahresvergleich erhöhte sich hier die Zahl der Erwerbstätigen um insgesamt 22 600 bzw. 1,8%. Der kräftigste Zuwachs war im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zu verzeichnen; hier stieg die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 3,5%. Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern, dem größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, betrug der Anstieg 1,4% und war damit kräftiger als in den beiden vorangegangenen Quartalen. Der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ legte wie im ersten und zweiten Quartal um 1,2% zu.

Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2002–2007 nach Wirtschaftsbereichen



Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2007 nach Ländern



Auch im produzierenden Gewerbe hat es im dritten Quartal einen Beschäftigungszuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum gegeben, allerdings fiel er nicht ganz so stark aus wie in den ersten beiden Quartalen 2007. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg hier um 6 400 Personen bzw. 1,4%. Die Zunahme hat sich im Verlauf des Jahres etwas abgeschwächt, da das Beschäftigungsplus im Baugewerbe mit 1% deutlich geringer ausfiel als zu Beginn des Jahres. Dagegen war im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit +1,5% eine höhere Zunahme zu verzeichnen als im ersten (+1,2%) und zweiten Vierteljahr (+1,4%). In der

Land- und Forstwirtschaft waren gut 1 000 Personen bzw. 2% mehr tätig als im dritten Quartal 2006.

Detaillierte Ergebnisse können auf der Internetseite des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung, dem das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz angehört, abgerufen werden (www.vgrdl.de).

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Zahl aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der au-

ßerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Die Ergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom 20. November 2007.

Vollzeitkräfte verdienen brutto knapp 3 000 Euro im Monat
Erste Ergebnisse der neuen Vierteljährlichen Verdiensterhebung

Die Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Rheinland-Pfalz lagen im zweiten Quartal 2007 bei durchschnittlich 2 988 Euro. Die rheinland-pfälzischen Beschäftigten verdienen damit etwas weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen im früheren Bundesgebiet, die einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 3 155 Euro erhalten. Die Verdienste der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen sich zudem um 15%, wenn Sonderzahlungen, wie tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien,

Bezahlte Wochenstunden, Bruttostundenverdienst und Bruttomonatsverdienst im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 2. Quartal 2007 nach Beschäftigungsumfang

Wirtschaftsbereich	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
	Stunden	EUR			
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer					
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	38,8	20,51	17,74	3 455	2 988
produzierendes Gewerbe	38,6	22,66	18,81	3 797	3 152
darunter verarbeitendes Gewerbe	38,3	23,41	19,18	3 900	3 195
Dienstleistungsbereich	39,0	18,32	16,64	3 104	2 819
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer					
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	22,8	15,32	14,24	1 517	1 409
produzierendes Gewerbe	23,5	19,35	16,02	1 973	1 633
darunter verarbeitendes Gewerbe	23,7	19,74	16,16	2 031	1 662
Dienstleistungsbereich	22,7	14,65	13,94	1 443	1 373

in die Betrachtung einbezogen werden. Eine genauere Analyse der Sonderzahlungen ist allerdings erst im Rahmen einer Jahresbetrachtung sinnvoll. Die folgenden Angaben beziehen sich daher auf die Monatsverdienste ohne Sonderzahlungen.

Die Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen betragen im zweiten Quartal 2007 durchschnittlich 2 502 Euro und erreichten somit knapp 79% des Verdienstniveaus der männlichen Kollegen, das bei 3 169 Euro lag.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen waren deutliche Differenzen auszumachen. So verdienten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie mit durchschnittlich 3 152 Euro im Monat über 300 Euro mehr als die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (2 819 Euro). Innerhalb des produzierenden Gewerbes reichte die Spanne von unterdurchschnittlichen Verdiensten, wie beispielsweise im Ernährungsgewerbe mit

2 609 Euro oder im Baugewerbe mit 2 651 Euro, bis hin zu Bruttomonatsverdiensten von 4 049 Euro in der chemischen Industrie und 4 097 Euro bei den Energieversorgern. Die Verdienstunterschiede liegen zum einen in der Beschäftigtenstruktur begründet; beispielsweise haben die chemische Industrie und die Energieversorger einen relativ hohen Anteil an gut ausgebildeten Beschäftigten. Zudem spiegelt sich in den Verdiensten auch die Produktivität von Wirtschaftszweigen wider. So ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, in der kapitalintensiven chemischen Industrie fast dreimal so hoch wie im Ernährungsgewerbe und mehr als dreimal so hoch wie im Baugewerbe.

Die Ergebnisse der Verdiensterhebung offenbaren zudem erhebliche Unterschiede zwischen den Bruttostundenverdiensten der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und denen ihrer teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und

Kollegen. Betrugen die Stundenverdienste der Vollzeitbeschäftigten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 17,74 Euro, so lagen sie für die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten lediglich bei 14,24 Euro. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Teilzeitbeschäftigte in geringerem Umfang für höher qualifizierte und damit höher bezahlte Arbeiten eingesetzt werden. Auch sind Teilzeitbeschäftigte in stärkerem Umfang im Dienstleistungsbereich tätig, der ein geringeres Verdienstniveau als die Industrie aufweist.

Die neue Vierteljährliche Verdiensterhebung löste zum 1. Januar 2007 die Laufende Verdiensterhebung und die Bruttojahresverdiensterhebung ab. Aufgrund methodischer Änderungen sind die Daten mit den Ergebnissen der Laufenden Verdiensterhebung nicht direkt vergleichbar. Im Rahmen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden in Rheinland-Pfalz gut 2 300 Betriebe aus dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche

Verwaltung) zu Verdiensten und Arbeitszeiten der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befragt. Einbezogen werden auch Sonderzahlungen wie Leistungsprämien oder Weihnachtsgeld.

Industrie verzeichnet kräftigen Auftragszuwachs

Auslandsorder deutlich im Plus

Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz erhielt im Oktober 2007 deutlich mehr Aufträge als im gleichen Monat des Vorjahres. Die

Auftragseingänge legten preisbereinigt um knapp 18% zu. Mit einer Zuwachsrate von 24,4% gegenüber Oktober 2006 zeigten die Auftrags-eingänge aus dem Ausland eine ungebrochene Dynamik. Die Bestellungen aus dem Inland nahmen um 11% zu.

Das Ordervolumen war im Oktober 2007 bundesweit um 14% höher als im Oktober vorigen Jahres. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich um 19,5%, die aus dem Inland um 8,7%.

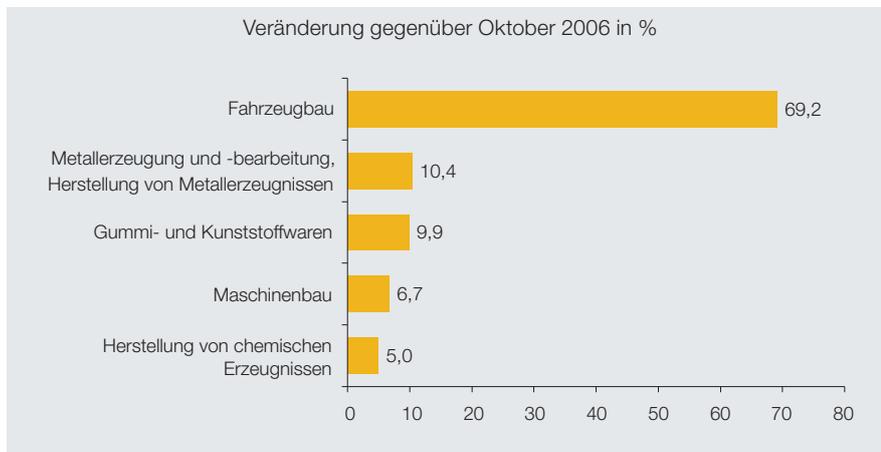
Der in Rheinland-Pfalz bedeutende Wirtschaftszweig „Fahrzeugbau“ erhielt im Vergleich zum Vorjahresmonat – bedingt durch starke Auslandsorder und auch aufgrund gestiegener Bestellungen aus dem Inland – insgesamt rund 69% mehr Aufträge. In der Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ erhöhte sich der Auftragseingang um 10,4%; es folgten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mit einem Zuwachs von 9,9%. Der Maschinenbau und die Hersteller chemischer Erzeugnisse steigerten ihr Gesamtordervolumen um 6,7 bzw. 5%.

Industrie setzte in den ersten zehn Monaten 10,5% mehr um

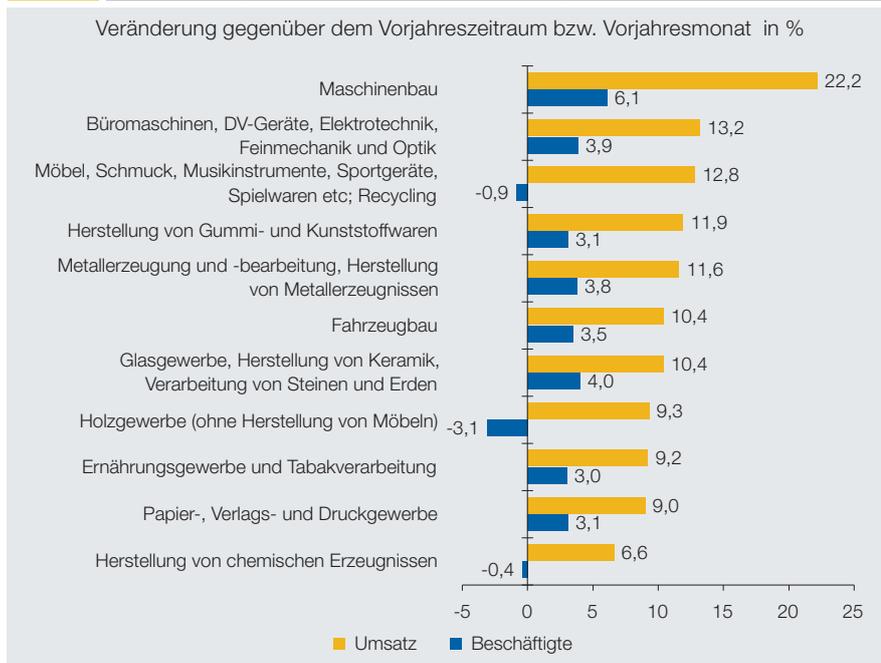
Konjunkturboom im Maschinenbau ungebrochen

Von Januar bis Oktober 2007 erzielten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe Umsätze in Höhe von nahezu 63,3 Mrd. Euro; das waren 10,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bundesweit wuchs der

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe im Oktober 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Umsätze von Januar bis Oktober 2007 sowie Beschäftigte der Industrie im Oktober 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Umsatz um 7,9%. Der Auslandsumsatz stieg in Rheinland-Pfalz um 12,2%, in Deutschland um 10,5%. Die Inlandsumsätze der rheinland-pfälzischen Industrie legten um 8,8% zu; bundesweit gab es hier eine Steigerung um 5,8%. Die Zahl der Industriebeschäftigten erhöhte sich gegenüber Oktober 2006 in Rheinland-Pfalz um 2,6% und in ganz Deutschland um 2,2%.

Der rheinland-pfälzische Maschinenbau boomt weiter; der Umsatz stieg um 22,2%. Seit Anfang 2006 weist diese Branche überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen auf. Die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ steigerte ihre Umsätze um 11,6%. Die Fahrzeugbauer erzielten Umsatzzuwächse von 10,4%, die Hersteller chemischer Erzeugnisse von 6,6%.

Im Oktober 2007 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Betriebe Umsätze von 6,7 Mrd. Euro. Dies entsprach einer Steigerung von 12% gegenüber Oktober 2006. Ins Ausland wurden Waren im Wert von knapp 3,3 Mrd. Euro geliefert; daraus errechnet sich eine Exportquote von 49,1%. Mit den Ländern der Eurozone wurde ein Umsatz von fast 1,7 Mrd. Euro getätigt. Die Inlandsumsätze beliefen sich auf 3,4 Mrd. Euro.

Industrie investierte im Jahr 2006 wieder stärker

Anstieg um 5,7% auf fast 2,2 Mrd. Euro

Die rheinland-pfälzische Industrie investierte im Jahr 2006 nahezu 2,2 Mrd. Euro. Das Investitionsvolumen stieg erstmals nach drei Jahren wieder und lag um 116,4 Mill. Euro bzw. 5,7% über dem Wert des Vor-

jahres. Trotz der Steigerung fiel die Investitionssumme um 10,2% unter den Durchschnitt der zurückliegenden zehn Jahre. Das Investitionsvolumen der deutschen Industrie lag im Jahr 2006 mit 48,6 Mrd. Euro um 6,8% über dem Vorjahreswert und um 1,3% unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre.

Der Hauptanteil der Investitionssumme entfiel in Rheinland-Pfalz mit 1,9 Mrd. Euro auf Maschinen und maschinelle Anlagen und war damit um 3,6% höher als im Jahr zuvor.

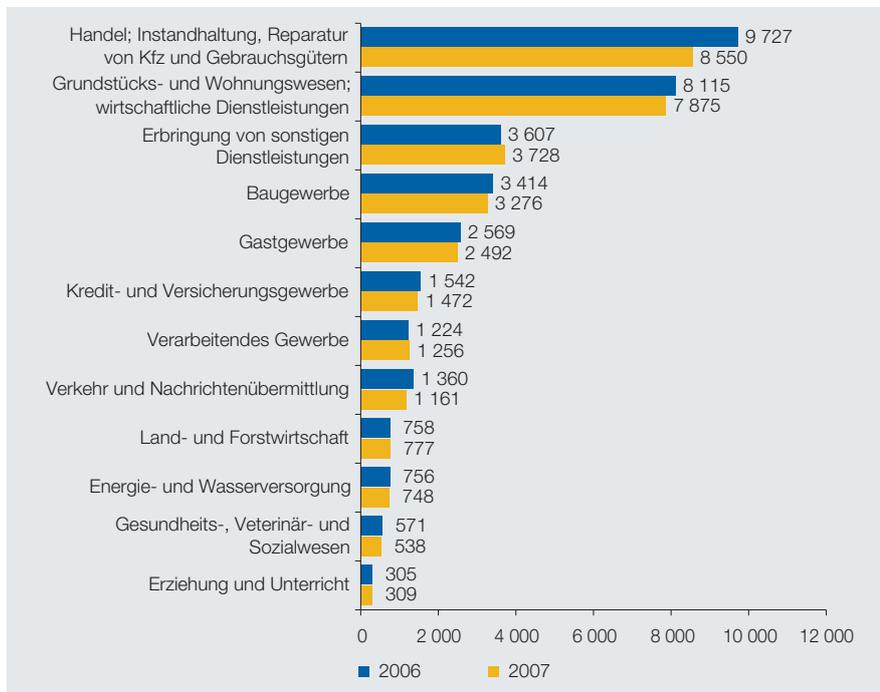
Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen investierten in Rheinland-Pfalz 654,2 Mill. Euro und vereinten fast ein Drittel der gesamten Investitionsausgaben der rheinland-pfälzischen Industrie auf sich. Sie steigerten ihre investiven Ausgaben gegenüber 2005 um knapp 40%. Die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ blieb trotz einer Investitionssumme von 262,4 Mill. Euro um 3,8% unter dem Vorjahreswert. Mit einem Investitionsvolumen von 208,4 Mill. Euro folgten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren auf Position drei, mit einer Steigerung von 32,4% gegenüber dem Vorjahreswert. Fast 30% weniger als im Jahr 2005 investierte das Ernährungsgewerbe einschließlich der Tabakverarbeitung (192,3 Mill. Euro). Der Fahrzeugbau gab mit 184 Mill. Euro 27% weniger für Maschinen, Gebäude und Anlagen aus als ein Jahr zuvor. Diese fünf Branchen investierten zusammen 1,5 Mrd. Euro und vereinten damit knapp 70% aller Investitionen im verarbeitenden Gewerbe auf sich.

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 2006 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bruttoanlageinvestitionen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	1 000 Euro	%
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	654 229	39,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	262 435	-3,8
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	208 424	32,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	192 305	-29,7
Fahrzeugbau	183 992	-27,0
Maschinenbau	172 829	37,0
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	131 098	-19,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	125 715	18,1
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	119 216	40,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	29 062	-6,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	26 314	-13,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	23 507	-26,7
Textil- und Bekleidungs-gewerbe	13 069	-56,7
Sonstige	10 944	17,1
Insgesamt	2 153 137	5,7

1) Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Gewerbebeanmeldungen von Januar bis September 2006 und 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Zahl der Gewerbebeanmeldungen rückläufig

Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 5,2% unter dem Wert des gleichen Vorjahreszeitraums. Die Gewerbeämter und die Starterzentren der Industrie- und Handelskammern registrierten insgesamt 32 194 Gewerbebeanmeldungen, das waren 1 760 weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen lag mit 25 829 um 0,9% unter dem Niveau des Vorjahres. Bundesweit ging die Zahl der Anmeldungen um 3,1% zurück, die Zahl der Abmeldungen lag um 0,7% über dem Vorjahreswert.

Die meisten Gewerbebeanmeldungen (8 550) betrafen den Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung, Reparatur von Kraftfahrzeugen und

Gebrauchsgütern“, gefolgt vom Abschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ (7 875). In beiden Bereichen konnten die Zahlen des Vorjahreszeitraums nicht erreicht werden. Auch bei den Gewerbebeanmeldungen lagen diese beiden Wirtschaftsabschnitte vorn.

Fast 84% der Anmeldungen waren Neuerrichtungen, knapp 9% betrafen Zuzüge aus anderen Meldebezirken, und gut 7% waren Übernahmen durch Kauf, Pacht, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Bei den Abmeldungen wurden fast 80% Aufgaben registriert, gut 11% waren Fortzüge und knapp 9% Übergaben durch Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Rechtsformänderung oder Gesellschafteraustritt.

Gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl stehen die kreisfreie Stadt Mainz mit 104,1 bzw. der Landkreis Mainz-Bingen mit 87,9 Anmeldungen je 10 000 Einwohner an erster Stelle im Land. Die relativ wenigsten Anmeldungen wurden in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (73,4) bzw. im Landkreis Trier-Saarburg (58,6) gezählt. Bei den Gewerbebeanmeldungen je 10 000 Einwohner errechnen sich für die kreisfreie Stadt Pirmasens (81,3) und den Landkreis Neuwied (76,7) die höchsten Werte. In der kreisfreien Stadt Trier (58,2) bzw. im Landkreis Trier-Saarburg (43,3) wurden die wenigsten Abmeldungen je 10 000 Einwohner registriert.

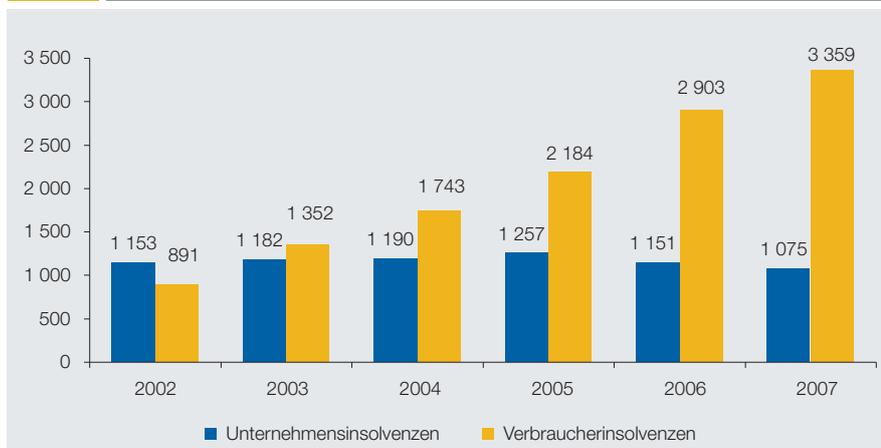
Die Zahlen der Gewerbebeanmeldungen dürfen nur mit Vorbehalt mit denen der Gewerbebeanmeldungen verglichen werden, da von einer tendenziellen Übererfassung der Anmeldungen und einer Untererfassung der Abmeldungen ausgegangen werden muss. Zwei wesentliche Gründe bestehen darin, dass nicht jede Gewerbebeanmeldung zur dauerhaften Tätigkeit eines neuen Gewerbebetriebs führt und andererseits viele wirtschaftlich nicht mehr aktive Betriebe erst verspätet oder gar nicht abgemeldet werden.

Unternehmensinsolvenzen gehen zurück

Verbraucherinsolvenzen stark angestiegen

Für die Monate Januar bis September 2007 wurden in Rheinland-Pfalz 1 075 Unternehmensinsolvenzen registriert. Das bedeutet einen Rückgang von 6,6% gegenüber dem

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen von Januar bis September 2002–2007



bis September 2007 um 15,7% auf 3 359 gestiegen.

Werden die Verbraucherinsolvenzen jeweils auf 10 000 Einwohner bezogen, so weisen die kreisfreie Stadt Pirmasens bzw. der Landkreis Kaiserslautern die höchste Insolvenzhäufigkeit auf. Die niedrigsten Quoten wurden für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen und den Landkreis Cochem-Zell ermittelt.

Bauhauptgewerbe steigert Umsätze

Auch Ausbaugewerbe mit positiven Vorzeichen

Der Umsatz im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ist in den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 gestiegen. Die Branche erzielte im Zeitraum von Januar bis September

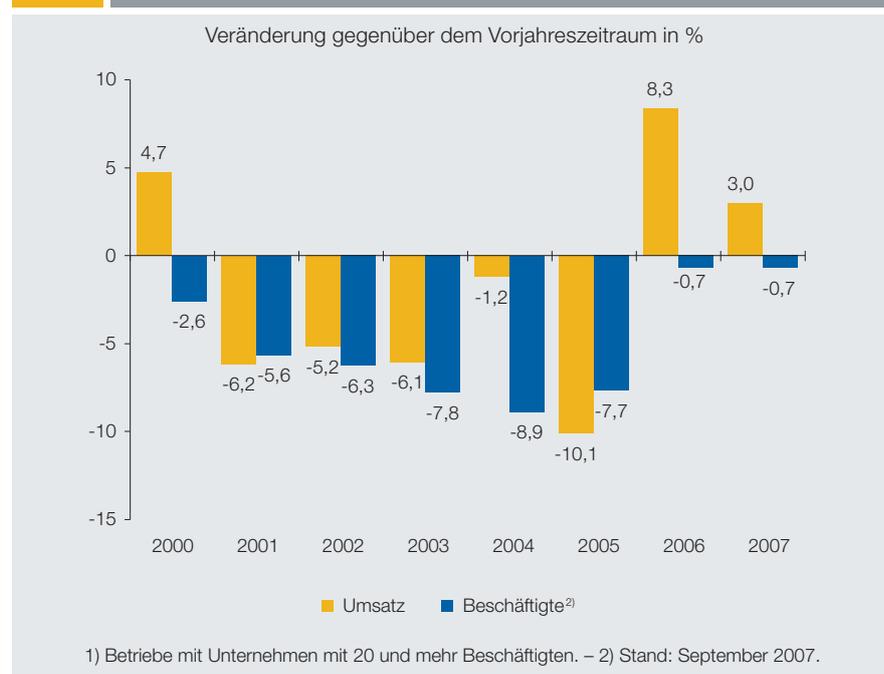
gleichen Vorjahreszeitraum. Fast 30% dieser Unternehmen stehen bei ihren Gläubigern mit jeweils mehr als 250 000 Euro „in der Kreide“.

Im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ wurden trotz eines Rückgangs von 7,4% gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 2006 die meisten Unternehmensinsolvenzen verzeichnet (214). An zweiter und dritter Stelle lagen mit 203 bzw. 198 eröffneten Insolvenzverfahren die Wirtschaftsabschnitte „Baugewerbe“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister“.

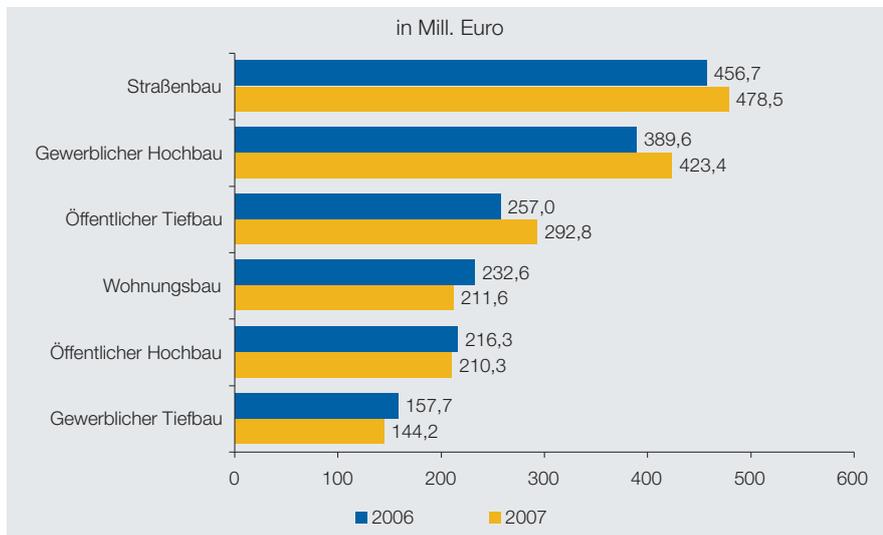
Werden die Unternehmensinsolvenzen auf die Zahl der aktiven Unternehmen bezogen, so ergeben sich für die kreisfreie Stadt Koblenz mit 10,7 bzw. den Landkreis Vulkaneifel mit 12,9 Insolvenzen je 1 000 Unternehmen die höchsten Werte. Die kreisfreie Stadt Neustadt (3,2) und der Landkreis Birkenfeld (3,9) hatten die niedrigsten Quoten je 1 000 aktive Unternehmen.

Deutlich angestiegen ist erneut die Zahl der Insolvenzen von übrigen Schuldern. Für diese Gruppe wurden 8,5% mehr Insolvenzfälle gemeldet als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2006. Der größte Teil entfällt dabei auf die Verbraucherinsolvenzen. Deren Zahl ist im Zeitraum von Januar

Baugewerbliche Umsätze und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹⁾ im 1.–3. Quartal 2000–2007



Baugewerblicher Umsatz des Bauhauptgewerbes im 1.–3. Quartal 2006 und 2007 nach Gewerbebezweigen



Umsätze in Höhe von rund 1,76 Mrd. Euro, das waren 3% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Beschäftigten lag im September mit 17 574 um 0,7% unter dem Vorjahreswert. Bundesweit waren die Umsätze in den ersten drei Quartalen 4,2% höher als im Vorjahr, die Zahl der Beschäftigten sank gegenüber dem September 2006 um 1%.

Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass lediglich in den ersten drei Monaten

zweistellige Umsatzzuwachsrate erzielt werden konnten. Im September dieses Jahres musste sogar ein Umsatzrückgang von über 8% gegenüber dem September 2006 verbucht werden.

Der größte Umsatzanteil entfiel in den ersten drei Quartalen mit 478 Mill. Euro auf den Straßenbau; gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 4,8%. Der gewerbliche Hochbau legte um 8,7% auf 423 Mill. Euro zu.

Der öffentliche Tiefbau bescherte den Unternehmen knapp 293 Mill. Euro Umsatz und mit 13,9% den größten prozentualen Zuwachs. Dagegen gingen die Umsätze im Wohnungsbau um 9% auf rund 212 Mill. zurück. Geringere Umsätze als im Vorjahr erzielten auch der öffentliche Hochbau (-2,8%) und der gewerbliche Tiefbau (-8,6%).

Positive Vorzeichen meldet das Ausbaugewerbe, das in den ersten drei Quartalen Umsätze in Höhe von 754 Mill. Euro verbuchte. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war das eine Zunahme um 9,8%. Die Zahl der Beschäftigten lag im September mit 11 560 um 3,5% höher als ein Jahr zuvor.

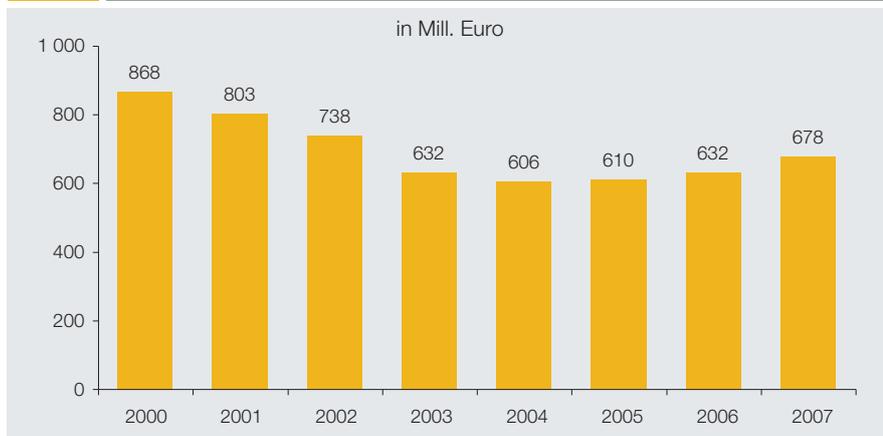
Mehr Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Investitionssumme deutlich höher als im Vorjahreszeitraum

Von Januar bis September 2007 genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz 1 189 neue Nichtwohngebäude mit voraussichtlichen Baukosten von fast 678 Mill. Euro. Die Zahl der geplanten Vorhaben liegt um 3,8% höher als im Vorjahreszeitraum, die Investitionssumme ist um 7,3% gestiegen. Bundesweit hat die Zahl der genehmigten Gebäude um 0,4% abgenommen, die veranschlagten Investitionskosten liegen um 9,8% über dem Vorjahreswert.

Von den geplanten Bauvorhaben bilden in Rheinland-Pfalz die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 700 Baufreigaben die größte Gruppe

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Neubauten im Nichtwohnbau im 1.–3. Quartal 2000–2007



(Vorjahreszeitraum: 696 Gebäude). Es folgen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 306 sowie die Büro- und Verwaltungsgebäude mit 89 Neubauten. Daneben wurden noch 16 Anstaltsgebäude sowie 78 sonstige Nichtwohngebäude zum Bau freigegeben.

Unter den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden haben die Handels- und Lagergebäude den größten Anteil. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2007 wurden mit 372 solcher Gebäude geringfügig mehr Vorhaben genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Die darin vorgesehene Nutzfläche von 444 400 m² ist aber um 13,7% niedriger als in den ersten drei Quartalen 2006, die voraussichtlichen Baukosten liegen mit gut 213 Mill. Euro um 17% unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Die Anzahl der Baufreigaben für Fabrik- und Werkstattgebäude übersteigt mit 191 zwar nur geringfügig den Vorjahreswert (186 Gebäude). Diese sind aber mit 2,3 Mill. m³ Rauminhalt mehr als doppelt so groß wie die 2006 geplanten Gebäude (1,1 Mill. m³); ihre Nutzfläche liegt um 68% über dem Vorjahreswert. Die veranschlagten Investitionen sind mit knapp 45 Mill. Euro um 58% höher als im Vorjahr.

Handwerk setzte im dritten Quartal mehr um

Beschäftigungszuwächse gegenüber dem Vorjahr

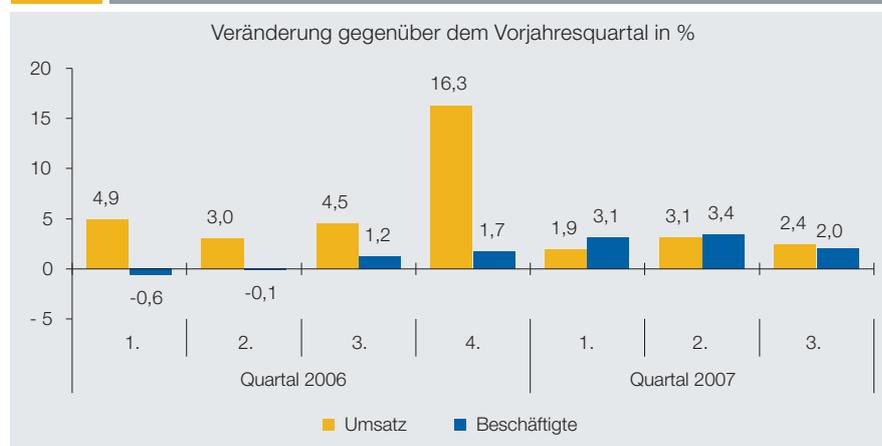
Die positive Entwicklung im rheinland-pfälzischen Handwerk hat sich im dritten Quartal 2007 fortgesetzt. Die Umsätze waren um 2,4% höher

als im gleichen Vorjahresquartal. Die Zahl der Beschäftigten lag um 2% über dem Vorjahreswert. Bundesweit stiegen die Umsätze um 1,2%, die Zahl der Beschäftigten war um 0,2% höher als Ende des dritten Quartals 2006.

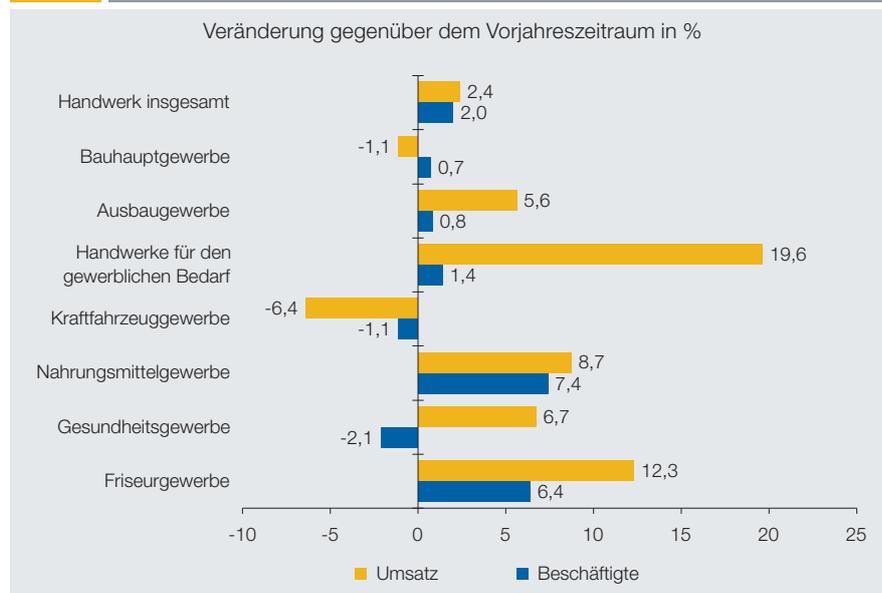
Den stärksten Umsatzanstieg hatten im dritten Quartal die Handwerke für den gewerblichen Bedarf

(Metallbauer, Feinwerkmechaniker, Informationstechniker) mit einem Plus von 19,6% zu verzeichnen. Die überdurchschnittlich starke Umsatzsteigerung in diesem Gewerbebereich ist maßgeblich auf die gute Entwicklung im Metallbau zurückzuführen (+31%). Auch im Friseurgewerbe (+12,3%), im Nahrungsmittelgewerbe (+8,7%) sowie im Ausbaugewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk 2006 und 2007



Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Quartal 2007 nach Gewerbebezweigen



be (+5,6%) war ein deutlicher Anstieg der Umsätze zu beobachten. Im Kraftfahrzeuggewerbe ergab sich dagegen ein spürbarer Umsatzrückgang von 6,4%, während im Bauhauptgewerbe eine leichte Einbuße (-1,1%) zu registrieren war.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich lediglich im Kraftfahrzeuggewerbe (-1,1%) sowie im Gesundheitsgewerbe (-2,1%) verringert. Im Nahrungsmittelgewerbe und im Friseurgewerbe war der Beschäftigungsanstieg mit +7,4 bzw. +6,4% am stärksten. Eine geringe Zunahme der Beschäftigung verzeichneten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+1,4%), das Bauhauptgewerbe (+0,7%) und das Ausbaugewerbe (+0,8%).

Am 07.07.07 in den siebten Himmel?

Hochzeitsrekord an „unvergesslichem“ Tag

Die Zahl 7 gilt unter Abergläubischen als Glückszahl. Glück hoch drei versprachen sich offensichtlich viele Paare, die den 07.07.07 als Tag für den Start ins Eheglück wählten. Vielleicht spielten bei vielen aber auch praktische Erwägungen für die Wahl eines derart einprägsamen Datums eine Rolle; schließlich ist die Gefahr, einen solchen Hochzeitstag zu vergessen, nicht so groß. Auf jeden Fall bescherte der 7. Juli 2007 den Standesbeamten im Land zahlreiche Überstunden. An diesem Tag sorgten 963 heiratswillige Paare für einen Ansturm auf die Standesämter. Das waren weit mehr als an jedem anderen Tag des Jahres. Damit heiratete

ein Drittel aller Paare, die sich im Juli das Ja-Wort gaben, an diesem besonderen Tag.

Wer sich zu spät entschied, hatte unter Umständen das Nachsehen. Denn viele Standesämter waren bereits frühzeitig ausgebucht. Aber immerhin bot sich noch eine zweite Chance, denn der 20.07.2007 war durchaus auch ein attraktives Datum. Der Tag fiel allerdings auf einen Freitag und zog mit 503 Eheschließungen dann doch deutlich weniger Heiratswillige an. Die Hochzeiten der beiden besonderen Tage machten zusammen rund die Hälfte der Eheschließungen im Monat Juli aus.

Es bleibt zu hoffen, dass die an einem solchen magischen Datum geschlossenen Ehen nicht wieder im verfluchten siebenten Ehejahr geschieden werden.

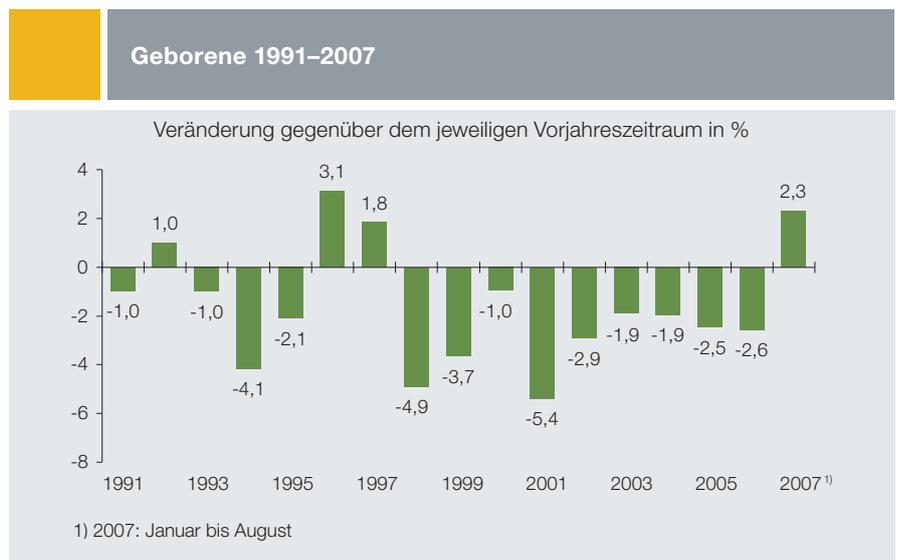
Mit rund 3 100 Hochzeiten geht der Juli als der Monat mit den meisten Trauungen des Jahres in die Statistik ein. Ein Jahr zuvor war dies – wohl

wegen des 06.06.06 – der Juni (2 900) und im Jahr 2005 der Mai (3 000). Auch die kommenden Jahre halten noch einige einprägsame Tage für Hochzeiten bereit.

So viele „Highlights“ dürfen über eine Tatsache nicht hinwegtäuschen: Langfristig ist die Zahl der Eheschließungen rückläufig. Und auch die zukünftige Entwicklung ist vorgezeichnet, denn der demografische Wandel bringt es mit sich, dass es immer weniger junge Menschen im heiratsüblichen Alter geben wird.

Mehr Kinder erblicken das Licht der Welt

In den ersten acht Monaten des Jahres 2007 wurden in Rheinland-Pfalz 20 860 Babys geboren. Das waren 462 Kinder bzw. 2,3% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Bundesdurchschnitt lag der Zuwachs bei rund 1%. Damit wird es in Rheinland-Pfalz zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einen Anstieg der Geborenenzahlen geben.



Zuletzt war die Geburtenzahl im Jahr 1997 auf 41 677 gestiegen. Der darauf folgende jährliche Rückgang brachte Abnahmeraten zwischen 1 und 5,4%.

Die aktuelle Entwicklung verläuft regional unterschiedlich. So sind in 14 der 36 Verwaltungsbezirke die Geburtenzahlen weiterhin rückläufig.

Den größten Rückgang verzeichnet bisher mit -9,1% der Rhein-Lahn-Kreis. Deutliche Zuwachsraten sind in erster Linie in den kreisfreien Städten zu registrieren. Neben Ludwigshafen, Koblenz und Landau, die ein Plus von je rund 12% aufweisen, ist insbesondere Frankenthal zu nennen; hier gab es im Vergleichszeitraum rund 20% mehr Geborene.

Der Anstieg der Geburtenzahlen könnte durch die Einführung des Elterngeldes verursacht sein; dafür spricht die Tatsache, dass die Zahl der Geburten im Dezember 2006 niedriger lag als in den Jahren zuvor. So wurden im letzten Monat des vergangenen Jahres nur 2 530, im Durchschnitt der fünf vorangegangenen Jahre aber 2 758 Kinder geboren.

Ob allerdings der Geburtenzuwachs bereits den Beginn einer Trendwende markiert, kann aus Sicht der Statistiker noch nicht belegt werden.

Angaben über die Anzahl der Geborenen erhält das Statistische Landesamt monatlich von den Standesämtern.

Alternative Familienformen immer häufiger anzutreffen

Anteil „traditioneller“ Familien sinkt

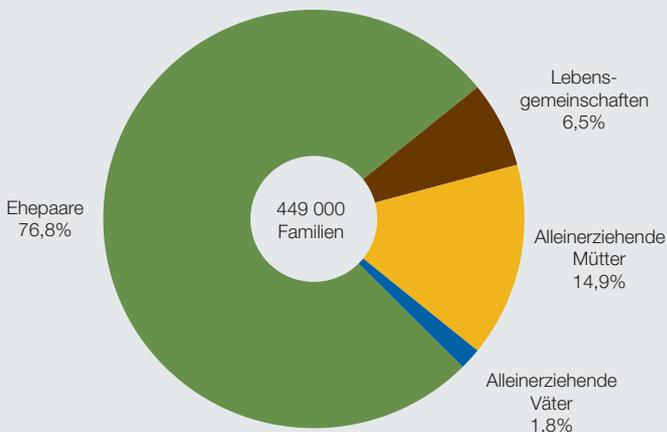
Die Bedeutung alternativer Familienformen, zu denen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern gerechnet werden, nimmt auch in Rheinland-Pfalz deutlich zu. Zählten im Jahr 1996 noch weniger als 15% der Familien mit minderjährigen Kindern zu diesen Formen des Zusammenlebens, so traf dies im Jahr 2006 bereits auf fast jede vierte Familie zu (gut 23%). Der Anteil traditioneller Familien, also Ehepaare mit Kindern, nahm entsprechend von 85 auf 77% ab. Wies Rheinland-Pfalz im Jahr 1996 unter allen Bundesländern noch den

Lebendgeborene von Januar bis August 2006 und 2007 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Januar bis August		Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	2006	2007	
	Anzahl		in %
Frankenthal (Pfalz), KS	204	245	20,1
Kaiserslautern, KS	496	533	7,5
Koblenz, KS	543	608	12,0
Landau i. d. Pfalz, KS	221	248	12,2
Ludwigshafen a. Rh., KS	939	1 050	11,8
Mainz, KS	1 056	1 131	7,1
Neustadt a. d. Weinstr., KS	274	277	1,1
Pirmasens, KS	211	225	6,6
Speyer, KS	258	261	1,2
Trier, KS	596	562	-5,7
Worms, KS	455	486	6,8
Zweibrücken, KS	179	185	3,4
Ahrweiler	608	603	-0,8
Altenkirchen (Ww.)	708	656	-7,3
Alzey-Worms	650	641	-1,4
Bad Dürkheim	595	557	-6,4
Bad Kreuznach	738	790	7,0
Bernkastel-Wittlich	584	576	-1,4
Birkenfeld	411	447	8,8
Cochem-Zell	288	313	8,7
Donnersbergkreis	413	386	-6,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	472	527	11,7
Germersheim	665	718	8,0
Kaiserslautern	519	563	8,5
Kusel	341	324	-5,0
Mainz-Bingen	1 078	1 074	-0,4
Mayen-Koblenz	1 051	1 097	4,4
Neuwied	960	950	-1,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	505	500	-1,0
Rhein-Lahn-Kreis	649	590	-9,1
Rhein-Pfalz-Kreis	649	658	1,4
Südliche Weinstraße	517	510	-1,4
Südwestpfalz	425	452	6,4
Trier-Saarburg	719	719	0,0
Vulkaneifel	303	334	10,2
Westerwaldkreis	1 118	1 064	-4,8
Rheinland-Pfalz	20 398	20 860	2,3
kreisfreie Städte	5 432	5 811	7,0
Landkreise	14 966	15 049	0,6

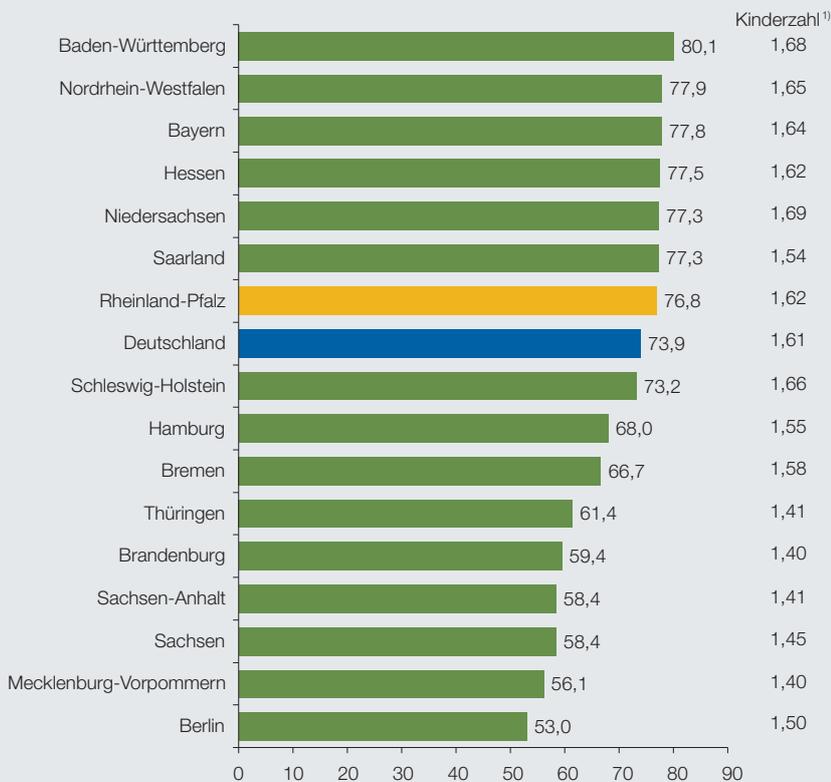
Familienformen 2006

Anteil der Familienformen an allen Familien mit minderjährigen Kindern in %



Ehepaare mit minderjährigen Kindern 2006 nach Ländern

Anteil an allen Familien mit minderjährigen Kindern in %



1) Durchschnittliche Zahl der minderjährigen Kinder je Familie.

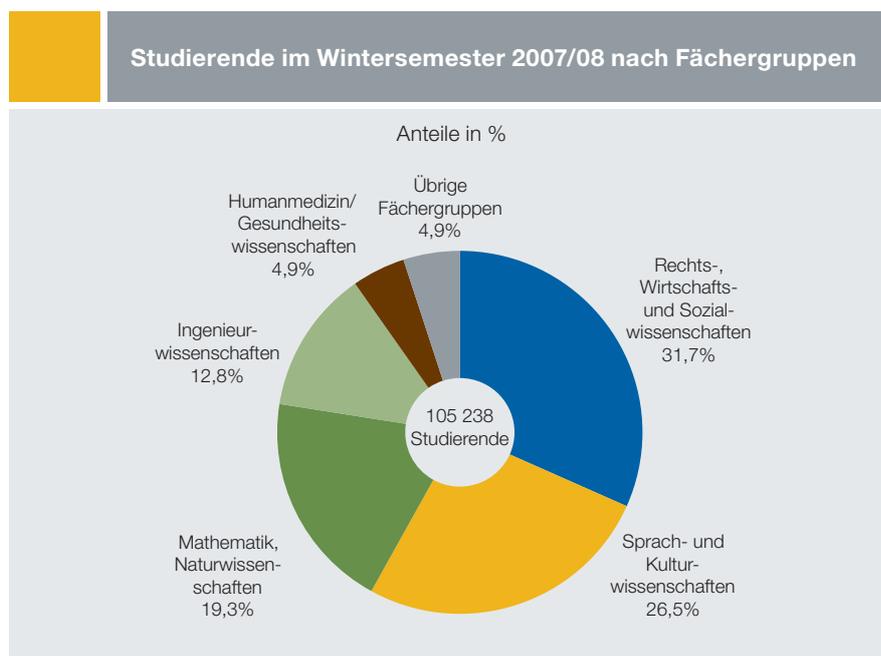
höchsten Anteil bei dieser traditionellen Familienform auf, so liegt das Land nun an siebter Stelle. Deutschlandweit stieg der Anteil der alternativen Familienformen von knapp 19% im Jahr 1996 auf über 26% im Jahr 2006, wobei die Anteile insbesondere in den neuen Bundesländern deutlich über diesem Durchschnittswert liegen.

Auch im Vergleich der rheinland-pfälzischen Regionen werden Unterschiede sichtbar. So hat die Vorderpfalz – hierzu zählen der Rhein-Pfalz-Kreis und der Landkreis Bad Dürkheim sowie die kreisfreien Städte Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt a. d. Weinstraße und Speyer – mit über 80% den höchsten Anteil an Ehepaaren mit minderjährigen Kindern. Am niedrigsten ist deren Anteil in der Region Westpfalz – hierzu zählen der Donnersbergkreis, die Landkreise Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Zweibrücken und Pirmasens – mit lediglich 73,5%.

Bei der durchschnittlichen Zahl der in den Familien lebenden Kinder unter 18 Jahren liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2006 bundesweit an sechster Stelle. Zwischen 1996 und 2006 ging deutschlandweit die durchschnittliche Kinderzahl in einer Familie von 1,65 auf 1,61 Kinder zurück; in Rheinland-Pfalz sank der Wert von 1,67 auf 1,62 Kinder. Auch hier gibt es regionale Unterschiede. Den höchsten Wert in Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 1,69 Kindern weist die Südpfalz mit den Kreisen

Südliche Weinstraße und Germersheim sowie der kreisfreien Stadt Landau auf. Am anderen Ende der Skala rangiert die Region Westpfalz, wo in einer Familie durchschnittlich 1,57 minderjährige Kinder leben.

Die Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2006. Bei dieser jährlichen Erhebung werden 1% aller Haushalte zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situationen befragt. Als Familien mit minderjährigen Kindern gelten alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder alleinerziehende Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern zusammen leben) mit mindestens



Studierende in den Wintersemestern 2006/07 und 2007/08 nach Hochschulen

Hochschule	Wintersemester 2006/07	Wintersemester 2007/08 ¹⁾		Veränderung gegenüber WS 2006/07	
		insgesamt	weiblich	Anzahl	%
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	34 252	34 674	19 851	422	1,2
Universität Trier	13 513	13 718	8 136	205	1,5
Universität Koblenz-Landau	11 645	12 294	7 975	649	5,6
Technische Universität Kaiserslautern	9 979	10 327	3 620	348	3,5
Fachhochschule Trier	6 104	6 090	1 949	-14	-0,2
Fachhochschule Koblenz	5 822	5 885	2 276	63	1,1
Fachhochschule Kaiserslautern	4 958	5 069	1 294	111	2,2
Fachhochschule Mainz	4 329	4 294	1 986	-35	-0,8
Fachhochschule Ludwigshafen	2 793	2 956	1 388	163	5,8
Fachhochschule Worms	2 693	2 712	1 394	19	0,7
Fachhochschule Bingen	2 206	2 230	534	24	1,1
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	1 348	1 385	591	37	2,7
Katholische Fachhochschule Mainz	781	850	681	69	8,8
Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen	797	765	602	-32	-4,0
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Vallendar	433	456	99	23	5,3
Theologische Fakultät Trier	372	421	217	49	13,2
Fachhochschule für Finanzen Edenkoben	409	405	245	-4	-1,0
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	401	366	197	-35	-8,7
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank Hachenburg	170	186	115	16	9,4
Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar	151	155	67	4	2,6
Insgesamt	103 156	105 238	53 217	2082	2,6

1) Vorläufiges Ergebnis.

einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt. In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus 18 000 Haushalte befragt. Weitergehende Informationen zum Mikrozensus siehe Seite 20.

Rheinland-pfälzische Hochschulen wachsen weiter

Mehr als 105 000 Studierende im laufenden Wintersemester

Zum Beginn des Wintersemesters 2007/08 waren insgesamt 105 238 Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 2 082 bzw. 2% mehr als im vorangegangenen Wintersemester. Mit 13 528 Erstimmatrikulierten starteten so viele Studienanfänger wie noch nie in einem Wintersemester ihre Hochschulausbildung. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl um 926 bzw. 7,3%.

Den zahlenmäßig höchsten Zuwachs bei den Studierenden verzeichnete die Universität Koblenz-Landau (+649) vor der Johannes Gutenberg

-Universität Mainz (+422), der Technischen Universität Kaiserslautern (+348) und der Universität Trier (+205). Unter den Fachhochschulen erreichte die FH Ludwigshafen mit einem Plus von 163 Studierenden die höchste Zunahme. Es folgten die Fachhochschule Kaiserslautern (+111), die Katholische Fachhochschule Mainz (+69) und die Fachhochschule Koblenz (+63). Der Aufwärtstrend zeigte sich jedoch nicht an allen Hochschulen. An fünf Einrichtungen lag die Zahl der Immatrikulierten niedriger als im vergangenen Wintersemester. Die größten Rückgänge verzeichneten mit einem Minus von jeweils 35 Studierenden die Fachhochschule Mainz sowie die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Im laufenden Wintersemester belegen knapp 32% der angehenden Akademiker Studiengänge im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Mehr als ein Viertel der Studierenden wird in sprach- und kulturwissenschaftlichen

Fächern ausgebildet. Auf den Bereich Mathematik, Naturwissenschaften entfallen 19,3%, auf die Ingenieurwissenschaften 12,8% und auf die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften 4,9% der Hörerschaft. In den übrigen Fächergruppen sind 4,9% der Immatrikulierten eingeschrieben.

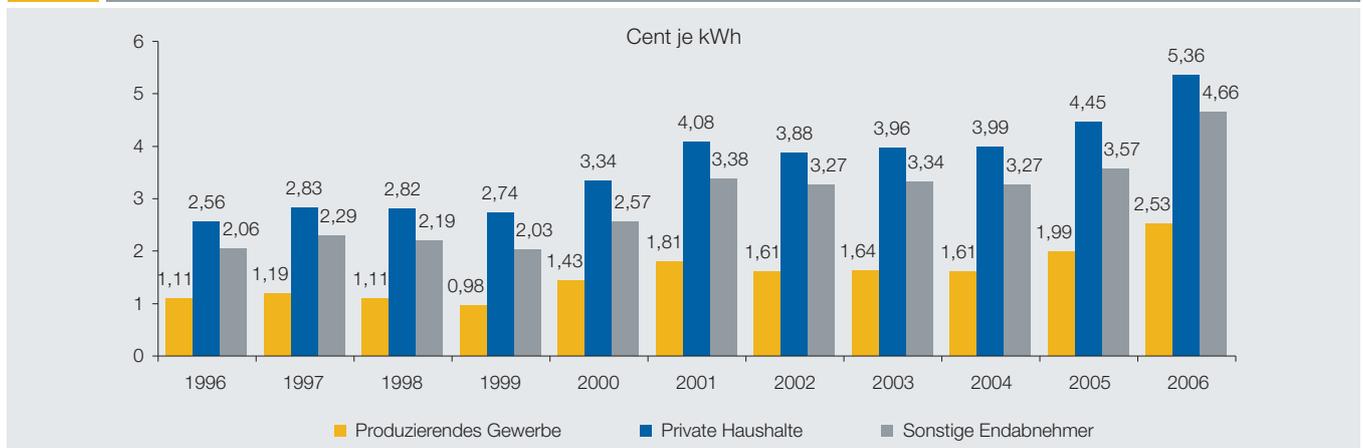
Die Zahlen stammen aus den Schnellmeldungen der Studierendenstatistik. Diese Eckdaten werden von den Hochschulen vorab als vorläufige Zahlen an das Statistische Landesamt geliefert.

Gasabsatz in Rheinland-Pfalz 2006 um 2% gestiegen

Durchschnittserlöse nahezu ein Viertel über dem Vorjahreswert

Der Gasabsatz in Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2006 mit 78,4 Mrd. kWh einen neuen Höchststand erreicht. Gegenüber dem Vorjahr lag er um 2,1% höher. Die Durchschnittserlöse der Gasversorgungsunternehmen sind gegenüber 2005 um 23,1% gestiegen.

Durchschnittserlöse des Erdgasabsatzes 1996–2006 nach Verbraucherguppen



Eine Kilowattstunde Gas kostete im Schnitt 3,29 Cent, im Jahr 2005 mussten lediglich 2,67 Cent aufgewendet werden.

Bundesweit ist der Gasabsatz um 2% zurückgegangen. Maßgeblich für diese unterschiedliche Entwicklung war die Nachfrage des produzierenden Gewerbes. Auf diese bedeutendste Abnehmergruppe entfielen in Rheinland-Pfalz 71,4%, in ganz Deutschland 55% des Gasabsatzes. In Rheinland-Pfalz war im produzierenden Gewerbe ein Anstieg um 4,9% zu verzeichnen, bundesweit dagegen eine Abnahme um 4,9%. Ursache hierfür war die in Rheinland-Pfalz um 14% gestiegene Stromerzeugung aus Erdgas in öffentlichen und industriellen Kraftwerken.

Die Abgabe an private Haushalte ist gegenüber 2005 leicht zurückgegangen (-1,7%) und lag bei 17,1 Mrd. kWh. Bundesweit bezogen die Privathaushalte 2,4% weniger Gas als 2005.

Im längerfristigen Vergleich ist ein kontinuierlicher Anstieg des Gas-

absatzes an das produzierende Gewerbe festzustellen; die Abgabe lag 2006 um 38% über dem Wert von 1996. Die jährliche Abgabe an private Haushalte dagegen war in diesem Zeitraum recht konstant und nur geringfügigen Schwankungen unterworfen.

Großkunden und private Endabnehmer zahlen unterschiedliche Preise. Beim Absatz an industrielle Kunden wurden 2,53 Cent je kWh erlöst, 26,9% mehr als im Jahr 2005. Der Durchschnittserlös bei privaten Haushalten lag bei 5,36 Cent je kWh und damit um 20,4% über dem des Vorjahres (4,45 Cent je kWh). Betrachtet man die Entwicklung der durchschnittlichen Erlöse aller Verbrauchergruppen von 1996 bis 2006, so haben sich diese mehr als verdoppelt.

Für die jährliche Erhebung zu Gasabsatz und Erlösen werden Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung, Durchleitung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas sowie Dritte, die sich der Anlagen zur Verteilung bedienen, befragt. Der Durch-

schnittserlös wird aus den Erlösen insgesamt ohne Umsatzsteuer und der Absatzmenge berechnet. Er gibt weder die absolute Höhe noch die Veränderungsraten der Verbraucherpreise wieder, die aus Arbeits-, Mess- und Grundpreisen bei gleichem Jahresverbrauch ermittelt werden.

Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr weiter rückläufig

Von Januar bis November wurden bei Verkehrsunfällen 202 Menschen getötet; das waren 41 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 3 713 Unfallbeteiligte und damit 1,1% mehr als von Januar bis November 2006. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 16 107 um gut 3% über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

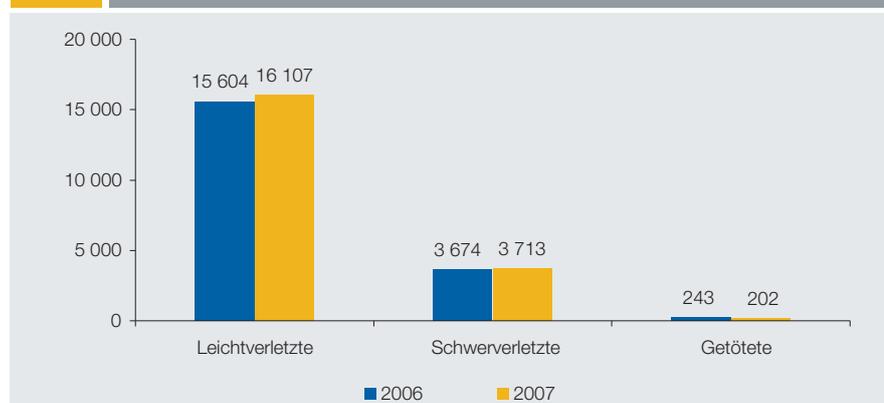
Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten elf Monaten dieses Jahres 113 830 Verkehrsunfälle, geringfügig mehr als im Vorjahreszeitraum (+1,8%). In 86,5% der Fälle entstand lediglich Sachschaden.

Land und Kommunen beschäftigten im Jahr 2006 mehr Personal

Zunahme ausschließlich durch Teilzeitbeschäftigte

Land und Kommunen haben Mitte 2006 mehr Personal beschäftigt als ein Jahr zuvor. Beim Land Rheinland-Pfalz waren zum Stichtag 30. Juni 2006 rund 90 300 Personen tätig, das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Die Kommunen waren Arbeitgeber

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2006 und 2007

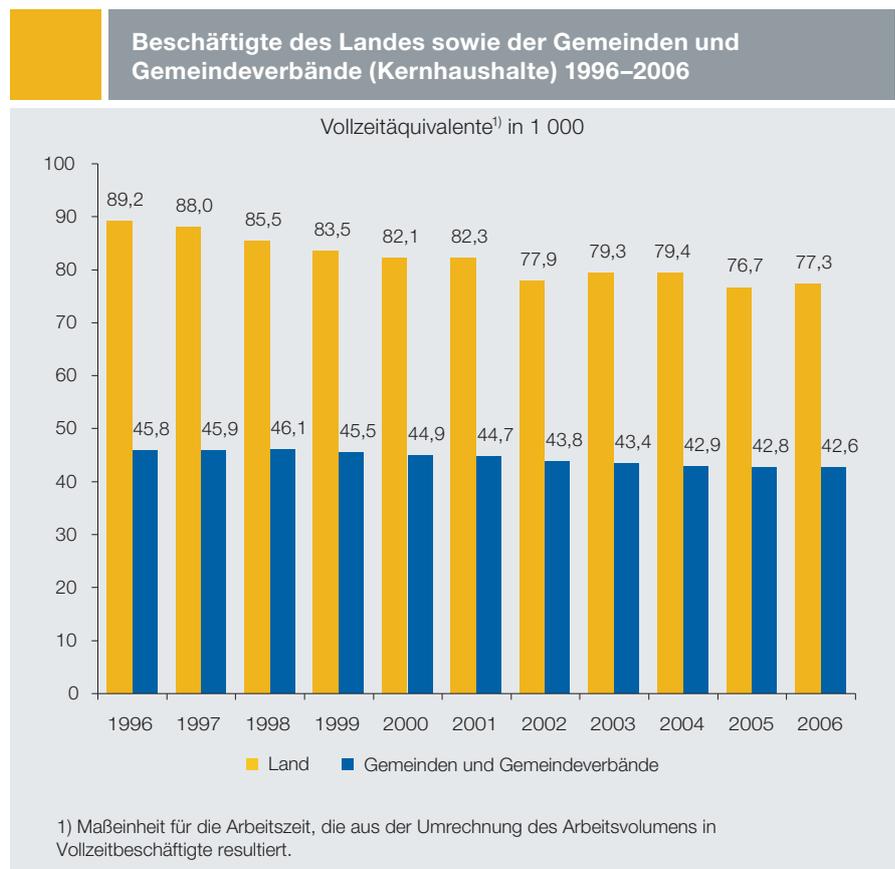


für rund 52 700 Personen, das waren 0,3% mehr als im Jahr 2005. Die Angaben beziehen sich auf das Personal, das aus den Kernhaushalten finanziert wird; ausgelagerte Bereiche, wie Eigenbetriebe, sind nicht berücksichtigt.

Beim Land wie bei den Kommunen war für die Entwicklung die steigende Teilzeitbeschäftigung für den höheren Personalstand verantwortlich. Beim Land gab es eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit um 3,8%, bedingt durch die Inanspruchnahme der Altersteilzeit (+12,2%). Aber auch die Zahl der Beschäftigten mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit wuchs stark (+10,8%). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten blieb dagegen nahezu konstant. In Vollzeitäquivalenten ausgedrückt – hierbei wird die Zahl der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse umgerechnet – ergab sich gegenüber 2005 eine Zunahme des Personaleinsatzes um 0,7%.

Bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden wurde der leichte Rückgang der Vollzeitbeschäftigtenzahl (-1,5%) durch die deutlichen Zuwächse bei der Teilzeitbeschäftigung überkompensiert. Anders als beim Land führte dies auf kommunaler Ebene jedoch nicht zu einer Erhöhung der Vollzeitäquivalente. Das Beschäftigungsvolumen ging vielmehr um 0,3% zurück.

Für den insgesamt leicht angewachsenen Personalstand dürfte neben



der vermehrten Teilzeitbeschäftigung auch die verbesserte Einnahmesituation von Land und Kommunen eine Ursache sein. Der geringe Anstieg muss auch vor dem Hintergrund der starken Personalreduzierungen im öffentlichen Dienst in den zurück-

liegenden Jahren gesehen werden. Die Zahl der Vollzeitäquivalente lag 2006 beim Land 13,4% und auf kommunaler Ebene 7% niedriger als 1996. Dies ist teilweise auf die Auslagerung von Aufgaben aus den Kernhaushalten zurückzuführen.

Personal des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2005 und 2006 (Kernhaushalte) nach Beschäftigungsumfang

Beschäftigte	Land			Gemeinden und Gemeindeverbände		
	2005	2006	Veränderung in %	2005	2006	Veränderung in %
Vollzeitbeschäftigte	60 709	60 689	0,0	31 766	31 285	-1,5
Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	2 673	2 963	10,8	4 838	5 009	3,5
mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	25 718	26 686	3,8	15 945	16 438	3,1
davon Altersteilzeit	8 095	9 084	12,2	1 954	2 161	10,6
Vollzeitäquivalente	76 700	77 256	0,7	42 756	42 626	-0,3

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Dezember 2007

Im Dezember 2007 lag die Jahres-
 teuerungsrate für Rheinland-Pfalz
 bei 2,9% und damit nur geringfügig
 unter dem Wert vom November. Wie
 in den vergangenen Monaten waren
 die Hauptgruppen „Nahrungsmittel
 und alkoholfreie Getränke“ mit einem
 durchschnittlichen Preisanstieg von
 6,6% und „Verkehr“ mit einer Preis-
 steigerungsrate von 5,4% die wes-
 sentlichen Preistreiber. Hervorzuhe-
 ben ist neben der Verteuerung der
 Kraftstoffe (+11,4%) auch der gegen-
 über dem Vorjahresmonat erhebliche
 Preisanstieg beim Heizöl (+26,5%).

In der Gruppe der Nahrungsmittel
 zeigten sich weiter deutliche Prei-
 serhöhungen bei den Molkereipro-
 dukten (+19,9%) sowie den Speise-
 fetten (+29,8%), insbesondere der

Butter (+51%). Auch verschiedene
 Obstsorten, wie Weintrauben (+21%)
 oder Apfelsinen (+15,7%), wurden er-
 heblich teurer. Verbilligt haben sich
 demgegenüber einige Fleischwaren,
 wie z. B. Schweinebraten (-0,5%)
 oder Rinderrouladen (-2,1%).

Im Vergleich zum November zogen
 die Preise in der Hauptgruppe „Frei-
 zeit, Unterhaltung und Kultur“ (+5,7%)
 merklich an, wobei sich hier vor allem
 die saisonal bedingten Preiserhöhun-
 gen bei den Pauschalreisen (+32,5%)
 auswirkten. Auch die Beherber-
 gungsdienstleistungen (+24,2%)
 verteuerten sich deutlich. Insgesamt
 stieg der Verbraucherpreisindex ge-
 genüber dem Vormonat um 0,7%.

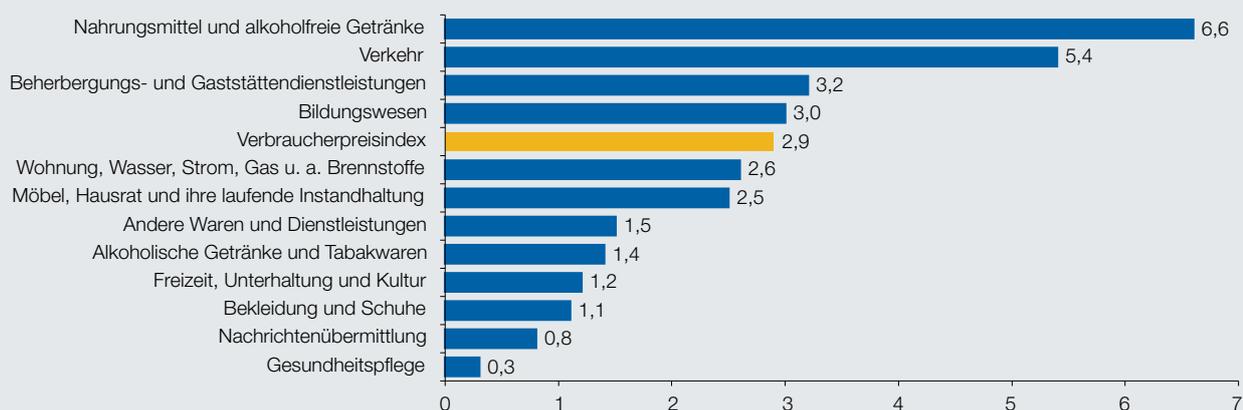
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die
 durchschnittliche Preisveränderung der
 Waren und Dienstleistungen, die von
 privaten Haushalten für Konsumzwecke
 gekauft werden. Berücksichtigt werden
 Güter des täglichen Bedarfs, Mieten,
 langlebige Gebrauchsgüter und Dienst-
 leistungen. Der Verbraucherpreisindex
 dient als Indikator für die Beurteilung
 der Geldwertstabilität und als Inflati-
 onsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben
 in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemein-
 den 16 Preisermittler im Auftrag
 des Statistischen Landesamtes in ca.
 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser)
 rund 18 000 Einzelpreise. Dabei wer-
 den die Preisveränderungen von etwa
 750 genau beschriebenen Waren und
 Dienstleistungen erfasst. Die Preisver-
 änderungen werden gemäß der Ver-
 brauchsbedeutung, die den Waren und
 Dienstleistungen bei den Ausgaben der
 privaten Haushalte zukommt, im Preis-
 index berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2007

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2006 in %



Dezember 2007
 Verbraucherpreisindex: +2,9%
 Ausgewählte Preisentwicklungen:
 Butter: +51%
 Rinderrouladen: -2,1%

Vorbereitungen für den Zensus 2011 laufen an – Kommunen leisten einen sehr wichtigen Beitrag

Mit einer umfassenden Information der Kommunalverwaltungen beginnt in diesen Tagen die erste Phase der Vorbereitung für den Zensus 2011. „Ohne die Unterstützung der Städte und Gemeinden ist die für 2011 geplante Volkszählung nicht möglich“, erklärt der Präsident des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres. „Deren Kenntnisse vor Ort und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern garantieren eine hohe Qualität der Ergebnisse.“ Schon im Frühjahr 2008 sollen die Kommunen erstmals Daten der Einwohnermeldeämter an das Statistische Landesamt nach Bad Ems liefern. „Der Zensus 2011 wird sich, anders als frühere Volkszählungen, so weit wie möglich auf vorhandene Register stützen“, so Berres. „Das erspart die Befragung aller Haushalte.“

Im kommenden Jahr sind die Daten der Einwohnermeldeämter zunächst Grundlage für den Aufbau eines Anschriften- und Gebäuderegisters, das im Jahr 2010 im Zuge weiterer Datenlieferungen der Kommunen aktualisiert wird. Im Zensusjahr 2011 schließlich übermitteln die Kommunen zu zwei Terminen aus den Melderegistern die Daten, aus denen dann die amtliche Einwohnerzahl ermittelt wird. „Zwei Lieferungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten sind erforderlich, um zwischenzeitlich erfolgte Umzüge und noch nicht vorgenommene An- oder Abmeldungen zu berücksichtigen“, erklärt Berres.

Ganz ohne Befragungen kommt auch der registergestützte Zensus nicht aus; auch hierbei ist das Statistische Landesamt auf die Unterstützung der Städte und Gemeinden angewiesen. So gibt es in Deutschland keine flächendeckenden Verwaltungsregister, aus denen der Gebäude- und Wohnungsbestand und seine Nutzung kleinräumig festgestellt werden könnte. Im Unterschied zur Volkszählung 1987 sollen zur Ermittlung dieser Daten beim Zensus 2011 aber nicht alle Haushalte befragt werden, sondern nur die Gebäude- und Wohnungseigentümer.

In Rheinland-Pfalz sind das rund 1 Mill. Befragte. Die Erhebung wird postalisch durchgeführt werden und stellt eine kostengünstige Alternative zur Befragung aller rund 1,9 Mill. Haushalte dar. „Zur Ermittlung der Gebäudeeigentümer brauchen wir die Kommunalverwaltungen, die sich vor Ort gut auskennen“, so Berres.

Außerdem wird es Stichprobenerhebungen geben, an deren Durchführung die Kommunen ebenfalls beteiligt werden. „Diese ergänzenden Befragungen bei rund 10% der Haushalte liefern Informationen, die in keinem Register zu finden sind, beispielsweise über die Zahl der Selbstständigen sowie zur Schul- und Berufsbildung“, erläutert Berres. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern liefern diese Stichproben zudem sogenannte „Fehlbestands- und Karteileichenraten“, auf deren Basis die Ergebnisse der Registerauszählung statistisch korrigiert werden. Dieser Schritt ist nötig, weil erfahrungsgemäß mit zunehmender Gemeindegröße die Zahl der Personen steigt, die nicht gemeldet sind, oder die gemeldet sind und nicht mehr an diesem Ort leben.

„Deutschland braucht aktuelle und verlässliche Zahlen zur Bevölkerung, zum Erwerbsleben und zur Wohnsituation, und zwar möglichst kleinräumig“, begründet Berres die Notwendigkeit eines Zensus. „Die letzte Volkszählung war 1987, und seither ist viel passiert.“ Berres erinnert an die Umwälzungen in Osteuropa und an die Wiedervereinigung, die sich in Rheinland-Pfalz u. a. in einer starken Zuwanderung niedergeschlagen haben. „Die Einwohnerzahlen werden zwar aus der letzten Volkszählung mit den laufenden Erhebungen zu Geburten und Sterbefällen sowie zu Fort- und Zuzügen fortgeschrieben, doch je weiter man sich vom Zensusjahr entfernt, desto ungenauer werden sie.“ Das gelte auch für die Daten zum Wohnungsbestand. Der Zensus 2011 sei daher auch wichtig, um eine neue Basis für künftige Fortschreibungen zu schaffen.

Die Städte und Gemeinden, um deren Mitwirkung jetzt geworben wird, ziehen einen unmittelbaren Nutzen aus den Zensusergebnissen. Sie werden mit aktuelleren und verlässlicheren Daten zu den Einwohnern und zum Wohnungsbestand wichtige Grundlagen für ihre kommunalen Planungen erhalten. Der Aufwand der Kommunalverwaltungen für die Übermittlung der Einwohnermeldedaten ist im Vergleich zu vielen anderen Ländern geringer. Die Daten sämtlicher 212 Meldebehörden werden in einem zentralen Informationssystem vorgehalten, das vom IT-Dienstleister KommWis GmbH in Mainz verwaltet wird.

Neben den Einwohnermelderegistern werden auch Datenbestände zur Erwerbstätigkeit ausgewertet, beispielsweise aus Registern der Bundesagentur für Arbeit sowie Personaldateien der öffentlichen Arbeitgeber.

Aus diesen erwerbsstatistischen Registern können Informationen gewonnen werden über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Beamte, Richter und Soldaten, aber auch über Arbeitslose. Entsprechende Verfahren sind beim Zensustest 2001 am Beispiel der Register der Bundesagentur für Arbeit erfolgreich erprobt worden. Die erwerbsstatistischen Ergebnisse des Zensus erhalten eine besondere Aussagekraft dadurch, dass sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den demografischen, haushalts- und wohnungsbezogenen Ergebnissen ausgewertet und interpretiert werden können. Sie sind eine wichtige Informationsbasis insbesondere für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie für die Sozialpolitik. Diese vielfältigen Informationen werden nicht nur in Bund und Ländern verwendet, sondern auch in kleinräumiger Gliederung für vergleichende Strukturanalysen in den Kommunen.

Internetangebot zum Thema Bildung erweitert Eckdaten der rheinland-pfälzischen Schulen online verfügbar

Das Statistische Landesamt hat sein Internetangebot zum Thema Bildung wesentlich erweitert. Unter der Rubrik »Meine Heimat« werden nun auch schulbezogene Eckdaten differenziert bis auf die Gemeindeebene bereitgestellt. Auf den entsprechenden Seiten können sich interessierte Nutzer umfassend über die derzeitige Schullandschaft und die Entwicklungen in diesem Bereich informieren. Die Daten – sowohl für die allgemeinbildenden als auch für die berufsbildenden Schulen – werden in Tabellen und mit Grafiken anschaulich dargestellt. In Übersichtstabellen werden Angaben zur Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine allgemeinbildende Einrichtung im Land besuchen, sowohl wohnort- als auch schulsitzbezogen dargestellt, und zwar differenziert nach einzelnen Schulstufen. Für die berufsbildenden Schulen beschränkt sich der Nachweis auf schulsitzbezogene Zahlen.

Neben Eckdaten zum aktuellen Schuljahr enthält das nunmehr deutlich erweiterte Angebot auch Strukturdaten aus den zurückliegenden Jahren. Diese Zeitreihen ermöglichen es den Nutzern, Entwicklungen auf der Grundlage verlässlicher Daten nachzuvollziehen. Zusätzliche Übersichten enthalten Informationen über die konkret vor Ort verfügbaren Einrichtungen. Hier sind – neben Angaben zur Schulgröße und zur Struktur der Schülerschaft – auch die Anschriften, die Telefon- und Telefaxnummern sowie die E-Mail- und Internetadressen der einzelnen Einrichtungen abrufbar.

www.infothek.statistik.rlp.de/lis/MeineRegion/index.asp

Mikrozensus 2008

Interviewerinnen und Interviewer befragen 18 000 Haushalte

Welche Berufe üben die Menschen in Rheinland-Pfalz aus? Wie weit ist der Weg zum Arbeitsplatz und mit welchen Verkehrsmitteln wird er zurückgelegt? Wie steht es um die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung? Antworten auf diese von Politik, Wissenschaft und Medien häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt jährlich bei 1% aller Haushalte in Deutschland. In Rheinland-Pfalz befragen Interviewerinnen und Interviewer des Statistischen Landesamtes rund 18 000 Haushalte.

Seit 2005 hat der Mikrozensus, den es seit 1957 gibt, ein neues Gesicht. Wurden bis vor vier Jahren alle ausgewählten Haushalte während einer festgelegten so genannten „Berichtswoche“ (meist Ende April) befragt, so wird die Mikrozensususerhebung seither gleichmäßig auf alle Wochen des Jahres verteilt und damit an europäische Standards angepasst. Neben den verbesserten internationalen Vergleichsmöglichkeiten liegt der Vorteil des geänderten Konzepts auch in der größeren Aktualität der Ergebnisse, die bundesweit jetzt auch vierteljährlich vorliegen.

Auch 2008 werden in Rheinland-Pfalz wieder rund 200 mit Laptops ausgerüstete Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über unterwegs sein. Sie wurden sorgfältig ausgewählt und intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet; sie können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Die Interviewerinnen und Interviewer kündigen ihren Besuch einige Tage vorher schriftlich an und geben den Befragten mit dieser Ankündigung auch Informationsmaterial über die Erhebung an die Hand. Das Interviewerteam besteht aus ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten, die ebenso zur strikten Geheimhaltung verpflichtet sind wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Landesamt. Monatlich werden in Rheinland-Pfalz durchschnittlich rund 1 500 der insgesamt 18 000 Haushalte befragt.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, appelliert an alle – insbesondere an

die im Jahr 2008 erstmalig befragten Haushalte – bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse zustande kommen, die ein solides Fundament insbesondere für politische Entscheidungen darstellen.

Hintergrund: Mikrozensus

- Der Mikrozensus wird seit 1957 jedes Jahr bei einem Prozent aller Haushalte im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.
- Der Mikrozensus ist eine so genannte Flächenstichprobe, d. h., es werden nach einem mathematischen Zufallsverfahren Straßenzüge bzw. Gebäude ausgewählt. Die Haushalte, die in diesen Gebäuden wohnen, werden befragt.
- Die ausgewählten Haushalte sind zur Auskunft verpflichtet. Für einen Teil der Fragen, beispielsweise an Berufspendler, ist die Beantwortung freigestellt.
- Die Auskunftspflicht erstreckt sich über höchstens vier Jahre. In jedem Jahr wird zur Entlastung der Befragten ein Viertel der Haushalte durch andere ersetzt.
- Die Interviewerinnen und Interviewer sind zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. Dasselbe gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes, welche die Fragebogen weiter auswerten.
- Die Informationen darüber, in welchen Monaten die Interviewer in den einzelnen Gemeinden unterwegs sind, gibt es im Internet unter www.statistik.rlp.de/bev/mz/index.html.

Auswertungen im Internet

Der Mikrozensus liefert u. a. Informationen über das verfügbare Einkommen. Detaillierte Auswertungen der Mikrozensususerhebungen liefern Statistische Berichte, die im Internet unter www.statistik.rlp.de/hau/veroeff/index.html zum kostenfreien Herunterladen angeboten werden.

Rheinland-Pfalz 2050

Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

Teil 1 – Ergebnisse auf der Landesebene



Von **Thomas Kirsche**

Im Dezember 2007 wurde vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz unter dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“ in Band N° 7 der Reihe „Statistische Analysen“ eine aktualisierte Bevölkerungsprojektion vorgestellt. Im dem vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Untersuchung auf der Landesebene beschrieben. Die Kommentierung der Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise erscheint in der Februarausgabe der Statistischen Monatshefte.

Bei der Darstellung der Ergebnisse der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung wird zwischen einem mittelfristigen Zeitraum bis 2020 und dem langfristigen Projektionshorizont bis 2050 unterschieden. Anhand der drei berechneten Modellvarianten wird zunächst ein möglicher Ergebniskorridor der demografischen Entwicklung aufgezeigt. Die detaillierte Beschreibung der künftigen Bevölkerungsentwicklung wird darauf aufbauend in erster Linie anhand der Ergebnisse der mittleren Variante der Modellrechnungen vorgenommen.

Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die Altersstruktur der Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern. Die Festlegung der Annahmen erfolgt auf der Grundlage bisheriger Erkenntnisse und daraus abgeleiteter alternativer Parameter-setzungen zur Beschreibung eines möglichen Entwicklungskorridors.

Drei Varianten Der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2006 liegen drei Modellvarianten zugrunde (siehe

Infokasten Abschnitt: „Modellannahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen“).

In allen drei Varianten liegt die Geburtenrate über den gesamten Zeitraum bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt – ebenfalls in allen Varianten – bis 2050 bei Frauen und Männern um etwa sieben Jahre zu.

Der Wanderungssaldo sinkt in der unteren Variante auf null. In der mittleren Variante liegt der jährliche Wanderungsüberschuss bis 2050 bei +5 000 Personen, in der oberen Variante sind es +10 000 Personen im Jahr.

Info

Modellannahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen

Der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2006 liegen **drei Modellvarianten mit folgenden gemeinsamen Annahmen** zugrunde:

- Die **Geburtenrate** steigt in allen drei Varianten der Modellrechnungen bis 2010 von jetzt 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2050 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt in allen drei Varianten bis 2050 bei Frauen von 81,6 auf 88,2 Jahre und bei Männern von 76,5 auf 83,6 Jahre zu. Sie steigt also um etwa sieben Jahre.

Die Varianten unterscheiden sich nur hinsichtlich der **Annahmen zum Wanderungsgeschehen**:

- **Untere Variante:** Entsprechend der Annäherung von Zuzügen und Fortzügen über die Landesgrenze in den zurückliegenden Jahren sinkt der Wanderungsüberschuss kontinuierlich bis 2010 auf null. Danach wird bis 2050 eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt.
- **Mittlere Variante:** Der jährliche Wanderungsüberschuss steigt im Jahr 2007 auf 5 000 Personen und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2050 konstant.
- **Obere Variante:** Der Wanderungsüberschuss steigt bis zum Jahr 2010 auf den langjährigen Durchschnitt von 10 000 Personen im Jahr und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2050 konstant.

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen

Als Basis der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2006. Deshalb wird das Jahr 2006 als „Basisjahr“ und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung“ bezeichnet. Die hier angewandte Methode der geburtsjahrgangweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der Sterbefälle vermindert. Die Überlebenden rücken anschließend in das jeweils nächste Altersjahr vor. Danach wird die Zahl der Neugeborenen errechnet. Diese bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Aufgrund der Trennung zwischen der Außen- und der Binnenwanderung wird dabei zwischen Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) und Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) unterschieden. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort unmittelbar zu den entsprechenden Binnenzuzügen.

Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, in Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland unterschieden und auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2050 und erzeugt für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Berechnungen liegen kreisspezifische Ziffern zugrunde

Die Annahmen beziehen sich auf Rheinland-Pfalz; in die Berechnungen gehen aber kreisspezifische Fruchtbarkeits-, Sterbe- bzw. Wanderungsziffern ein (siehe Infokasten Abschnitt: „Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen“).

Mittelfristige Bevölkerungsentwicklung bis 2020

Bevölkerungsrückgang bis 2020 zwischen 4,9 und 1,6%

Bis zum Jahr 2020 wird sich die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz gegenüber 2006, dem Basisjahr der Berechnungen, noch nicht wesentlich verringern. Die Bandbreite des Bevölkerungsrückgangs beträgt zwischen 4,9% in der unteren und 1,6% in der oberen Variante. Für das Jahr 2020 wäre demnach eine Einwohnerzahl zwischen knapp 3,9 und etwa 4 Mill. zu erwarten. Dies entspricht der rheinland-pfälzischen Bevölkerungszahl der Jahre 1992 bzw. 1995.

Mittlere Variante: Bevölkerungszahl sinkt bis 2020 um 3,2%

Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2020 mit einer Verringerung der Bevölkerungszahl um 3,2% zu rechnen; sie würde von 4,05 auf 3,92 Mill. Einwohner sinken. Damit wäre in etwa die Bevölkerungszahl

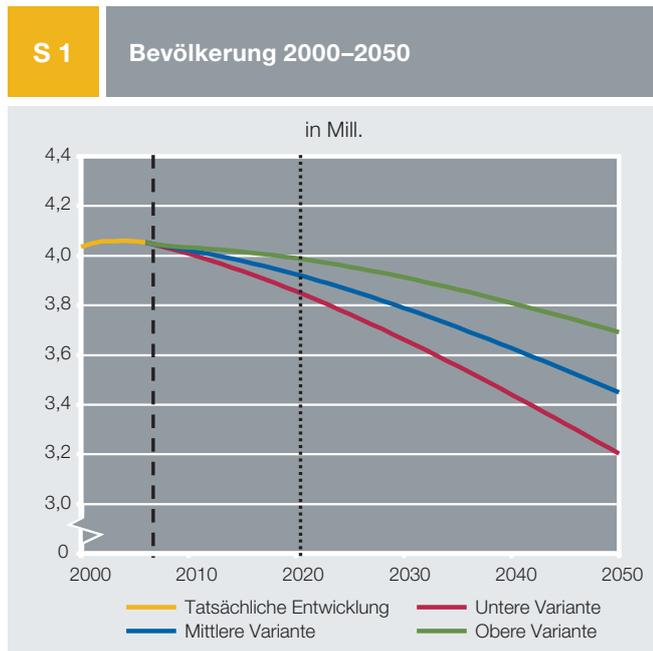
des Jahres 1993 erreicht. Der Rückgang um 128 200 Personen in den nächsten 14 Jahren bedeutet eine jährliche Abnahme von durchschnittlich etwa 9 200 Personen. Der seit 2005 zu beobachtende Bevölkerungsrückgang setzt sich auch in der Zukunft fort. Nach dem Rückgang um 0,15% (von 2005 auf 2006) erhöht sich die Abnahmerate im Jahr 2007 auf 0,2%. Diese Rate bleibt in den folgenden fünf Jahren konstant, steigt danach aber kontinuierlich bis zum Jahr 2020 auf jährlich 0,3%.

Geburtendefizit verstärkt sich

Das seit Anfang der 1970er-Jahre fast durchgängig bestehende Geburtendefizit – die Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen – vergrößert sich in der Zukunft: Die Zahl der Geborenen sinkt von knapp 31 800 auf etwa 30 900 Kinder im Jahr 2020. Ursächlich hierfür ist – unter der Annahme einer bis 2010 leicht ansteigenden und danach konstanten Geburtenrate – die rückläufige Zahl der potenziellen Mütter: Die Zahl der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren geht bis 2020 von 780 100 auf knapp 657 300 zurück.

T 1 Bevölkerung 2006 und 2020 nach Geschlecht			
Jahr ¹⁾ Modellvariante	Insgesamt	Männer	Frauen
Anzahl			
2006	4 052 860	1 987 553	2 065 307
2020			
untere Variante	3 855 763	1 886 006	1 969 757
mittlere Variante	3 924 636	1 922 309	2 002 327
obere Variante	3 989 899	1 956 680	2 033 219
Veränderung zu 2006 in %			
2020			
untere Variante	-4,9	-5,1	-4,6
mittlere Variante	-3,2	-3,3	-3,0
obere Variante	-1,6	-1,6	-1,6

1) Für 2006: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, für 2020: Ergebnisse der Modellrechnungen.



Langfristige Bevölkerungsentwicklung bis 2050

Im weiteren Verlauf wirken sich die unterschiedlichen Annahmensetzungen in den einzelnen Modellvarianten deutlicher aus. Bis zum Jahr 2050 geht die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz nach der unteren Variante um fast 850 000 auf dann etwas über 3,2 Mill. zurück. So niedrig war die Bevölkerungszahl im Land nur zu Beginn der 1950er-Jahre. Unter den Annahmen der oberen Variante gäbe es am Ende des Projektionszeitraums noch fast 3,7 Mill. Einwohner, was einem Rückgang um 360 000 Menschen entspricht. Bevölkerungszahlen dieser Größenordnung wurden in der Vergangenheit Anfang der 1970er-Jahre sowie im Jahr 1989 registriert. Die sich insgesamt ergebende Bandbreite der relativen Veränderung gegenüber dem Jahr 2006 umfasst – abhängig von den Variantenannahmen – einen Rückgang zwischen 21% und 8,9%.

Bevölkerungsrückgang bis 2050 zwischen 21 und 8,9%

Andererseits hat das Vorrücken stärker besetzter Jahrgänge in ein höheres Lebensalter einen Anstieg der jährlichen Sterbefälle von knapp 42 000 im Jahr 2006 auf 47 400 im Jahr 2020 zur Folge. Dieser „Schereneffekt“ bewirkt, dass das Geburtendefizit in der mittleren Variante bereits bis 2020 von 10 200 auf dann 16 500 ansteigen wird.

Annahme der mittleren Variante: Jährlicher Wanderungsüberschuss von 5 000 Personen

Neben den natürlichen Bewegungskomponenten beeinflusst das Wanderungsgeschehen die Bevölkerungszahl. Der künftige Wanderungssaldo ist durch die Annahmensetzung festgelegt. In der mittleren Variante bedeutet dies ab 2007 über den gesamten Zeitraum einen jährlichen Wanderungsüberschuss von rund 5 000 Personen. Dies bedingt – in Verbindung mit dem dargestellten Geburtendefizit – die beschriebene Entwicklung der Bevölkerungszahl: Es kommt zu einem sich stetig vergrößernden Bevölkerungsrückgang, weil der Wanderungsüberschuss das bestehende Geburtendefizit nicht ausgleichen kann.

Anhand der mittleren Variante soll auch hier die künftige Entwicklung etwas ausführlicher beschrieben werden. Der Bevölkerungsrückgang verstärkt sich über den gesamten Projektionszeitraum, und zwar mit jährlichen Abnahmeraten von 0,2% zu Beginn bis auf 0,5% am Ende des Projektionszeitraums. Absolut bedeutet dies ein Sinken der Bevölkerungszahl um fast 603 000 auf dann 3,45 Mill. Personen. Dies entspricht einem relativen Rückgang um 14,9%. Eine vergleichbare Einwohnerzahl wurde in der Vergangenheit am Ende des Jahres 1961 festgestellt.

Mittlere Variante: Bevölkerungszahl sinkt bis 2050 um 14,9%

Auch diese Entwicklung erklärt sich aus dem errechneten Geburtendefizit und dem unterstellten Wanderungssaldo.

T 2 Bevölkerung 2006 und 2050 nach Geschlecht			
Jahr ¹⁾ Modellvariante	Insgesamt	Männer	Frauen
Anzahl			
2006	4 052 860	1 987 553	2 065 307
2050			
untere Variante	3 203 307	1 542 505	1 660 802
mittlere Variante	3 450 019	1 668 962	1 781 057
obere Variante	3 692 741	1 793 743	1 898 998
Veränderung zu 2006 in %			
2050			
untere Variante	-21,0	-22,4	-19,6
mittlere Variante	-14,9	-16,0	-13,8
obere Variante	-8,9	-9,8	-8,1

1) Für 2006: Ergebnisse der Bevölkerungsforschreibung, für 2050: Ergebnisse der Modellrechnungen.

Die Zahl der Neugeborenen sinkt im weiteren Verlauf der Projektion auf unter 23 800 jährlich und liegt damit 2050 etwa ein Viertel unter dem heutigen Wert von 31 800. Der Grund hierfür besteht – bei konstanter Geburtenrate – darin, dass die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren beträchtlich abnimmt, und zwar um fast 265 000 auf dann nur noch 515 400. Andererseits steigt die Zahl der jährlichen Sterbefälle – vor allem wegen der ins höhere Lebensalter vorrückenden geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre. Um 2050 wird die Zahl der Sterbefälle mit 46 600 fast doppelt so hoch sein wie die der Geburten. Diesem stetig wachsenden Geburtendefizit, das zum Ende des Projektionszeitraums auf einem Niveau von etwa 23 000 liegt, steht der – annahmegemäß – langfristig unveränderte Wanderungsüberschuss von jährlich 5 000 Menschen gegenüber. Folglich sinkt die Bevölkerungszahl immer stärker. Zum Ende des Projektionszeitraums beläuft sich der Rückgang der Bevölkerungszahl auf jährlich etwa 18 000 Personen.

Auswirkungen auf die Altersstruktur

Neben dem Bevölkerungsrückgang tritt zukünftig als weiteres – und zudem bedeut-

sameres – Problem die demografische Alterung der Gesellschaft. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies soll hier in erster Linie anhand der drei Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis 65 Jahre, 65 Jahre und älter) dargestellt werden. Die Hauptaltersgruppen grenzen den erwerbsfähigen Teil von dem noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Teil der Bevölkerung ab. Diese Abgrenzung wurde gewählt, weil aktuell und auch in der Zukunft die unter 20-Jährigen in der Regel noch nicht, die über 65-Jährigen dagegen größtenteils nicht mehr erwerbstätig sind.

Die Tabellenübersicht enthält die Ergebnisse aller Modellvarianten für Rheinland-Pfalz. Neben der Bevölkerungszahl ausgewählter Jahre (2020, 2035 und 2050) sind außerdem Anteilswerte und auf das Basisjahr 2006 bezogene Messzahlen ausgewiesen. Als Ergänzung zu den drei im Folgenden ausführlich beschriebenen Hauptaltersgruppen sind dort die Ergebnisse von zehn bedarfsorientiert abgegrenzten Altersgruppen aufgeführt.

Untersuchung
anhand der drei
Hauptalters-
gruppen

T 3

Bevölkerung 2006–2050 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Basisjahr 2006	Untere Variante			Mittlere Variante			Obere Variante		
		2020	2035	2050	2020	2035	2050	2020	2035	2050
Anzahl										
unter 2	64 713	60 717	50 025	43 658	62 633	53 311	48 313	64 482	56 526	52 893
2–6	141 429	126 018	105 137	91 263	129 767	111 884	100 829	133 308	118 543	110 244
6–10	162 734	130 998	112 368	96 051	134 294	119 195	105 788	137 312	125 964	115 253
10–16	265 874	203 837	182 950	153 589	207 639	193 130	168 114	211 144	203 056	182 250
16–20	194 125	149 557	131 056	110 120	151 862	137 701	119 913	154 040	144 131	129 558
20–35	683 986	640 135	521 259	456 820	660 925	555 841	505 710	681 057	589 657	554 100
35–50	986 247	713 432	641 357	540 014	733 306	683 840	597 324	752 093	725 674	654 209
50–65	738 873	930 338	696 112	626 668	939 164	725 877	678 064	947 387	754 695	728 726
65–80	615 894	616 148	779 531	607 478	619 385	791 849	638 381	622 420	803 665	668 403
80 und älter	198 985	284 583	335 187	477 646	285 661	338 669	487 583	286 656	342 034	497 105
unter 20	828 875	671 127	581 536	494 681	686 195	615 221	542 957	700 286	648 220	590 198
20–65	2 409 106	2 283 905	1 858 728	1 623 502	2 333 395	1 965 558	1 781 098	2 380 537	2 070 026	1 937 035
65 und älter	814 879	900 731	1114 718	1 085 124	905 046	1 130 518	1 125 964	909 076	1 145 699	1 165 508
Insgesamt	4 052 860	3 855 763	3 554 982	3 203 307	3 924 636	3 711 297	3 450 019	3 989 899	3 863 945	3 692 741
Anteile in %										
unter 2	1,6	1,6	1,4	1,4	1,6	1,4	1,4	1,6	1,5	1,4
2–6	3,5	3,3	3,0	2,8	3,3	3,0	2,9	3,3	3,1	3,0
6–10	4,0	3,4	3,2	3,0	3,4	3,2	3,1	3,4	3,3	3,1
10–16	6,6	5,3	5,1	4,8	5,3	5,2	4,9	5,3	5,3	4,9
16–20	4,8	3,9	3,7	3,4	3,9	3,7	3,5	3,9	3,7	3,5
20–35	16,9	16,6	14,7	14,3	16,8	15,0	14,7	17,1	15,3	15,0
35–50	24,3	18,5	18,0	16,9	18,7	18,4	17,3	18,8	18,8	17,7
50–65	18,2	24,1	19,6	19,6	23,9	19,6	19,7	23,7	19,5	19,7
65–80	15,2	16,0	21,9	19,0	15,8	21,3	18,5	15,6	20,8	18,1
80 und älter	4,9	7,4	9,4	14,9	7,3	9,1	14,1	7,2	8,9	13,5
unter 20	20,5	17,4	16,4	15,4	17,5	16,6	15,7	17,6	16,8	16,0
20–65	59,4	59,2	52,3	50,7	59,5	53,0	51,6	59,7	53,6	52,5
65 und älter	20,1	23,4	31,4	33,9	23,1	30,5	32,6	22,8	29,7	31,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2006=100										
unter 2	100	93,8	77,3	67,5	96,8	82,4	74,7	99,6	87,3	81,7
2–6	100	89,1	74,3	64,5	91,8	79,1	71,3	94,3	83,8	78,0
6–10	100	80,5	69,1	59,0	82,5	73,2	65,0	84,4	77,4	70,8
10–16	100	76,7	68,8	57,8	78,1	72,6	63,2	79,4	76,4	68,5
16–20	100	77,0	67,5	56,7	78,2	70,9	61,8	79,4	74,2	66,7
20–35	100	93,6	76,2	66,8	96,6	81,3	73,9	99,6	86,2	81,0
35–50	100	72,3	65,0	54,8	74,4	69,3	60,6	76,3	73,6	66,3
50–65	100	125,9	94,2	84,8	127,1	98,2	91,8	128,2	102,1	98,6
65–80	100	100,0	126,6	98,6	100,6	128,6	103,7	101,1	130,5	108,5
80 und älter	100	143,0	168,4	240,0	143,6	170,2	245,0	144,1	171,9	249,8
unter 20	100	81,0	70,2	59,7	82,8	74,2	65,5	84,5	78,2	71,2
20–65	100	94,8	77,2	67,4	96,9	81,6	73,9	98,8	85,9	80,4
65 und älter	100	110,5	136,8	133,2	111,1	138,7	138,2	111,6	140,6	143,0
Insgesamt	100	95,1	87,7	79,0	96,8	91,6	85,1	98,4	95,3	91,1

Der Modellrechnung liegen folgende Annahmen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – zugrunde:

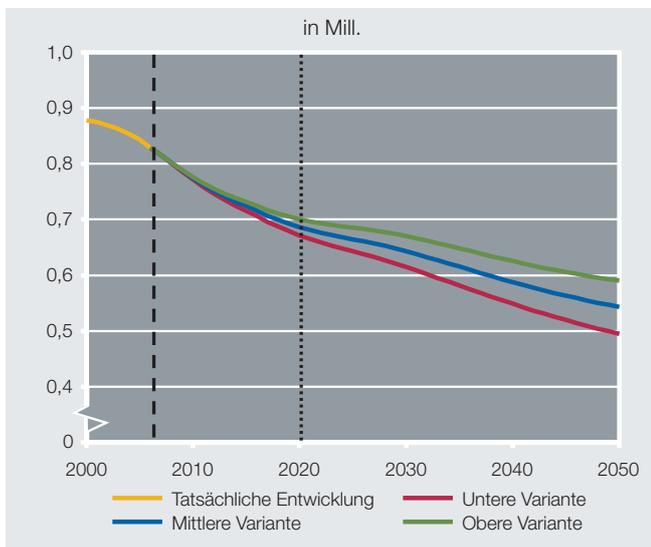
Die Geburtenrate steigt bis 2010 von 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2050 konstant.

Die Lebenserwartung nimmt bis 2050 bei Frauen (von 81,6 auf 88,2 Jahre) und bei Männern (von 76,5 auf 83,6 Jahre) um etwa sieben Jahre zu.

Der Wanderungssaldo sinkt in der unteren Variante bis 2010 auf null. In der mittleren Variante steigt er im Jahr 2007 auf +5 000, in der oberen Variante bis 2010 auf +10 000. Nach den genannten Zeitpunkten bleibt der Wanderungssaldo in der jeweiligen Variante bis 2050 konstant.

S 2

Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren 2000–2050



Zehn bedarfsorientiert abgegrenzte Altersgruppen

Die Hauptaltersgruppe der unter 20-Jährigen ist fünfmal untergliedert. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die unter 2-Jährigen, die 2- bis 6-Jährigen (wegen des vom 1. August 2010 an geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten vollendeten Lebensjahr bilden sie künftig das Potenzial für Kindertagesstättenplätze), die 6- bis 10-Jährigen (Potenzial für die Grundschulen), die 10- bis 16-Jährigen (Potenzial für die Sekundarstufe I) sowie die 16- bis 20-Jährigen als Potenzial für die Sekundarstufe II bzw. für Ausbildungsplätze. Die 45 Jahre umfassende Hauptaltersgruppe der erwerbsfähigen Personen ist in die drei Altersgruppen der 20- bis 35-Jährigen, der 35- bis 50-Jährigen sowie der 50- bis 65-Jährigen gegliedert. Diese Einteilung in jeweils 15 Altersjahre umfassende Gruppen ermöglicht einen schnellen Überblick über die künftige Altersstruktur des Erwerbspotenzials. Schließlich werden die Ergebnisse für die Hauptaltersgruppe der nicht mehr Erwerbstätigen nach den Altersgruppen der 65- bis 80-jährigen

(„Junge Alte“) und der 80-jährigen und älteren Seniorinnen und Senioren („Hochbetagte“) getrennt nachgewiesen.

Mittelfristige Entwicklung bei den unter 20-Jährigen bis 2020

Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sinkt bereits seit dem Jahr 2000. Diese Entwicklung wird sich nach den Berechnungen bis 2020 weiter fortsetzen. Gegenüber fast 828 900 im Jahr 2006 werden dann nur noch 671 100 (untere Variante) bzw. 700 300 Menschen (obere Variante) im Alter von unter 20 Jahren in Rheinland-Pfalz leben. Das sind 157 700 bis 128 600 junge Menschen weniger als heute, was einem relativen Rückgang zwischen 19 und 15,5% entspricht.

Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2020 um 19 bis 15,5%

Nach den Ergebnissen der mittleren Variante wird die Zahl der unter 20-Jährigen bis zum Jahr 2020 um 142 700 auf dann 686 200 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abnehmen. Die Verringerung um 17,2% gegenüber dem Jahr 2006 verläuft dabei in den ersten Jahren des Projektionszeitraums nicht gleichmäßig. Bereits im Jahr 2006 war ein Rückgang um 1,7% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Etwa auf diesem Niveau wird sich auch in den nächsten fünf Jahren die jährliche Veränderungsrate bewegen. Danach verringern sich die Abnahmeraten. Im Jahr 2020 sinkt die Zahl der unter 20-Jährigen um weniger als ein Prozent.

Mittlere Variante: Zahl der unter 20-Jährigen geht bis 2020 um 17,2% zurück

Ursächlich hierfür ist die Entwicklung der Geborenenzahlen in den letzten Jahren. Zu Beginn der 1990er-Jahre gab es wegen der stark besetzten Müttergeneration – als Folge der hohen Geburtenzahlen bis Ende der 1960er-Jahre – und der verstärkten

Sinkende Geborenenzahlen führen zu kontinuierlicher Verkleinerung der Altersgruppe der unter 20-Jährigen

Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz einen „kleinen Babyboom“ mit einem Höchststand von 42 700 Geborenen im Jahr 1990. Dieser Geburtsjahrgang zählt 2009 letztendlich zur Altersgruppe der unter 20-Jährigen. Tendenziell wurden nach 1990 von Jahr zu Jahr weniger Kinder geboren als im Jahr zuvor. Zwar gab es zunächst noch Zwischenjahre mit leicht steigenden Geburtenzahlen, seit 1997 sinkt die Zahl der Geborenen aber kontinuierlich. Diese Entwicklung wird sich auch in der Zukunft fortsetzen. Das bedeutet, dass der in der Altersgruppe „nachrückende“ Jahrgang – also die Neugeborenen des Jahres – jeweils kleiner ist als der „ausscheidende“ Jahrgang der dann 20-Jährigen. In der Folge wird deshalb die Altersgruppe stetig kleiner. Die unterschiedlichen Abnahmeraten werden von den jeweiligen Differenzen in den Besetzungszahlen der nachrückenden bzw. ausscheidenden Jahrgänge verursacht und erreichen im Jahr 2008 mit 1,8% ihr Maximum.

Mittelfristige Entwicklung bei den 20- bis 65-Jährigen bis 2020

Zahl der 20- bis 65-Jährigen sinkt bis 2020 um 5,2 bis 1,2%

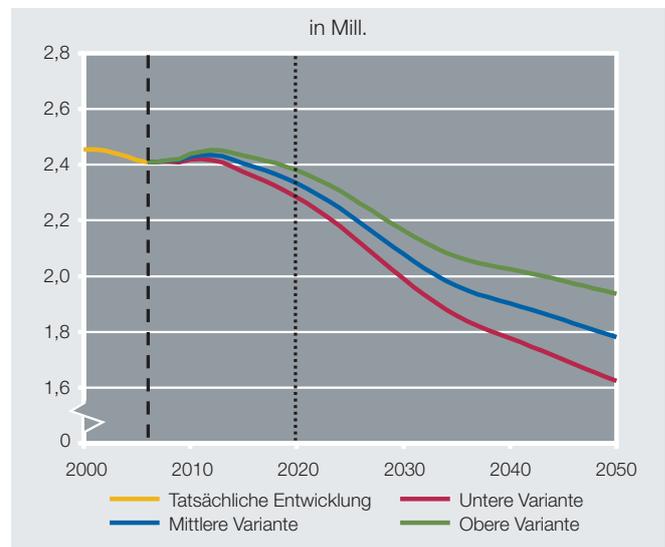
Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt mittelfristig in einem ähnlichen Ausmaß wie die der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2020 wird sich die Zahl der 20- bis 65-Jährigen gegenüber 2006 noch nicht wesentlich verringern. Die Bandbreite des Rückgangs beträgt zwischen 5,2% in der unteren und 1,2% in der oberen Variante. Für das Jahr 2020 wären demnach knapp 2,28 bis 2,38 Mill. Menschen im erwerbsfähigen Alter zu erwarten.

Mittlere Variante: Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht bis 2020 um 3,1% zurück

Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2020 mit einer Verringerung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren um 3,1% zu rechnen; die Zahl der Erwerbsfähigen

S 3

Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2000–2050



würde von 2,41 auf 2,33 Mill. Personen sinken. Der Rückgang um 75 700 Personen in den nächsten 14 Jahren bedeutet rein rechnerisch eine durchschnittliche Abnahme um etwa 5 400 Personen jährlich. Der tatsächliche Verlauf wird sich allerdings anders darstellen. Seit dem Höchststand von 2,47 Mill. Personen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 1997 war bis 2006 – mit Ausnahme des Jahres 2001 – eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. In der mittleren Variante der Modellrechnungen sind dagegen bis zum Jahr 2012 zunächst steigende Besetzungszahlen in der Altersgruppe zu erwarten. Danach setzt auch hier ein Rückgang mit zunehmenden jährlichen Abnahmeraten ein. Diese erhöhen sich bis zum Jahr 2020 auf etwa 0,7%.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt in erster Linie in der tatsächlichen Altersstruktur der Bevölkerung und nicht in den getroffenen Modellannahmen. Im Jahr 2006, dem Basisjahr der Modellrechnungen, zählten die Geburtsjahrgänge 1942 bis 1986 zur Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen.

Besetzungszahlen der Geburtsjahrgänge bestimmen die Entwicklung der Altersgruppe

Für das Jahr 2007 gehören entsprechend die Geburtsjahrgänge 1943 bis 1987 zu den erwerbsfähigen Personen. Da der nachrückende Jahrgang 1987 – unabhängig vom Wanderungsgeschehen und der Sterblichkeit – zahlenmäßig stärker besetzt ist als der ausscheidende Jahrgang 1942, steigt die Besetzungszahl der Altersgruppe in diesem Jahr an. Gleiches gilt für die Entwicklung der Jahre bis 2012. Der höchste Zuwachs ist für das Jahr 2010 zu erwarten, weil dann die Personen des starken Geburtsjahrgangs 1990 erstmals zu den 20- bis 65-Jährigen zählen, während der geburtenschwache Jahrgang des letzten Kriegsjahres 1945 nicht mehr in diese Altersgruppe fällt. Nach 2012 kehrt sich die Entwicklung um. Von da an sinkt die Zahl der Erwerbsfähigen, da die ausscheidenden Altersjahrgänge durchweg stärker besetzt sind als die nachrückenden.

Mittelfristige Entwicklung bei den 65-Jährigen und Älteren bis 2020

Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis 2020 um 10,5 bis 11,6%

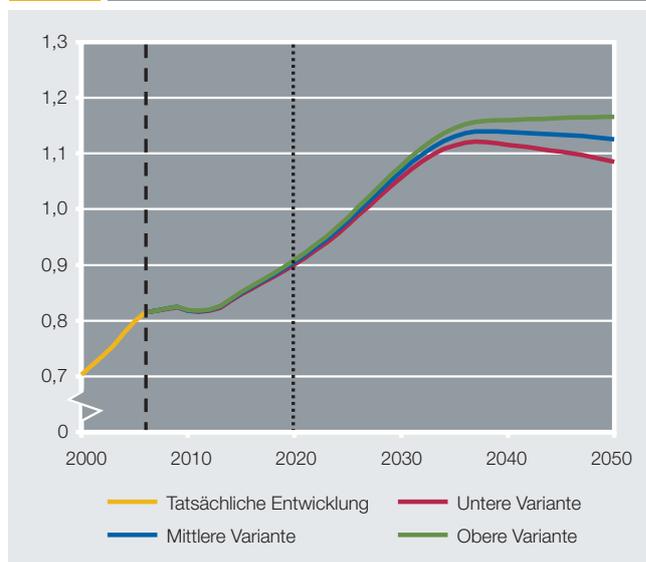
Im Gegensatz zu den beiden anderen Hauptaltersgruppen steigt die Zahl der 65-jährigen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zum Jahr 2020 deutlich an. Während heute 814 900 Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz leben, liegt die Zahl der über 65-Jährigen schon mittelfristig bei 900 700 (untere Variante) bzw. 909 100 (obere Variante). Dies bedeutet einen relativen Anstieg um 10,5 bzw. 11,6%.

Mittlere Variante: Zahl der 65-Jährigen und Älteren nimmt bis 2020 um 11,1% zu

Aufgrund der gewählten Modellannahmen ist in der mittleren Variante bis zum Jahr 2020 mit einer Zunahme der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung um 11,1% zu rechnen. Dies entspricht einem Anstieg um 90 200 auf dann 905 000 Seniorinnen und Senioren. Bei einer durchschnittlichen jährlichen

S 4

Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2000–2050



Erhöhung um 6 400 Personen verläuft die Entwicklung auch in dieser Altersgruppe nicht kontinuierlich. Zunächst sind bis 2009 nur geringe Steigerungsraten zu beobachten. In den Jahren 2010 und 2011 sinkt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren sogar vorübergehend. Ab 2012 kommt es dann zu einem sich beschleunigenden Anstieg. Die jährlichen Steigerungsraten erhöhen sich auf über ein Prozent; im Jahr 2020 belaufen sie sich auf 1,3%.

Eine Ursache für die zunächst bis 2012 nur geringfügig geänderte Besetzung der Altersgruppe liegt in der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung. Zusätzlich ist hier aber auch die Zahl der Sterbefälle der 65-Jährigen und Älteren zu berücksichtigen. Im Jahr 2006, dem Basisjahr der Modellrechnungen, entfielen etwa 85% der Gestorbenen auf die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter. Dies wird unter den Annahmen der Modellrechnungen auch in den nächsten Jahren so bleiben. Für die nahe Zukunft werden etwa 45 000 Gestorbene jährlich

Geringe Besetzungszahlen der Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge führen zu zwischenzeitlichem Rückgang der Zahl der 65-Jährigen und Älteren

vorausberechnet; davon stammen demnach etwa 38 000 aus dieser Altersgruppe. In den ersten Jahren der Projektion liegt die Besetzungszahl der nachrückenden Jahrgänge leicht über dieser Zahl der Gestorbenen. Daher erhöht sich bis zum Jahr 2009 die Besetzungszahl in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren geringfügig. Aufgrund der schwach besetzten Geburtsjahrgänge 1945 und 1946 wird dies vor allem im Jahr 2010 und etwas weniger ausgeprägt auch im Jahr 2011 jedoch nicht der Fall sein. Dann übersteigt nämlich die Zahl der Sterbefälle die Stärke des nachrückenden Jahrgangs mit der Folge, dass die Besetzungszahl der Altersgruppe rückläufig ist. Ab dem Jahr 2012 ändert sich die Konstellation wieder. Die Zahl der neu in die obere Altersgruppe Aufrückenden ist dann wegen der größeren Besetzungszahl dieser Altersjahrgänge dauerhaft und in zunehmendem Maße höher als die Zahl der Sterbefälle; es kommt daher zu einem sich beschleunigenden Anstieg der Zahl der 65-Jährigen und Älteren.

Langfristige Entwicklung bei den unter 20-Jährigen bis 2050

Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2050 um 40 bis 29%

Die rückläufige Entwicklung wird sich bei der Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch langfristig bis zum Jahr 2050 weiter fortsetzen. Nach den Berechnungen werden gegenüber fast 828 900 im Jahr 2006 dann nur noch 494 700 (untere Variante) bzw. 590 200 Menschen (obere Variante) im Alter von unter 20 Jahren im Land leben. Das sind 334 200 bis 238 700 junge Menschen weniger als heute, was einem relativen Rückgang zwischen 40,3% und 28,8% entspricht.

Nach den Ergebnissen der mittleren Variante wird die Zahl der unter 20-Jährigen vom Basisjahr 2006 bis zum Jahr 2050

um 286 000 auf dann 543 000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abnehmen. Der Rückgang über den gesamten Zeitraum beträgt 34,5%. Nach dem Jahr 2020 – der davor liegende Zeitraum wurde bereits bei der mittelfristigen Betrachtung beschrieben – kommt es zu einer Verringerung der Besetzungszahl in der Altersgruppe um fast 143 200 Personen bzw. 21%. Dieser Rückgang verläuft kontinuierlich über den gesamten Zeitraum. Zu berücksichtigen ist, dass sich erstmals im Jahr 2026 – wenn die Neugeborenen des Basisjahres 2006 ihren 20. Geburtstag feiern – nur noch Personen in dieser Altersgruppe befinden, die im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen projiziert wurden. Die sich bei der weiteren Entwicklung ergebenden, leicht variierenden jährlichen Abnahmeraten haben daher ihre Ursache – wegen der als konstant angenommenen Geburtenrate – in erster Linie in den unterschiedlich stark besetzten Altersjahrgängen der 15- bis 45-jährigen Frauen. Darüber hinaus wird die Entwicklung aber auch von dem künftigen Wanderungsgeschehen beeinflusst.

Langfristige Entwicklung bei den 20- bis 65-Jährigen bis 2050

Nach dem Zeitraum der mittelfristigen Betrachtung sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zunehmend stärker als die der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl der 20- bis 65-Jährigen gegenüber 2006 deutlich verringern. Die Bandbreite des Rückgangs beträgt zwischen 32,6% in der unteren und 19,6% in der oberen Variante. Für das Jahr 2050 wären demnach etwa 1,62 bis 1,94 Mill. Menschen im erwerbsfähigen Alter zu erwarten.

Mittlere Variante: Zahl der unter 20-Jährigen geht bis 2050 um fast 35% zurück

Zahl der 20- bis 65-Jährigen sinkt bis 2050 um 33 bis 20%

Mittlere Variante: Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht bis 2050 um 26% zurück

Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2050 mit einer Verringerung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren um 26,1% zu rechnen; die Zahl der Erwerbsfähigen würde von 2,41 auf 1,78 Mill. Personen sinken. Wählt man den mittelfristigen Betrachtungszeitraum als Bezugsgröße, so geht die Zahl der 20- bis 65-Jährigen in den Jahren von 2020 bis 2050 um 552 300 Erwerbsfähige bzw. 23,7% zurück. In diesen 30 Jahren sinkt die Besetzung der Altersgruppe kontinuierlich mit Abnahmeraten von zunächst 0,7%. Diese vergrößern sich stetig und erreichen ihre höchsten Werte von über einem Prozent in den Jahren von 2024 bis 2034. Dies ist der Zeitraum, in dem die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre in das Rentenalter vorrücken und die Altersgruppe verlassen. Danach schwächen sich die jährlichen Abnahmeraten wieder ab und pendeln sich auf einem Niveau von jährlich etwa 0,6 bis 0,7% ein.

Langfristige Entwicklung bei den 65-Jährigen und Älteren bis 2050

Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis 2050 um 33 bis 43%

Über den gesamten Zeitraum bis 2050 steigt die Zahl der 65-jährigen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zum Jahr 2050 sehr deutlich an. Während heute 814 900 Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz leben, liegt die Zahl der über 65-Jährigen schon nach den Berechnungen der unteren Variante bei 1,09 Mill. In der oberen Variante würde die Zahl der nicht mehr Erwerbstätigen sogar bei 1,17 Mill. liegen. Der relative Anstieg würde demnach zwischen 33,2 und 43% betragen.

Mittlere Variante: Zahl der 65-Jährigen und Älteren nimmt bis 2050 um 38% zu

In der mittleren Variante ist bis zum Jahr 2050 mit einer Zunahme in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren um 38,2% zu rechnen. Dies entspricht einem Anstieg um

311 100 auf dann 1,13 Mill. Seniorinnen und Senioren. Gegenüber dem Jahr 2020 beträgt der Anstieg 220 900 Menschen bzw. 24,4%. Bis zum Jahr 2028 erhöhen sich die jährlichen Zuwachsraten der Altersgruppe von 1,3 auf 1,8%. Aber auch danach sind bis 2034 weiterhin Zuwachsraten von mehr als einem Prozent zu erwarten. Die Ursache dieser Entwicklung wurde bereits bei der mittelfristigen Betrachtung erklärt: Die jährlich nachrückenden geburtenstarken 1960er-Jahrgänge sind zahlenmäßig größer als die Sterbefälle in der Altersgruppe der über 65-Jährigen. Das ändert sich in der mittleren Variante um das Jahr 2040. Dann überwiegen die Sterbefälle und die Besetzung der Altersgruppe sinkt bis zum Projektionshorizont leicht.

Demografische Alterung

Ein optischer Eindruck des mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Alterungsprozesses – der demografischen Alterung – lässt sich durch einen Vergleich der Bevölkerungspyramiden für das Basisjahr 2006 und für die Jahre 2020 und 2050 (auf der Grundlage der mittleren Variante der Modellrechnungen) gewinnen. Die Bevölkerungspyramide zeigt den Altersaufbau einer Bevölkerung, getrennt nach Männern und Frauen. In der Pyramide des Jahres 2020 sind an der breitesten Stelle immer noch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre einerseits sowie als Einkerbung die geburtenschwachen Jahrgänge um das Kriegsende 1945 deutlich erkennbar. Diese Altersjahrgänge prägen – wie bereits beschrieben – die künftige Entwicklung der verschiedenen Altersgruppen. Ähnlich markante und deutlich identifizierbare Altersjahrgänge kann es künftig im Rechenmodell aufgrund der gewählten Annahmen,

Bevölkerungspyramiden 2020 und 2050 veranschaulichen künftige Altersstruktur

die zu einer Verstetigung der Entwicklung führen, natürlich nicht mehr geben. In der Realität ist allerdings auch für die Zukunft zu erwarten, dass die Bevölkerungspyramiden nicht so „glatt geschliffen“ aussehen, wie dies beispielsweise für das Jahr 2050 der Fall ist, sondern ihrerseits durch bestimmte singuläre Ereignisse geprägt sein werden.

Besonders deutlich werden die künftigen Veränderungen im Altersaufbau, wenn die jeweiligen Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung verglichen werden. Im Basisjahr der Modellrechnungen gab es in Rheinland-Pfalz folgende Konstellation: Von 100 Personen waren knapp 21 jünger als 20 Jahre, gut 20 waren 65 Jahre oder älter und die restlichen 59 standen im Alter von 20 bis 65 Jahren.

Anteil der 20- bis 65-Jährigen bleibt bis 2020 konstant

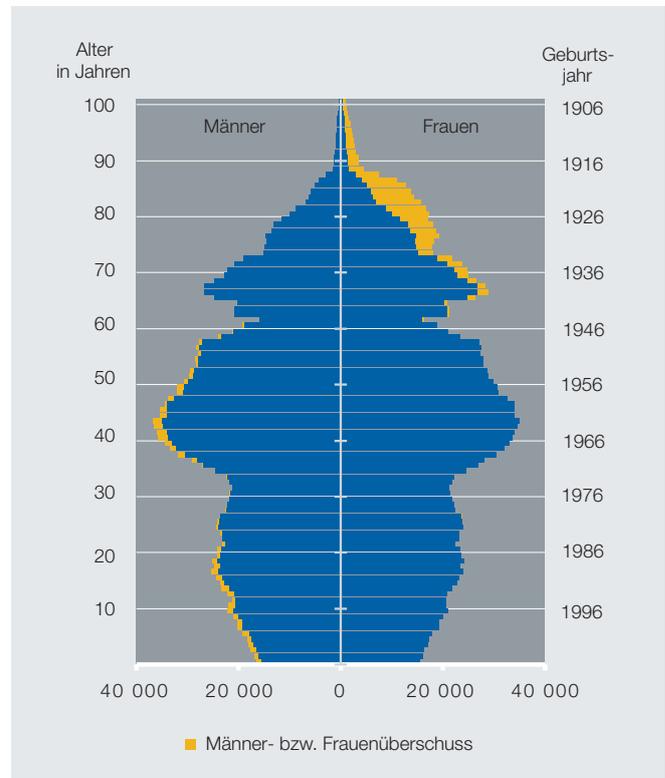
Dies wird sich in den nächsten Jahren deutlich ändern. Der Anteil der unter 20-Jährigen sinkt bereits mittelfristig bis 2020 um drei Prozentpunkte von 20,5 auf 17,5%. Gleichzeitig steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren um genau diese drei Prozentpunkte, während die Altersgruppe der Erwerbsfähigen – bei sinkender Besetzungszahl – einen unveränderten Anteilswert von etwa 60% aufweist.

Langfristig fast jeder Dritte 65 Jahre oder älter

Langfristig kommt es zu einer deutlichen Änderung der Altersstruktur zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Der Anteil der unter 20-Jährigen sinkt um weitere zwei Prozentpunkte. Noch stärker ist der Rückgang des Bevölkerungsanteils der 20- bis 65-Jährigen. Dieser sinkt um acht Prozentpunkte. Folglich kommen 2050 auf 100 Personen nur noch rund 16 unter 20-Jährige und 52 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Dagegen steigt nicht nur die absolute Zahl, sondern auch der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung. Im Jahr 2050 wird

S 6

Aufbau der Bevölkerung 2006 nach Alter und Geschlecht



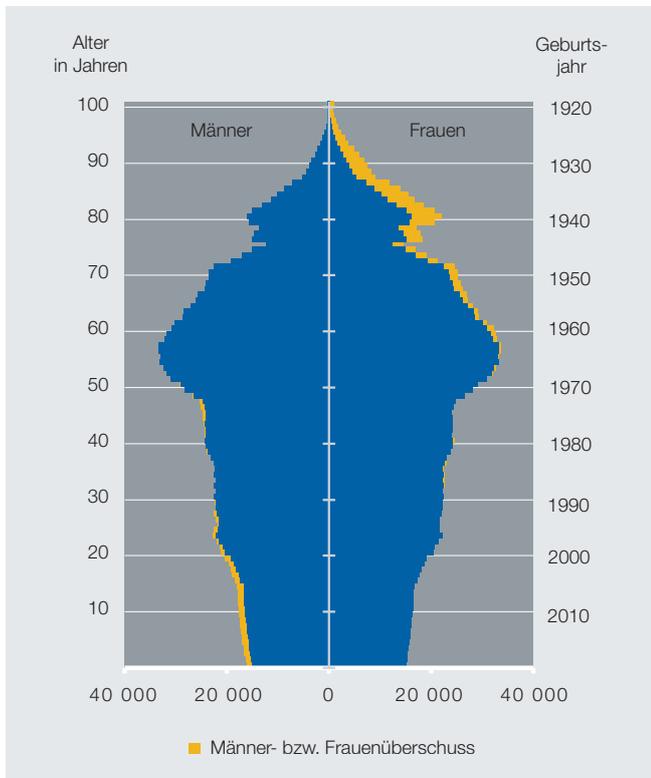
fast ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein.

Eine demografische Kennziffer, die das Ausmaß des Alterungsprozesses statistisch exakter verdeutlicht, ist das sogenannte Medianalter. Das Medianalter ist ein Durchschnittsalter. Es teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen – die eine Gruppe ist jünger und die andere älter als das Medianalter. Im Jahr 2006 lag das Medianalter bei 42 Jahren. Bereits mittelfristig, also bis zum Jahr 2020, wird es um fünf Jahre höher bei 47 Jahren liegen. Für den gesamten Projektionszeitraum ist nach den Ergebnissen der mittleren Variante bis zum Jahr 2050 sogar mit einem Anstieg auf 51 Jahre zu rechnen. Insgesamt wird damit das Medianalter über einen Zeitraum von 44 Jahren also um neun Jahre steigen.

Medianalter steigt langfristig von 42 auf 51 Jahre

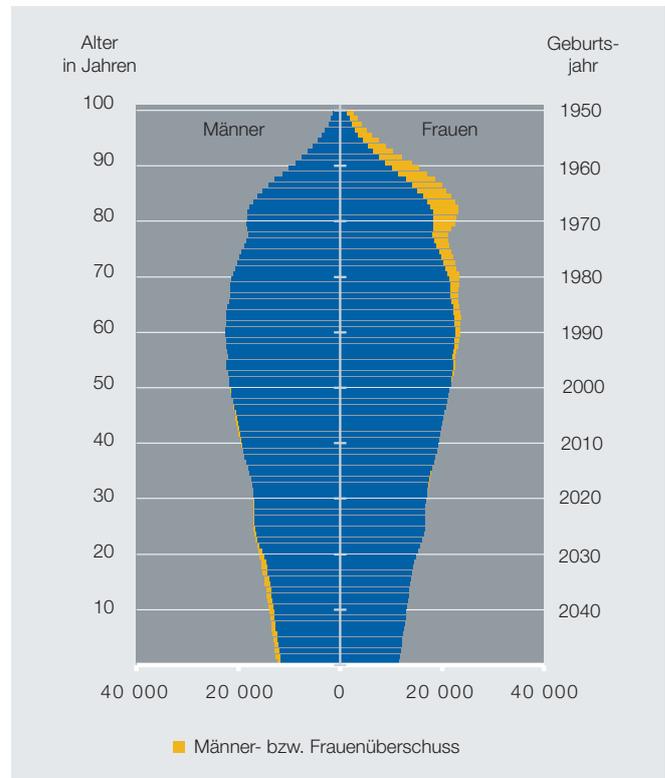
S 7

Aufbau der Bevölkerung 2020 nach Alter und Geschlecht



S 8

Aufbau der Bevölkerung 2050 nach Alter und Geschlecht



Jugendquotient und Altenquotient

Jugendquotient sinkt mittelfristig von 34,4 auf 29,4 im Jahr 2020 ...

Der Jugendquotient bezieht die Zahl der unter 20-Jährigen auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Dieser Quotient gibt also an, wie viele (in der Regel) noch nicht Erwerbstätige auf 100 Erwerbsfähige kommen. Ausgehend von einem Wert von 34,4 im Jahr 2006 sinkt der Jugendquotient mittelfristig bis zum Jahr 2020 auf einen Wert von 29,4. Das bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt 100 Personen im erwerbsfähigen Alter weniger als 30 noch nicht Erwerbstätige gegenüberstehen. Anschließend steigt der Jugendquotient wieder leicht an und liegt nach dem Jahr 2030 über 31. Bis zum Projektionshorizont im Jahr 2050 verringert sich der Jugendquotient wieder geringfügig und beträgt dann 30,5.

... langfristig bleibt er bis 2050 auf einem Wert von etwa 30

S 9

Jugendquotient, Altenquotient und Gesamtquotient 2000–2050 Mittlere Variante (ab 2006)



T 4 Demografische Alterung 2006–2050					
Jahr ¹⁾	Bevölkerung				Medianalter ²⁾
	insgesamt	Alter in Jahren			
		Anzahl	unter 20	20–65	65 und älter
2006	4 052 860	20,5	59,4	20,1	42
2010	4 021 855	19,3	60,4	20,3	44
2015	3 978 122	18,2	60,5	21,3	46
2020	3 924 636	17,5	59,5	23,1	47
2025	3 861 286	17,2	57,4	25,4	48
2030	3 789 618	17,0	54,9	28,2	49
2035	3 711 297	16,6	53,0	30,5	50
2040	3 627 883	16,2	52,4	31,4	50
2045	3 539 766	15,9	52,1	32,0	51
2050	3 450 019	15,7	51,6	32,6	51

1) Für 2006: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, ab 2010: Ergebnisse der Modellrechnungen (mittlere Variante). –
 2) Das Medianalter teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen: 50 Prozent sind jünger, 50 Prozent sind älter als dieser Wert.

Altenquotient steigt bereits mittelfristig bis 2020 von 33,8 auf 38,8 ...

Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Der Altenquotient lag im Jahr 2006 bei einem Wert von 33,8. Bereits im Jahr 2007 wird er erstmals seit der Gründung des Landes höher sein als der Jugendquotient und es über den gesamten Vorausberechnungszeitraum auch bleiben. Aufgrund der beschriebenen Entwicklung in den Hauptaltersgruppen steigt er mittelfristig zunächst nur um fünf Punkte auf 38,8 im Jahr 2020. Langfristig erhöht sich der Altenquotient dann aber immer schneller und erreicht im Jahr 2050 einen Wert von 63,2. Das bedeutet, dass dann auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter mehr als 63 nicht mehr Erwerbstätige kommen.

... langfristig beträgt er im Jahr 2050 mehr als 63

Info

Die ausführliche Statistische Analyse „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“ steht im Internet unter der Adresse www.statistik.rlp.de/analysen/demografie/rp2050.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen als Referent tätig.

Das Materialkonto – Grundlage zur Beschreibung des gesellschaftlichen Stoffaustauschs



Von Gerd Kramer

Ein Materialkonto ist eine zusammenfassende Übersicht, die Materialströme aus der Natur und der übrigen Welt in die inländische Wirtschaft bzw. Materialströme aus der inländischen Wirtschaft in die Natur und die übrige Welt darstellt. Die Zahlen für diese Stoffstrombilanz werden im Rahmen des Gesamtsystems der Material- und Energieflussrechnungen von den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder ermittelt. Aufgrund der Komplexität der Material- und Energieflussrechnungen steht dieser Grundbaustein im Zentrum des vorliegenden Beitrags. Die aus dem Materialkonto abzuleitenden Indikatoren werden in einem gesonderten Beitrag vorgestellt.

Der Umfang der Stoffstrombilanz eines Wirtschaftsraumes ist durch die Systemgrenze und den Bezugsraum festgelegt. Um Zahlen aus Materialkonten von Ländern miteinander zu vergleichen, sind einheitliche Vereinbarungen zu diesen Randbedingungen erforderlich. Systemgrenzen von Stoffstromanalysen bilden die Übergänge der Stoffströme in die Umweltmedien Boden, Wasser und Luft. Der Bezugsraum legt fest, ob bei der Verarbeitung von Stoffen vor- oder nachgelagerte Stoffströme einbezogen werden. Bei den Materialkonten des Bundes und der Länder werden z. B. die Entnahmen und Abgaben von Wasser nur nachrichtlich mitgeteilt¹⁾; die systematische Bilanzierung beschränkt sich auf Vorgänge aus dem Bereich Boden (einschließlich der Lagerstätten) und

dem Bereich Luft. Bei der zahlenmäßigen Beschreibung des Verbrauchs von Stoffen ergänzen zwar die ländergrenzenüberschreitenden Importe und Exporte – bzw. auf der räumlichen Ebene der Bundesländer Bezüge (Empfang) und Lieferungen (Versand) – den Bezugsraum, dagegen bleiben die vorgelagerten Stoffströme, die z. B. bei der Rohstoffgewinnung oder der Weiterverarbeitung bereits im Ausland in Gang gesetzt wurden, unberücksichtigt. So sind die indirekten Flüsse bezüglich der Importe („ökologische Rucksäcke“) in den Tabellen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Bundes und der Arbeitsgruppe „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL)“ nicht mit Zahlen belegt. Mithin werden die Auswirkungen von Importen von Rohstoffen und Gütern auf die Umwelt des exportierenden Landes im Materialkonto derzeit nicht ausgewiesen.

1) Die mengenmäßig vergleichsweise hohen Stoffströme beim Wasser würden die Materialkontierung stark dominieren und die Analyse von Ergebnissen (einschließlich der Bildung von Indikatoren) erschweren. Die Bilanzierung der Wassermengen wird nur nachrichtlich, und zwar auf der Abgabenseite des Materialkontos, nachgewiesen.

Materialkonten für Bundesländer seit 1994

Ökologische
Rucksäcke
bleiben unbe-
rücksichtigt

Das rheinland-pfälzische Materialkonto der Material- und Energieflussmengen, differenziert nach Entnahmen und Abgaben, ist in den Tabellen 1 und 2 dargestellt. Sie wurden gegenüber den umfangreichen Originalversionen, wie sie die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder für den Zeitraum 1994 bis 2005 ausweisen²⁾, zeitlich um einzelne Jahre und sachlich um einige Nachweise (Unterpositionen) gekürzt. Aufgrund verschiedener noch fehlender Angaben für 2005 werden im Folgenden die Daten des Jahres 2004 analysiert.

Entnahmeseitig
dominieren die
mineralischen
Rohstoffe

Auf der Entnahmeseite (siehe Tabelle 1) ist die verwertete inländische Entnahme von Rohstoffen die mengenmäßig bedeutendste Position. Sie umfasst die festen und gasförmigen Stoffe, die in die wirtschaftlichen Prozesse (Produktion, Konsum) eingehen. Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz rund 52,7 Mill. t für diese Zwecke entnommen. Seit 2000, dem Jahr mit der höchsten Menge (63,2 Mill. t), wurde die Entnahme Jahr für Jahr verringert. Dies ist vor allem auf die Rückgänge bei den mineralischen Rohstoffen zurückzuführen. So wurde 2004 bei der bedeutendsten Rohstoffgruppe (diese umfasst u. a. Kies, Sand, Natursteine und Ton) mit 34,1 Mill. t rund ein Viertel weniger abgebaut als noch im Jahr 2000. Die abiotischen Rohstoffe machten 2004 zusammen fast 85% der verwerteten

Entnahme aus. Die biotischen Rohstoffe aus erneuerbaren Quellen in Rheinland-Pfalz gewinnen mengenmäßig an Bedeutung. Im Jahr 2004 überschritt die in der Land- und Forstwirtschaft entnommene Biomasse die Marke von 10 Mill. t. Hier ist zukünftig, bedingt durch die Bestrebungen zur Substitution fossiler durch regenerative Energieträger, mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Bei der Entnahme von Gasen aus der Atmosphäre handelt es sich, umweltökonomisch gesehen, ebenfalls um die Inanspruchnahme eines erneuerbaren Rohstoffes, nämlich Sauerstoff. Die Einbeziehung von Sauerstoff ist wegen der Bilanzierung der umweltwirksamen Emissionen aus Verbrennungsvorgängen (insbesondere in Verbindung mit Kohlenstoff) auf der Abgabeseite notwendig. Eigene Berechnungen zur Ergänzung der Angaben in Tabelle 1 ergaben für 2004 eine Entnahme von Sauerstoff in Höhe von 21,7 Mill. t (2003: 22 Mill. t).

Verstärkte
Entnahme
biotischer
Rohstoffe

Mehr Stoffe aus anderen Bundes- ländern als aus dem Ausland

Die Einfuhr von Stoffen aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz lag 2004 bei knapp 20 Mill. t. Die größten Anteile entfielen auf Energieträger (5,3 Mill. t) und „Andere Produkte“ (6,2 Mill. t). Diese Position enthält zu einem hohen Grad Stoffe und Produkte für die rheinland-pfälzische chemische Industrie (chemische Vorerzeugnisse und Halbwaren, Kunststoffe, Teerdestillate usw.) und dokumentiert damit den besonderen Stellenwert der stofflichen Entnahme durch diesen Wirtschaftszweig. Auf Stoffe biogenen Ursprungs entfielen 4,4 Mill. t.

Chemische
Industrie hat
hohen Grund-
stoffbedarf

2) Die Zeilenstruktur der Grundtabellen in den Ländermaterialkonten entspricht weitgehend der auf Bundesebene gebräuchlichen Form. Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt: Nationales Handbuch Materialkonto, Band 13 der Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“, Wiesbaden 2004. Unter <http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl2006.pdf> können aktuelle Analysen und Ergebnisse zu den Materialkonten der Länder herunter geladen werden.

T 1

Material- und Energieflüsse: Entnahmen 1994–2005¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	1994	1998	2002	2003	2004	2005
	1 000 Tonnen					
Verwertete inländische Entnahme	58 687	56 001	55 320	53 420	52 693	...
abiotische verwertete Rohstoffe	49 678	46 552	45 869	44 729	42 183	43 188
Energieträger	121	122	63	55	51	46
mineralische Rohstoffe	49 556	46 430	45 806	44 674	42 133	43 141
Kalk-, Gipsstein, Anhydrit, Kreide, Dolomit, Schiefer	4 922	5 217	4 639	3 988	3 978	3 712
Kies, Sand, gebrochene Natursteine, Ton und Kaolin	42 748	39 730	37 556	37 124	34 091	34 198
Steine und Erden a.n.g. sonstige Bergbauerzeugnisse	1 884	1 481	3 479	3 469	3 997	5 191
biotische verwertete Rohstoffe	9 009	9 449	9 452	8 691	10 510	...
Ernteprodukte aus der Landwirtschaft	4 412	4 669	4 654	3 817	4 897	...
Biomasse für Futterzwecke	3 173	3 306	3 304	2 717	3 379	...
Biomasse aus der Forstwirtschaft	1 420	1 471	1 490	2 153	2 230	...
Jagdstrecke	4	3	4	5	4	...
Entnahme von Gasen	24 849	25 412	22 840	2 545	2 493	...
Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	22 017	22 667	20 213
Sauerstoffentnahme für Atmung ²⁾	2 832	2 745	2 627	2 545	2 493	...
Stickstoffentnahme für Verbrennungsprozesse
Luft für andere Industrieprozesse
Einfuhr ³⁾	19 642	22 074	18 160	18 186	19 980	19 288
Rohstoffe	8 835	4 297	5 123	4 837	5 669	5 507
Energieträger	4 805	434	1 518	1 359	1 920	1 830
mineralische Rohstoffe	1 952	1 576	949	902	916	844
Biomasse	2 079	2 287	2 656	2 577	2 833	2 833
Halbwaren	5 416	11 089	5 757	5 280	5 566	5 660
von Energieträgern	3 463	6 851	3 887	3 311	3 346	3 854
von mineralischen Rohstoffen	1 608	3 917	1 578	1 645	1 884	1 502
von Biomasse	345	321	292	323	336	304
Fertigwaren	2 019	2 323	2 158	2 265	2 494	2 344
vorwiegend von Energieträgern	-	-	-	-	-	-
vorwiegend von mineralischen Rohstoffen	1 112	1 276	1 014	1 000	1 302	1 159
vorwiegend von Biomasse	907	1 047	1 145	1 266	1 192	1 185
andere Produkte	3 371	4 366	5 120	5 800	6 183	5 777
mit den Produkten importiertes Verpackungsmaterial
importierter Abfall zur letzten Verwendung	.	0	3	4	67	...
Empfang von Abfall zur letzten Verwendung aus anderen Bundesländern	.	123	288	353	230	...
Empfang aus anderen Bundesländern	43 948	44 606	44 759	50 438	50 581	52 608
biotische Güter	6 380	7 199	7 270	7 800	8 557	8 937
abiotische Güter	37 568	37 407	37 490	42 637	42 024	43 671
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme ⁴⁾	14 996	19 428	22 407	20 695	19 567	...
Abraum/Bergematerial von Energieträgern	2	-	1	1	1	1
Bergematerial mineralischer Rohstoffe	7 372	7 004	6 996	6 413	5 871	5 748
nichtverwertete Biomasse ⁵⁾	7 622	7 381	7 623	6 768	7 940	...
Bodenaushub	.	5 043	7 787	7 513	5 756	5 657
Indirekte Flüsse bezüglich der Importe

1) Quelle: Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL); vollständige Tabelle 2.1.11 unter www.ugrdl.de.

2) Atmung von Menschen und Nutztieren.

3) Einschließlich importierter Abfall zur letzten Verwendung.

4) 1994 und 1995 noch ohne Bodenaushub.

5) Enthält auch Wasser aus der Verdunstung in der Land- und Forstwirtschaft.

T 2		Material- und Energieflüsse: Abgaben 1994–2005 ¹⁾					
Gegenstand der Nachweisung		1994	1998	2002	2003	2004	2005
		1 000 Tonnen					
Verwertete inländische Abgabe		44 377	44 610	40 871	12 705	12 468	...
Luftemissionen		30 274	31 167	27 793	87	85	...
Kohlendioxid (CO ₂)		30 274	31 167	27 793
Kohlenmonoxid (CO)	
Stickoxide (NO _x)	
Schwefeldioxid (SO ₂)	
Distickstoffoxid (N ₂ O)		.	.	.	11	13	.
Ammoniak (NH ₃)	
Methan (CH ₄)		.	.	.	76	71	.
FCKW und Halone	
Partikel (Staub)	
flüchtige organ. Verbindungen außer Methan (NMVOC)	
Emissionen im Abwasser ²⁾	
Dissipativer Gebrauch von Produkten		8 840	8 271	8 058	7 708	7 544	...
organischer Dünger		8 532	8 008	7 790	7 444	7 273	...
mineralischer Dünger		211	147	142	130	128	...
Pflanzenschutzmittel		1	2	1	1	2	...
Saatgut		62	63	60	58	59	...
Streusalz		34	51	65	75	83	...
Dissipative Verluste ³⁾		3	4	4	4	4	...
Abgabe von sonstigen Gasen		5 260	5 169	5 016	4 906	4 836	...
Wasser aus Verbrennungsprozessen	
Atmungsemissionen (CO ₂) ⁴⁾		3 894	3 775	3 612	3 499	3 428	...
Atmungsemissionen (H ₂ O) ⁵⁾		1 366	1 394	1 405	1 407	1 407	1 408
Ausfuhr		17 848	17 639	19 932	20 656	23 633	22 635
Rohstoffe		6 301	6 400	6 978	6 390	7 796	6 847
Energieträger		0	0	0	574	1 894	182
mineralische Rohstoffe		5 108	5 132	5 195	4 154	4 121	4 793
Biomasse		1 193	1 267	1 782	1 663	1 781	1 872
Halbwaren		3 526	2 201	1 805	2 057	2 335	2 437
von Energieträgern		1 433	294	120	252	387	486
von mineralischen Rohstoffen		1 757	1 536	1 366	1 504	1 553	1 517
von Biomasse		337	371	320	301	395	434
Fertigwaren		2 040	2 674	3 196	3 327	3 887	3 798
vorwiegend von Energieträgern		-	-	-	-	-	-
vorwiegend von mineralischen Rohstoffen		1 238	1 521	1 583	1 564	1 770	1 707
vorwiegend von Biomasse		802	1 153	1 613	1 763	2 117	2 090
andere Produkte		5 981	6 364	7 954	8 882	9 614	9 553
Versand in andere Bundesländer		50 019	45 557	46 858	51 218	51 628	55 223
biotische Güter		9 904	9 573	10 657	11 658	11 344	12 235
abiotische Güter		40 115	35 984	36 201	39 560	40 284	42 988
Nichtverwertete inländische Abgabe ⁶⁾		14 996	19 428	22 407	20 695	19 567	...
Indirekte Flüsse bezüglich der Exporte	
Saldo Entnahme und Abgaben ⁷⁾	
darunter: Abfall an Deponie		3 283	1 859	1 806	1 688	1 464	...
Nachrichtlich:							
Wasserentnahme aus der Natur		.	2 358	.	.	2 427	.
Wasserabgabe an die Natur		.	2 346	.	.	2 418	.
Saldo Export und Import von Wasser ⁸⁾		.	-1	.	.	1	.
Saldo Wasser		.	11	.	.	10	.

1) Quelle: Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL); vollständige Tabelle 2.2.11 unter www.ugrdl.de.

2) Emissionen von Stickstoff, Phosphor und sonstigen Substanzen und (organischem) Material nach Kläranlage.

3) Nur Brems- und Reifenverluste.

4) Atmungsemissionen (CO₂) von Menschen und Nutztieren.

5) Nur die Wasserverdunstung des Menschen durch Atmung und Ausscheidung über die Haut.

6) Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

7) Wird zur Zeit noch nicht berechnet.

8) Im Rahmen der öffentlichen Wasserversorgung, ohne Abwasserüberleitungen im Rahmen der öffentlichen Abwasserbeseitigung.

Der Empfang aus anderen Bundesländern hat ein großes Gewicht im Materialkonto des Landes. Im Jahr 2004 wurden 50,6 Mill. t Stoffe importiert; damit übertrafen die innerdeutschen Bezüge die Importe aus dem Ausland fast um das Zweieinhalbfache. Im Gegensatz zu den differenzierten Nachweisen der Stoffe bei der verwerteten inländischen Entnahme und bei der Einfuhr werden beim Gütertausch zwischen den Bundesländern die Güterabteilungen nur nach den Merkmalen „biotisch“ bzw. „abiotisch“ unterschieden.³⁾ Die abiotischen Güter repräsentieren den Fluss der nicht erneuerbaren Stoffe aus dem übrigen Deutschland nach Rheinland-Pfalz. Auf sie entfielen im Jahr 2004 mit 42 Mill. t rund 83% der Bezüge aus anderen Bundesländern. Im Beobachtungszeitraum von 1994 bis 2004 war bei diesen Gütern eine Tendenz zu höheren Empfangsmengen festzustellen (+12%). Bei den biotischen Gütern (2004: 8,6 Mill. t) stiegen die Bezüge noch stärker (+34% gegenüber 1994).

Nichtverwertete Entnahme relativ gering

In Rheinland-Pfalz fielen 2004 zusätzlich zur verwerteten Entnahme weitere 19,6 Mill. t biotische und abiotische Stoffe als nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme an. Auf 1 t verwertetes kamen durchschnittlich 0,37 t nichtverwertetes Material. Damit ist das Verhältnis der nichtverwerteten zur verwerteten Entnahme – aufgrund der geringen Bedeutung des Bergbaus im Land – im Hinblick auf gravierende Umweltveränderungen als günstig zu bezeichnen.

3) Für die Aggregatbildung (Zusammenfassung von Güterabteilungen der Güterverkehrsstatistik) ist insbesondere die vergleichsweise unsichere Datengrundlage beim Straßengüterverkehr verantwortlich. Die Aufbereitung von Ergebnissen ist in Form einer repräsentativen Stichprobenerhebung konzipiert, deren Auswahlgrundlage das Zentrale Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt bildet. Je Berichtszeitraum wird eine Auswahl von maximal 0,5% der Erhebungseinheiten (Fahrzeughalter/-besitzer) befragt. Die Ergebnisse werden frei hochgerechnet.

4) Die ausgewiesenen biotischen Reststoffe stellen eher eine Untergrenze dar. Es fehlen z. B. analog zur entnommenen Biomasse (Holz) aus der Forstwirtschaft Angaben zum Verbleib der übrigen Biomasse (z. B. Baumkronen) in den Wäldern.

Nichtverwertete Rohstoffe werden, stofflich gesehen, nahezu unverändert wieder an die Umwelt, und hierbei fast ausschließlich an das Ökosystem Boden, zurückgegeben. In der Bilanzierung des Materialkontos werden diese Mengen als „nicht verwertete Abgabe“ auch auf die Abgabeseite übertragen. Die nichtverwertete Biomasse war im Jahr 2004 mit rund 8 Mill. t bzw. 41% unter den nichtverwerteten Stoffen von der Menge her am bedeutendsten. Die Stoffe stammen fast vollständig aus der Landwirtschaft (z. B. Stroh, Zwischenfrüchte).⁴⁾ Knapp 5,9 Mill. t fielen beim Abbau mineralischer Rohstoffe an. Ähnlich hoch war die Menge des Bodens (5,8 Mill. t), der im Zuge von Baumaßnahmen ausgehoben und bewegt wurde.

Keine großen Stoffbewegungen in der Rohstoffgewinnung

Die gesamte Entnahme aller festen und gasförmigen Stoffe im rheinland-pfälzischen Materialkonto (Wasser bleibt – wie bereits dargelegt – unberücksichtigt) addiert sich zu einer Masse von jährlich rund 166 Mill. t im Durchschnitt des Betrachtungszeitraums. Diese Zahl repräsentiert gewissermaßen die Größenordnung des stofflichen Inputs für wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Der Wert von 165 Mill. t im Jahr 2004 entsprach etwa diesem langjährigen Durchschnitt.

166 Mill. t werden jährlich der Umwelt entnommen

Lücken bei der Materialabgabe auf Länderebene

Abgabeseitig ist das Materialkonto (siehe Tabelle 2) in den Oberpositionen (verwertete Abgabe, Ausfuhr/Versand, nichtverwertete Abgabe) analog zur Entnahmeseite aufgebaut. Eine Besonderheit ist bei den verwerteten Stoffen zu beachten: Während auf der Entnahmeseite die Gase eine eigenständige Position bilden und nicht unter der „verwerteten inländischen Entnahme“ konzentriert werden, sind sie auf der Abgabeseite in der „verwerteten inländischen Abgabe“ enthalten.

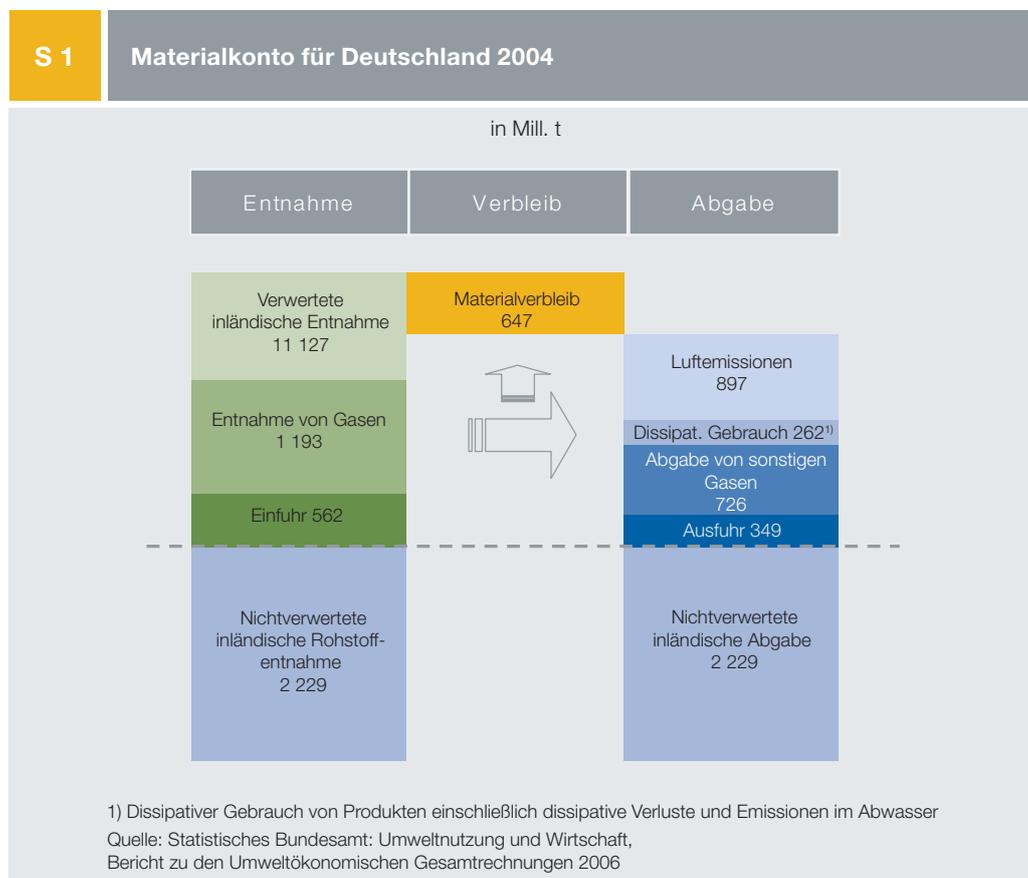
Ergänzende Berechnungen wegen Bundesvergleich notwendig

Das rheinland-pfälzische Materialkonto der Abgaben weist, wie die Länderkonten überhaupt, einige Datenlücken auf. Diese betreffen insbesondere die verwertete Abgabe (Luftemissionen, Emissionen im Abwasser und Wasser aus Verbrennungsprozessen). Dadurch werden Vergleiche zur Bundesebene erschwert. Während Tabelle 2 den derzeitigen Berechnungsstand der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder zu den Materialabgaben von Rheinland-Pfalz wiedergibt, wurden einige ergänzende Berechnungen für Rheinland-Pfalz auf der Abgabeseite vorgenommen, um die Verhältnisse des rheinland-pfälzischen und des deutschen Materialkontos vergleichen zu können:

- Die Luftemissionen wurden um die energiebedingten CO₂-Emissionen ergänzt.

Die fehlenden luftverunreinigenden und klimawirksamen Gase und Partikel – sie machen zusammen etwa 1,5% der Emissionen aus – wurden anhand der Verteilung auf Bundesebene hinzugeschätzt.

- Für die Wassermengen aus Verbrennungsprozessen zur Ergänzung der Position „Abgabe von sonstigen Gasen“ wurden ebenfalls bundesdurchschnittliche Verhältnisse auf Rheinland-Pfalz übertragen.
- Die Emissionen im Abwasser (d. h. im Anschluss an die Abwasserreinigung noch im Abwasser verbleibende Stoffe) wurden wegen der geringen mengenmäßigen Bedeutung (durchschnittlich 0,2% der verwerteten inländischen Abgabe auf Bundesebene) nicht berücksichtigt.



Die so für 2004 rechnerisch ergänzten Ergebnisse auf der Abgabeseite des Materialkontos für Rheinland-Pfalz sind zusammen mit der Entnahmeseite in Schaubild 2 dargestellt. Zum Vergleich werden die Bundesergebnisse (siehe Schaubild 1) wiedergegeben.⁵⁾

Anthropogener CO₂-Ausstoß ist abgabeseitig die bedeutendste Emission

In Rheinland-Pfalz wurden 2004 rund 27,3 Mill. t Luftemissionen freigesetzt. Der energiebedingte Ausstoß an CO₂ repräsentierte mit 26,4 Mill. t dabei den weitaus größten Teil. Der Umfang der an die Atmosphäre abgegebenen Emissionen ist als unterer Wert dessen anzusehen, was tatsächlich emittiert wird. So sind z. B. die prozessbedingten

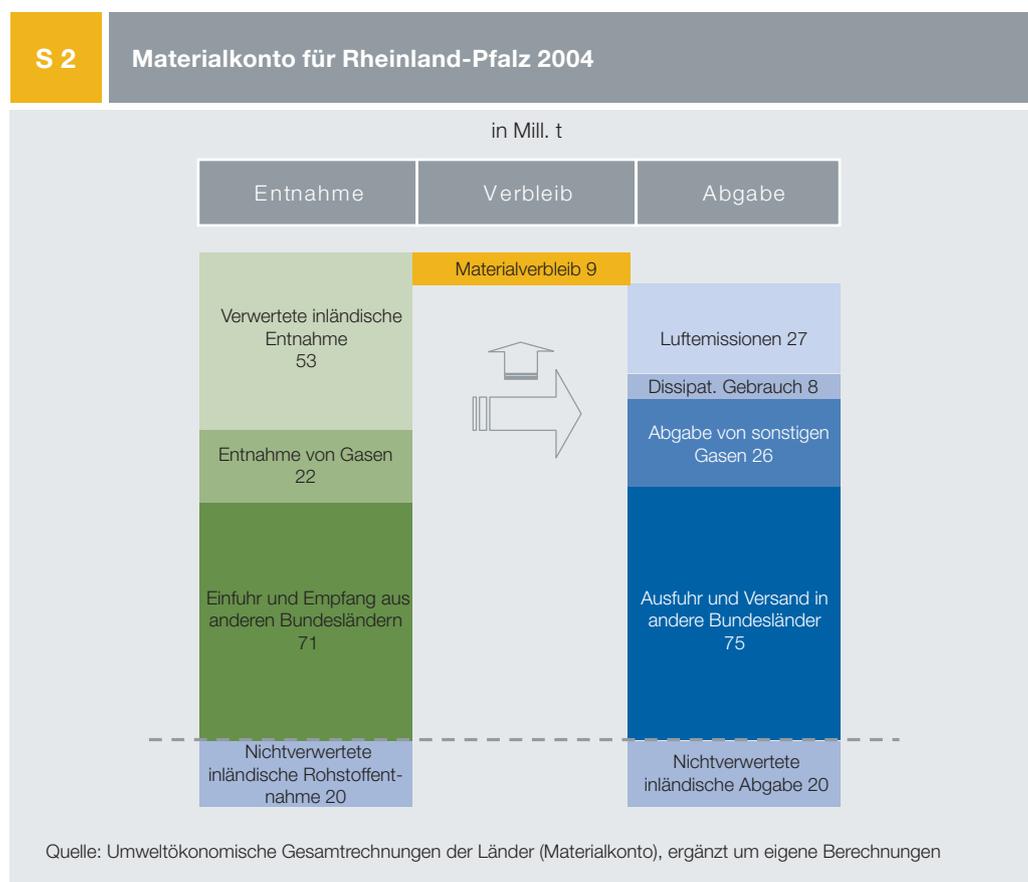
CO₂-Emissionen in den Materialabgabekonten der Länder, im Gegensatz zum deutschen Materialkonto, nicht enthalten.

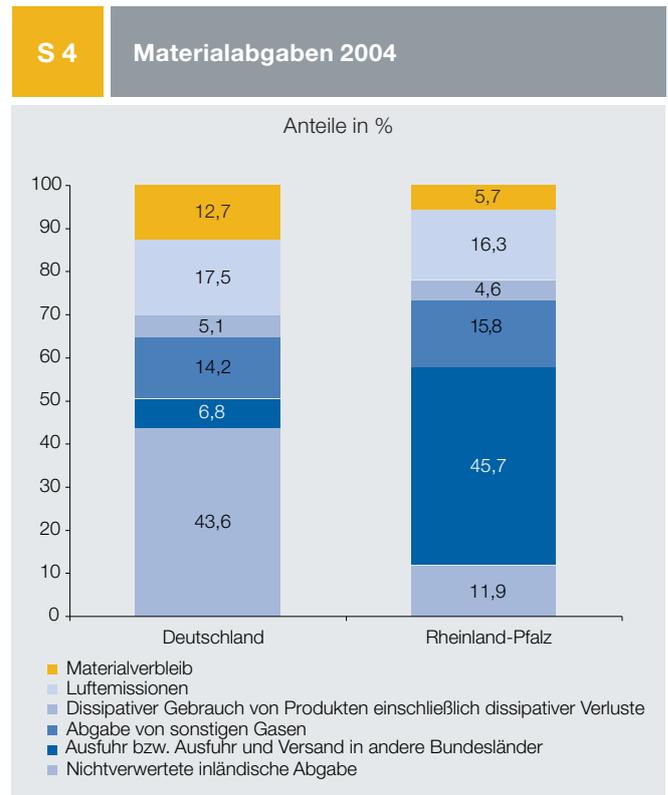
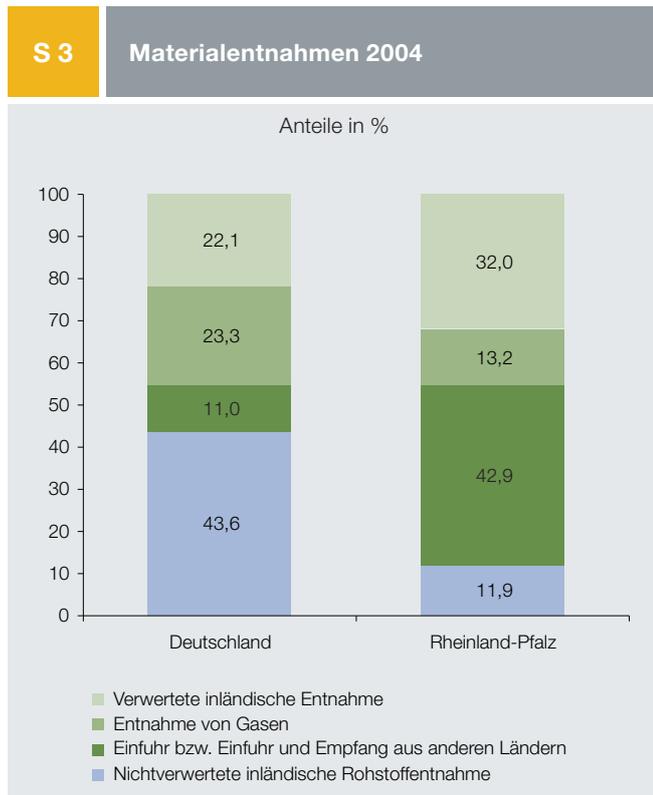
Die Abgabe sonstiger Gase erhöht sich durch das für 2004 überschlägig eingerechnete gasförmige Wasser aus Verbrennungsprozessen von rund 5 Mill. t (siehe Tabelle 2) auf knapp 26 Mill. t. Die sonstigen Gase lagen damit in der gleichen Größenordnung wie die Luftemissionen. Zusammen machten die gasförmigen Emissionen knapp ein Drittel (32,1%) aller Abgaben in Rheinland-Pfalz aus; das entsprach etwa dem Bundesdurchschnitt (31,7%, siehe Schaubild 4).

Vergleichbarkeit beim CO₂ eingeschränkt

Ein Drittel der Abgabe ist gasförmig

5) Vgl. Statistisches Bundesamt: Umwelnutzung und Wirtschaft, Tabellen zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2006, Teil 1: Gesamtwirtschaftliche Übersichtstabellen, Wiesbaden 2006.





Auf den dissipativen Gebrauch⁶⁾ von Produkten entfielen über 7,5 Mill. t. Die weitaus größte Menge (7,3 Mill. t) stellte dabei die organische Düngung (Wirtschaftsdünger, Kompost, Klärschlamm). Im Vergleich zu Deutschland (5,1%) war der rheinland-pfälzische Anteil an der Gesamtabgabe (4,6%) geringer. Das ist vor allem durch den niedrigeren Nutzviehbesatz zu begründen.

Hohe Materialverschiebungen durch Gütertausch

Wie auf der Entnahmeseite des rheinland-pfälzischen Materialkontos die Bezüge, so

waren im Jahr 2004 die Güterexporte mit 23,6 Mill. t und der Versand in die anderen Bundesländer mit 51,6 Mill. t auf der Abgabeseite von großer Bedeutung. Das unterscheidet Rheinland-Pfalz – hier kamen fast 46% der Abgaben und 43% der Entnahmen durch den Austausch über die Ländergrenzen zustande – von den Verhältnissen auf Bundesebene (6,8% bzw. 11%) ganz erheblich. Bedingt durch die mengenmäßig stark ins Gewicht fallenden deutschen Importe fossiler Rohstoffe (224 Mill. t der Gesamteinfuhren von 562 Mill. t im Jahr 2004 waren Energieträger) überwiegen im Materialkonto des Bundes die Einfuhren (562 Mill. t) gegenüber den Ausfuhren (349 Mill. t). In Rheinland-Pfalz überstieg dagegen die Ausfuhr bzw. der Versand (75 Mill. t) die Einfuhr bzw. dem Empfang (71 Mill. t).

6) Dissipativ (lat.): zerstreuend, entwertend. Der dissipative Gebrauch von Produkten im Sinne des Materialkontos beinhaltet alle Materialabgaben, die mit Vorsatz in die Umwelt ausgebracht werden und für die in der Regel ein ökonomischer oder gesellschaftlicher Nutzen unterstellt werden kann. Als dissipativer Verlust geht ausschließlich der Abrieb der Reifen und Bremsen von Fahrzeugen und Flugzeugen in die Kontierung ein.

Viele biotische
Güter verlassen
Rheinland-Pfalz

Neben geringeren Anteilen beim Empfang von Energieträgern⁷⁾ sind insbesondere die Export- bzw. Versandüberschüsse von biotischen Gütern dafür verantwortlich, dass Rheinland-Pfalz rund ein Viertel mehr Stoffe abgibt, als es empfängt. Typisch für den rheinland-pfälzischen Export bzw. Versand sind Rohstoffe und Produkte wie Holz, Getreide und Wein.

Physisches Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft 2004 bei 9 Mill. t

Wird die nichtverwertete inländische Abgabe berücksichtigt – diese ist mengenmäßig mit der nichtverwerteten inländischen Rohstoffentnahme von 19,6 Mill. t identisch –, ergibt sich für das Jahr 2004 eine Materialabgabe von 155,1 Mill. t. Da zugleich rund 164,5 Mill. t Material der Umwelt entnommen wurden,

bleibt rechnerisch ein Saldo von 9,4 Mill. t. Dieser Verbleib an Material stellt, quasi als Restgröße des Materialkontos, die Zunahme des physischen Bestandes an Gütern innerhalb des wirtschaftlichen Systems in Rheinland-Pfalz dar.

Es handelt sich im Wesentlichen um langlebige Güter, wie z. B. Gebäude und Infrastruktureinrichtungen, Anlagen, Maschinen und Fahrzeuge. Aus den Materialkonten seit 1994 ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Bestandszunahme von rund 14 Mill. t. Bezogen auf die entsprechenden Entnahmen verbleiben damit jährlich knapp 9% aller eingesetzten Materialien im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System des Landes und belegen so das physische Wachstum in Rheinland-Pfalz mit nachvollziehbaren Zahlen.

14 Mill. t Material-
verbleib im Durch-
schnitt

7) So hat Rheinland-Pfalz einen vergleichsweise niedrigen Selbstversorgungsgrad bei Strom mit entsprechend geringen für die eigene Stromerzeugung eingesetzten Rohstoffmengen. Die Materialmengen – und die damit verbundenen Umweltbelastungen – tauchen daher in den Materialkonten der nach Rheinland-Pfalz Strom liefernden Länder (z. B. als Abraum von Braunkohle) auf. Auch den gegenüber dem Bundeswert (44%) deutlich niedrigere Anteil der nicht verwerteten Rohstoffentnahme von Rheinland-Pfalz (12%) spiegelt diesen Sachverhalt wider.

Gerd Kramer, Diplom-Umweltwissenschaftler, leitet das Sachgebiet „Auswertungen Landwirtschaft und Umwelt“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklima hat sich im Dezember weiter abgekühlt

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex ist im Dezember gesunken

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Dezember weiter abgekühlt. Der ifo Geschäftsklimaindex sank deutlich von 104,2 auf 103 Punkte. Überraschend kam dieser Rückgang aber nicht. Bereits seit Mai trübt sich die Stimmung bei den Unternehmen ein. Dieser Abwärtstrend wurde nur durch den leichten Anstieg im November unterbrochen. Damit wird eine Abschwächung der Wachstumsdynamik im kommenden Jahr immer wahrscheinlicher.

Lagebeurteilung schlechter als im Vormonat; Geschäftserwartung nahezu unverändert

Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Geschäftslage wesentlich schlechter als im Vormonat. Der Lageindex sank von 110,3 auf 108,1 Punkte. Die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate haben sich dagegen kaum verändert. Der Erwartungsindex verringerte sich lediglich um 0,1 Punkte auf 98,2.

Kräftiger Rückgang im verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Klima im Dezember deutlich eingetrübt. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen für die kommenden sechs Monate fielen schlechter aus als im Vormonat.

Im Bauhauptgewerbe gab es dagegen eine Stimmungsverbesserung. Lageeinschätzung und Erwartungen waren bei den Unternehmen dieser Branche günstiger als noch im November.

Einen starken Einbruch verzeichnete das ifo Institut bei der Stimmung im Einzelhandel.

Verursacht wurde dies vor allem durch eine wesentlich ungünstigere Lageeinschätzung der Einzelhändler. Die Geschäftsaussichten verschlechterten sich auch, aber weniger stark als die Beurteilung der aktuellen Lage.

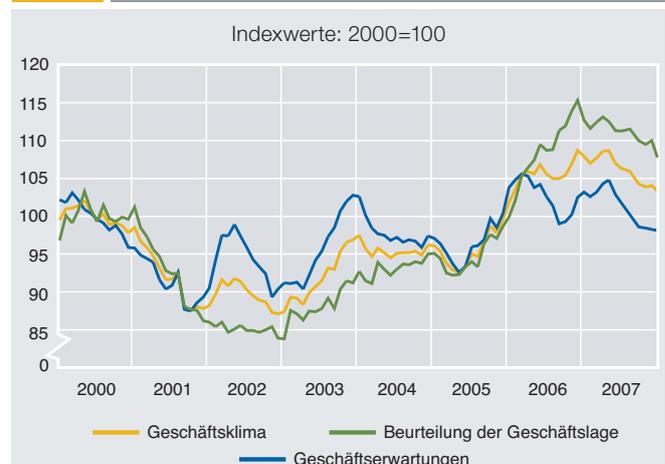
Im Gegensatz dazu hat sich das Klima im Großhandel etwas aufgehellt. Die Großhändler waren zwar mit ihrer aktuellen Geschäftslage unzufriedener als im Vormonat. Dafür blicken sie aber wesentlich optimistischer in die Zukunft als noch im November.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe steigen weiter mit zweistelligen Zuwachsraten

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Stand: Dez. 2007

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im September 2007 gegenüber dem Vorjahr um 11,1% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im September 2007 fiel die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +11,1% geringfügig stärker aus als im August (+10,9%). Damit stieg sie – wie zuvor bereits im Juli (+11,7%) – zum dritten Mal in Folge im zweistelligen Bereich.

Auslandsaufträge steigen stärker als Inlandsaufträge

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im September 2007 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Wie schon von Mai bis August ist die heimische Nachfrage dabei schwächer gestiegen als die Auslandsnachfrage. Davor war in den Monaten von Februar bis April ein höheres Auftragsplus aus dem Inland zu beobachten. Im September gab es mit +3,4% allerdings den geringsten Zuwachs seit Mai 2005. Bereits im August wurde mit +4% ebenfalls ein niedriger Anstieg der Inlandsaufträge registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland verbesserten sich dagegen im September mit +18,8% nach den hohen Zuwächsen vom Juli (+17%) und August (+17,8%) nochmals und stiegen damit stärker als in den vorangegangenen 16 Monaten.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie nur um 1,7% über Vorjahresniveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 33%) erhöhten sich im September 2007 die Auftragseingänge nur um 1,7% gegenüber dem September des Vorjahres und blieben damit ähnlich schwach wie im August (+1,3%). So niedrig waren die Zuwachsraten zuletzt im Februar 2004. Bereits im Juni und Juli war es mit +4,7 bzw. +4,6% zu einer spürbaren Abschwächung gekommen. In den ersten

fünf Monaten dieses Jahres hatte das Auftragsplus in der chemischen Industrie noch zwischen 6,2% im April und 9,9% im März gelegen.

Die aktuelle Entwicklung wurde von leichten Zuwächsen auf den Märkten im In- und Ausland bestimmt. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es nur noch zu einem Anstieg von 0,8%. Nach dem Spitzenwert vom Mai (+16,1%) erreichte die Zuwachsrate bereits im August mit +1,4% einen ähnlich niedrigen Wert. Von August 2006 bis August 2007 war die Zunahme der inländischen Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr stärker als die der ausländischen Bestellungen. Das änderte sich – wenn auch nur geringfügig – im September 2007. Die Zuwachsrate der Aufträge aus dem Ausland lag bei 2,2%, nach nur 1,2% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im September 2007 mit +44,1% zum stärksten Anstieg der Auftragseingänge in den letzten Jahren. Damit war zum zwölften Mal in Folge eine zweistellige Zuwachsrate zu verzeichnen. Vor dem bisherigen Spitzenwert vom August (+38,2%) hatte der Anstieg der Auftragseingänge 20,3% im Juni bzw. 30,5% im Juli betragen.

Auftragseingänge aus dem Ausland im Fahrzeugbau wieder sehr kräftig gestiegen

Während im März und April noch das gute Inlandsgeschäft die Entwicklung geprägt hatte, übertreffen die ausländischen Bestellungen seit Mai den Anstieg der Binnennachfrage deutlich. Im September stieg die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion um 5%, nach einem Zuwachs um 3,6% im August. Die Nachfrage aus dem Ausland erreichte im September 2007 mit +84,7% einen erneuten Rekordzuwachs, nachdem sie sich bereits im August um 74,3% verbessert hatte.

Nachfrageplus
in der Metaller-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im September 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 5,5%. Dies ist in dieser Branche der stärkste Zuwachs seit mehr als einem Jahr. Bereits von März 2007 an hatte es wieder Auftragszuwächse gegeben, nachdem zuvor fünfmal hintereinander ein Rückgang zu verzeichnen war. Zuletzt hatte der Anstieg im August 4,4% betragen.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im September zu einem Zuwachs um 7,4%, nach einem Plus von 4,2% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im September im Vorjahresvergleich um 2,7%, nach einer Verbesserung von 4,6% im August.

Im Maschinen-
bau steigen Auf-
tragseingänge
schwächer

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im September 2007 im Vorjahresvergleich um 5,9% und damit deutlich schwächer als zuletzt von Juni bis August, als es zu kräftigen Zuwachsraten zwischen 13,5 und 15,2% gekommen war. Davor hatte seit Beginn des Jahres 2007 die Zuwachsrate nicht mehr im zweistelligen Bereich gelegen. Von März bis Mai waren lediglich Steigerungen zwischen 3,4 und 7% zu verzeichnen.

Die Inlands- und Auslandsaufträge trugen gleichermaßen zu dieser Entwicklung bei. Die heimische Nachfrage stieg im September gegenüber dem Vorjahresmonat nur um 6,2%. Im August war es hier noch zu einem Auftragsplus von 11,5% gekommen, nachdem im Februar mit 23,8% die höchste Zuwachsrate der letzten Jahre zu verzeichnen war. Die Auftragszahlen aus dem Ausland zogen diesmal – anders als in den vier vorangegangenen Monaten – etwas schwächer an. Der Anstieg der Bestellungen belief sich im September im Vorjahresvergleich auf 5,6%, nach 14,7% im August.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen weiter stark rückläufig

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im September 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,3% gestiegen. Im August lag die Zuwachsrate noch bei 3,7%, nachdem es im Juli sogar einen Rückgang um 1,4% gegeben hatte. Auch in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Nach einer deutlichen Zunahme um 13,2% im April war es im Mai und Juni lediglich zu einem leichten Plus von 2,6 bzw. 0,8% im Vorjahresvergleich gekommen.

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmo- naten geprägt. Positiv zu werten ist, dass dem aktuellen Drei-Monats-Durchschnitt im September Zuwächse in allen Berichtsmo- naten zugrunde liegen.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde auch in den letzten Monaten noch durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zum Januar 2006 beeinflusst. Der dadurch ausgelöste Genehmigungsschub wirkte im Drei-Monats-Durchschnitt vor allem von November 2005 bis März 2006, da viele der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge erst Anfang 2006 bearbeitet wurden. Diese aus steuerlichen Gründen „vorgezogenen“ Baugenehmigungen führten in der Folge als Basiseffekt zu starken Rückgängen bei der Zahl der Baugenehmigungen. Vor allem von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt um jeweils mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend im März mit einem Minus von 34% ab. Danach war eine Stabilisierung der immer noch hohen Abnahmeraten erkennbar. Von April bis August gab es Rückgänge zwischen 14,7 bzw. 22,6%.

Auftragseingänge
im Bauhaupt-
gewerbe steigen
um 12,3%

Zahl der Baugenehmigungen
im Vorjahresver-
gleich deutlich
zurückgegangen

Im September 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen um 31% gegenüber dem Vorjahreswert wieder stärker.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird – soweit dies in Anbetracht von methodischen Änderungen möglich ist – zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Einzelhandels- und Großhandelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden im Januar 2007 die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Damit ist allerdings die Vergleichbarkeit mit dem alten Berichtskreis nicht mehr gegeben. Durch die rückwirkende Einbeziehung der in den Jahren 2003 und 2004 neu gegründeten Handelsunternehmen ab Januar 2006 können aber die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich seit dem Vorliegen der Ergebnisse des Berichtsmonats März 2007 wieder gebildet werden.

Leichter Umsatzrückgang im Einzelhandel

Der Drei-Monats-Durchschnitt der Einzelhandelsumsätze wies im September 2007 zum fünften Mal in Folge einen realen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert auf. Nachdem die Umsätze von Mai bis August zwischen 0,5 und 1,5% gesunken waren, kam es nun im September zu einem leichten Minus von 0,1%. Davor hatte es von Februar bis April Umsatzsteigerungen gegeben. In den Berichtsmonaten des aktuellen Drei-Monats-Durchschnitts brachte die Umsatzentwicklung im September einen deutlichen Rückgang. Zuvor wurde im August ein leichtes und jetzt aktuell im Berichtsmonat

Oktober ein stärkeres Auftragsplus gegenüber dem Vorjahr festgestellt.

Die Umsätze im Großhandel sind im September 2007 im Vorjahresvergleich real um 4,8% gesunken. Auch davor waren sie bereits fünfmal hintereinander rückläufig. Zwar war das Minus im bisherigen Jahresverlauf geringer ausgefallen – die Veränderungsraten bewegten sich zwischen –0,9% im Februar und –3,4% im Juli – zuletzt war es aber im August mit –4,6% ähnlich kräftig. Zwischenzeitlich hatte es im März eine leichte Umsatzsteigerung um 0,3% gegeben. Im Großhandel verstärkt sich damit die negative Entwicklung des Vorjahres. Für das Jahr 2006 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Umsatzrückgang von 0,8% errechnet.

Stärker sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigten sich bei der Entwicklung der Umsätze im Jahr 2006 – mit Ausnahme des Februar 2006 (–0,2%) – durchweg Steigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; der höchste Anstieg war im Mai 2006 mit +4,7% zu verzeichnen. Zudem ließen die Umsatzmesszahlen den üblichen saisonalen Verlauf mit hohen Umsätzen von Mai bis Oktober und einem deutlichen Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft erkennen. Seit Jahresbeginn 2007 sanken die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. dagegen in allen Monaten. Im September 2007 belief sich der Rückgang real auf 3,8% und war damit wieder höher als im Juli (–2,7%) und August (–3,2%), blieb aber hinter den Umsatzeinbußen vom Mai und Juni (jeweils –4,8%) zurück.

Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im Dezember um 2,9% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucherpreisindex steigt auch im Dezember wieder stark

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis: 2000=100) erreichte im Dezember 2007 einen Wert von 114,1. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte er sich um 0,7%. Gegenüber dem Dezember des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 2,9% gestiegen. Damit bleibt die Jahresteuerrate weiter auf einem hohen Niveau. Im November wurde mit +3% ein Wert erreicht, wie er seit dem Jahr 1995 – seither wird der rheinland-pfälzische Preisindex nachgewiesen – noch nie zu verzeichnen war. Davor hatte im September und Oktober 2007 der Preisanstieg bereits 2,3 bzw. 2,5% betragen. Von Januar bis August zeigten sich im laufenden Jahr dagegen nur geringe Schwankungen bei der Preisentwicklung. Der niedrigste Anstieg war im Januar (+1,6%), der höchste im März (+1,9%) ermittelt worden.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Jahresvergleich gab es im Dezember 2007 in den Indexhauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+6,6%), „Verkehr“ (+5,4%), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+3,2%) sowie im „Bildungswesen“ (+3%). Schwächer als im Durchschnitt blieben die Preissteigerungen vor allem in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+1,2%), „Bekleidung und Schuhe“ (+1,1%), „Nachrichtenübermittlung“ (+0,8%) sowie „Gesundheitspflege“ (+0,3%).

Arbeitslosigkeit im Dezember leicht gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Arbeitslosenquote steigt auf 5,9%

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember 2007 im Vergleich zum Vormonat um rund 2 400 auf 120 700 (+2,1%) gestiegen. Dies ist vor allem auf saisonale Einflüsse

zurückzuführen. Firmen im Baugewerbe, in der Forstwirtschaft und im Gastgewerbe haben jahreszeitlich bedingt Mitarbeiter entlassen – allerdings in weit geringerem Umfang als in den Jahren zuvor.

Im Vergleich zum Vorjahr waren deutlich weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen ging gegenüber Dezember 2006 um 24 600 zurück (-17%). Weniger Arbeitslose in einem Dezember gab es zuletzt vor 15 Jahren. Neben der guten Konjunktur im Jahr 2007 ist diese positive Entwicklung sicherlich auch ein Erfolg der Arbeitsmarktreformen.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, stieg auf 5,9%. Im Vormonat lag die Quote bei 5,7%; vor einem Jahr hatte sie noch 7,1% betragen.

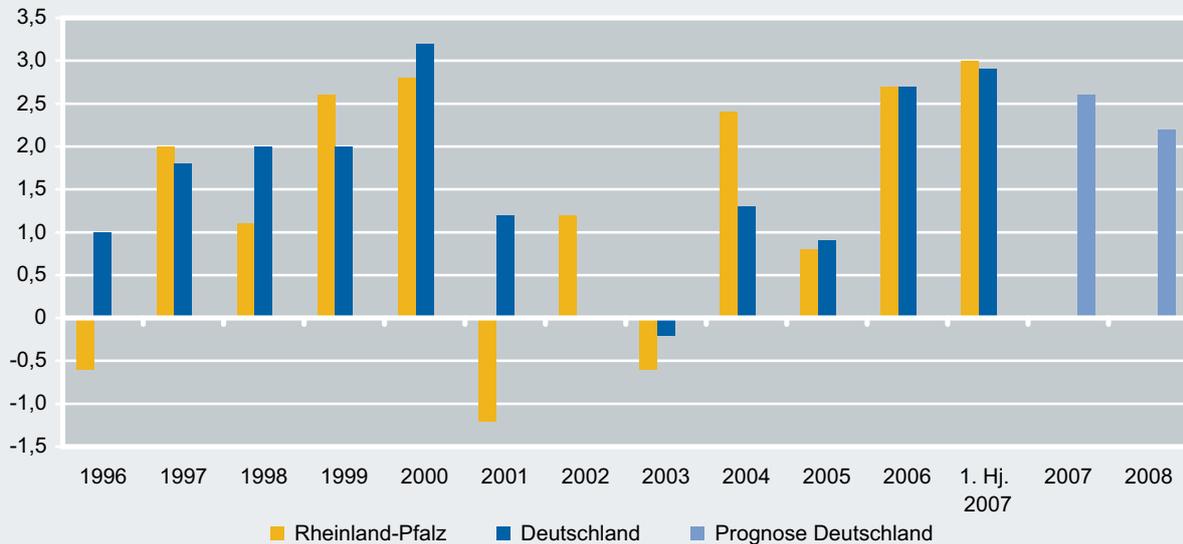
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt weiter zu. Von November 2006 bis November 2007 ist sie nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit um 26 000 (+2,2%) auf 1,2 Mill. gestiegen. Sie hat damit wieder das Niveau von 2002 erreicht.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt weiter zu

Neue Jobs entstanden im verarbeitenden Gewerbe (+6 000), im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (+9 600), im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+2 800) und im Gesundheits- und Sozialwesen (+3 000).

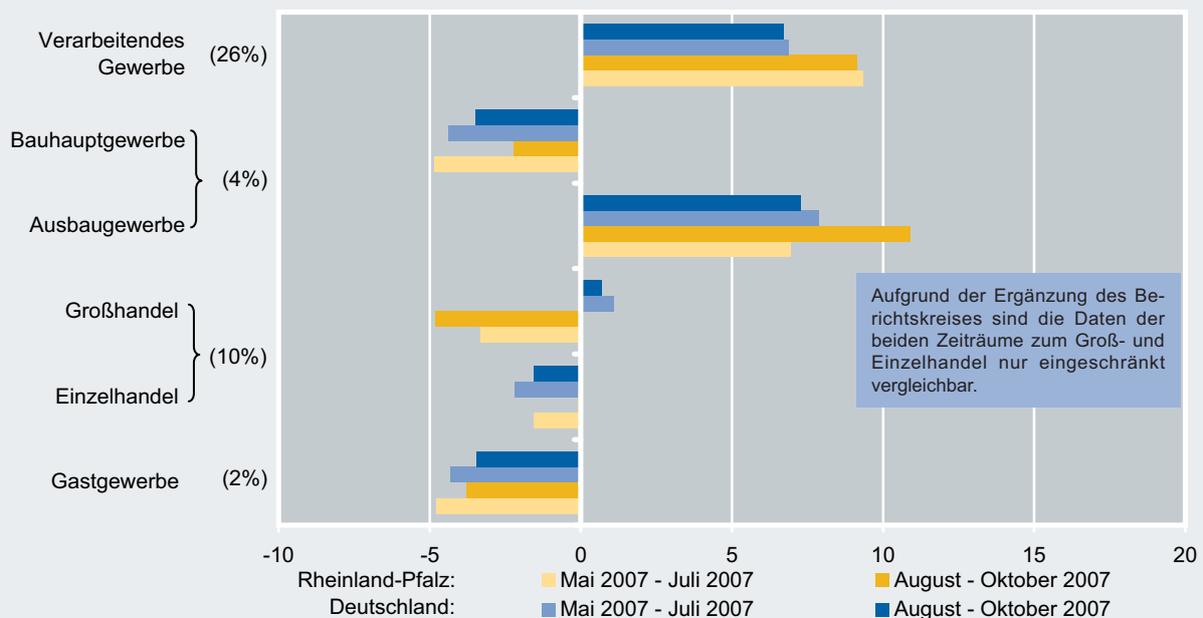
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für die 1.Fortschreibung 2007 im Februar 2008. – Quelle Prognosewert 2007: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



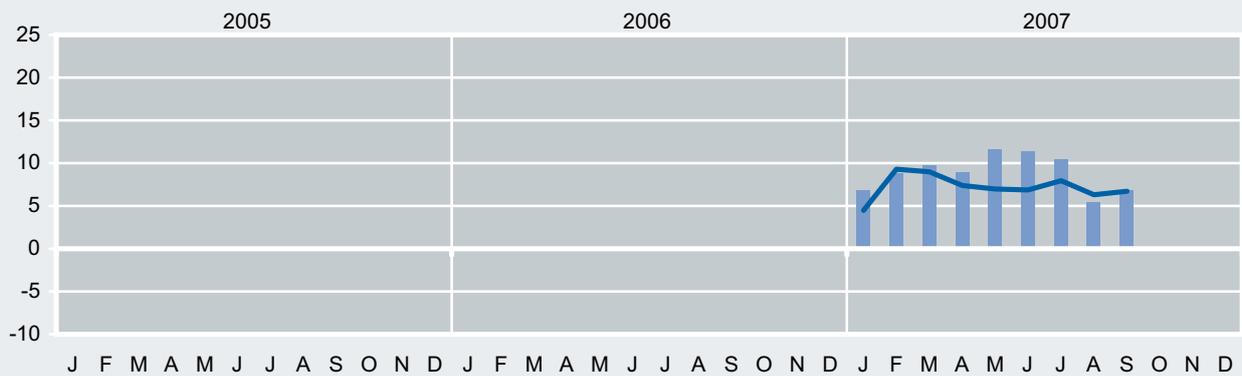
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

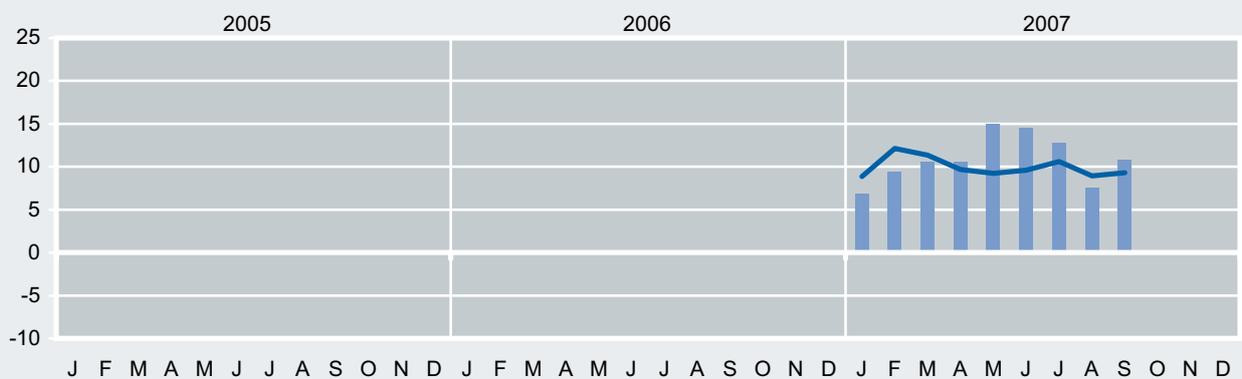
Insgesamt



Inland



Ausland



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

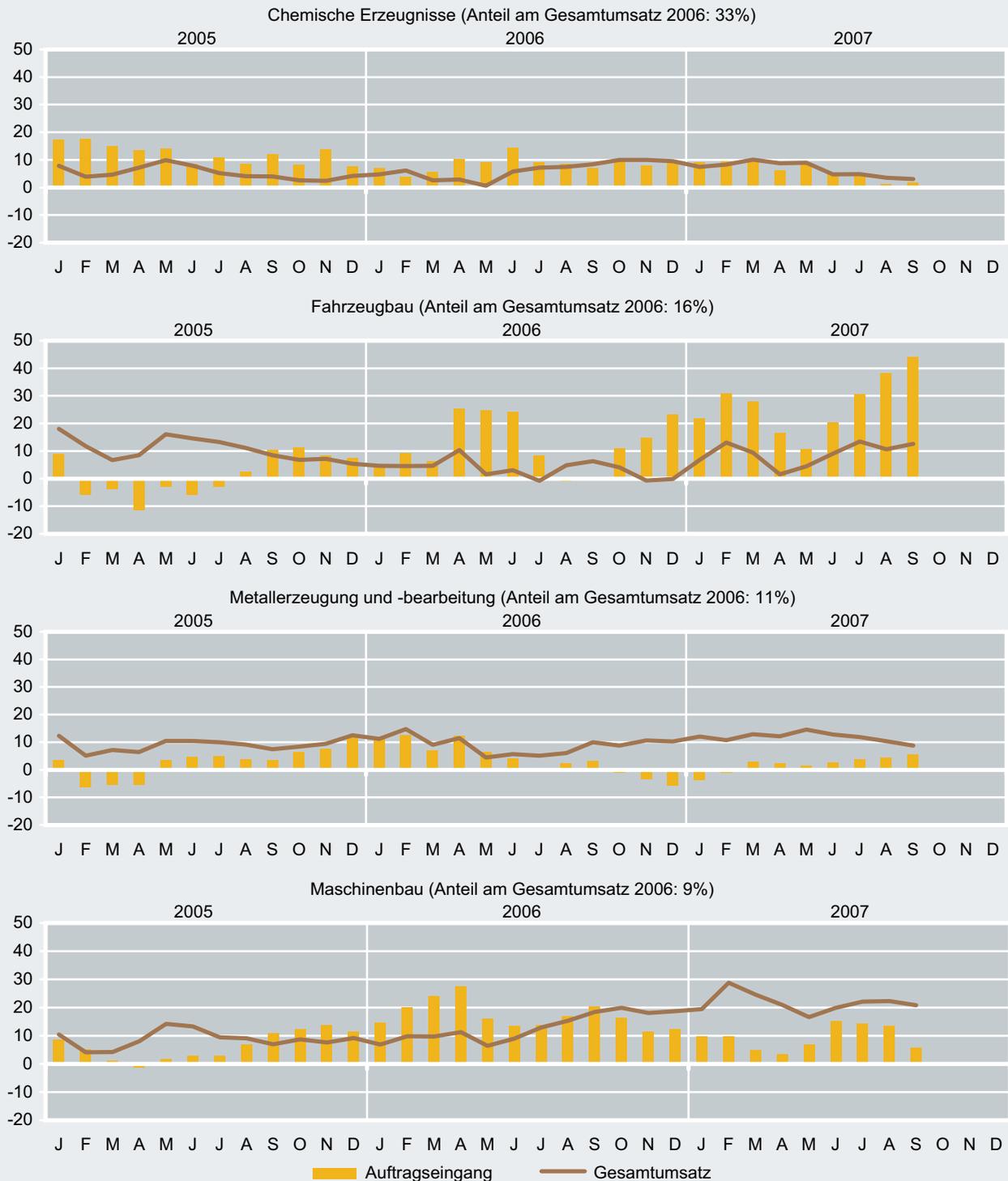
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ab Januar 2007 werden in den Statistiken des verarbeitenden Gewerbes nur noch Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten befragt. Die Bundesergebnisse wurden nur bis Januar 2006 zurückgerechnet.

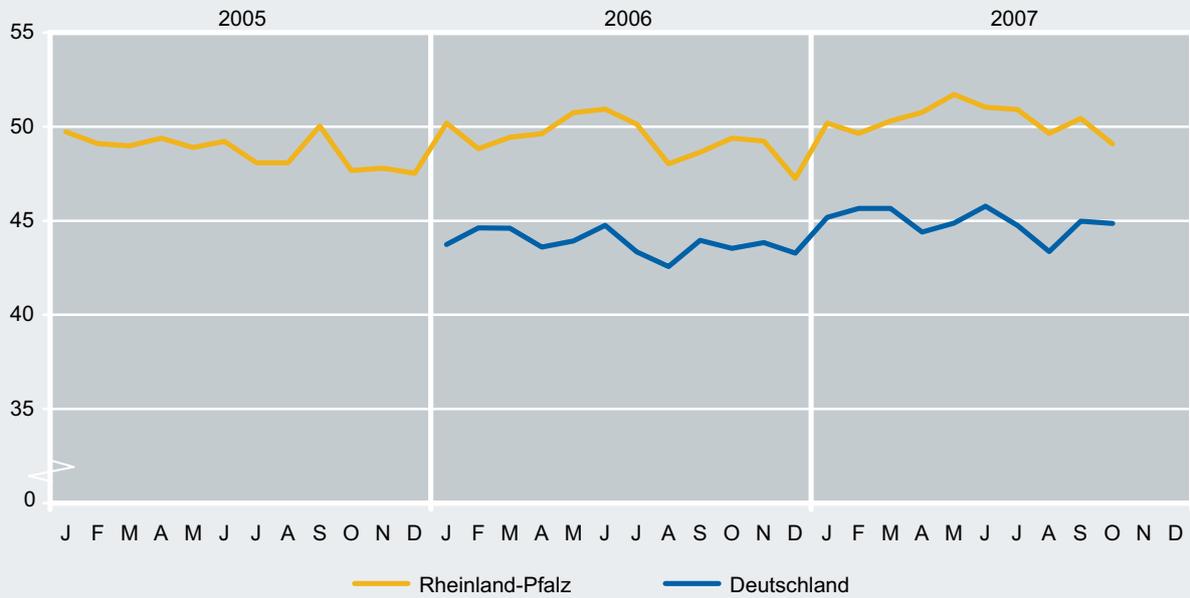
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

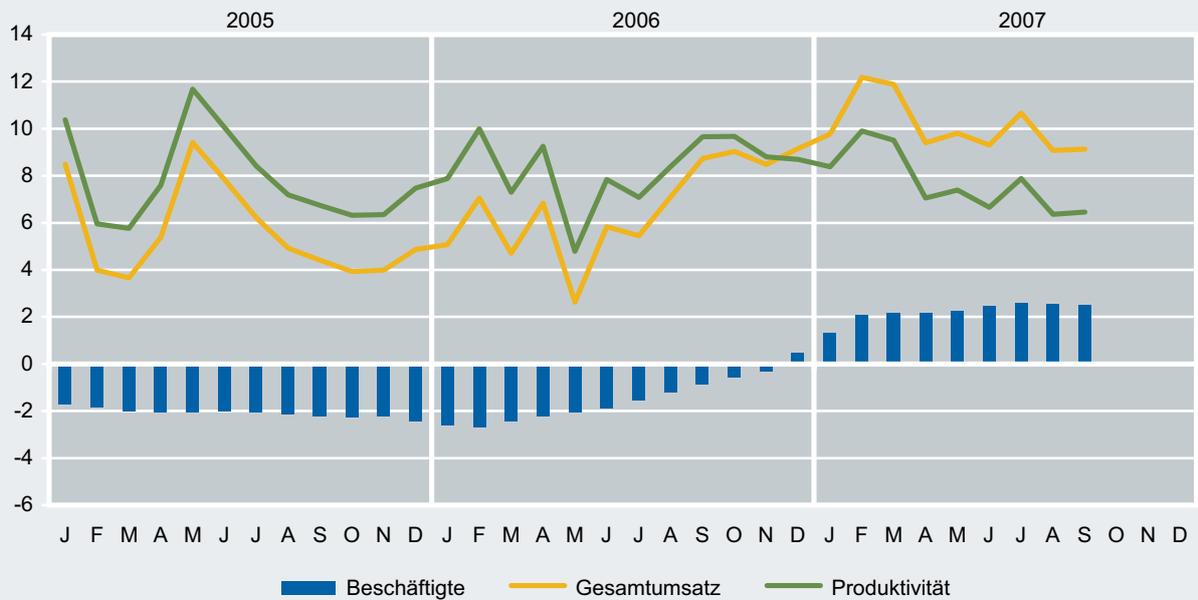
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

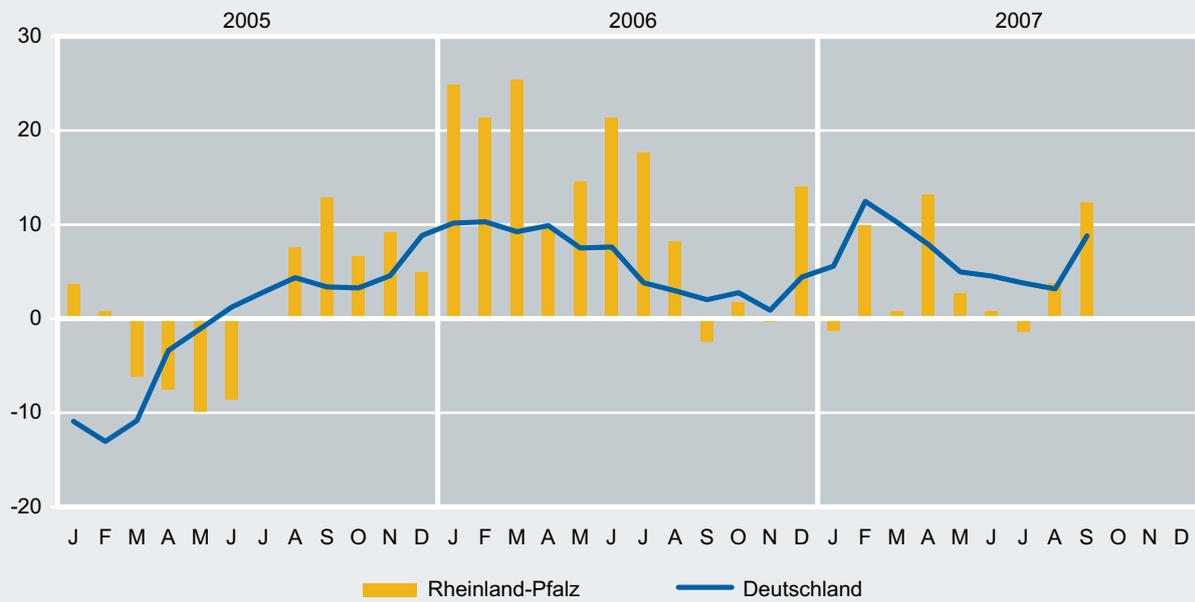
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

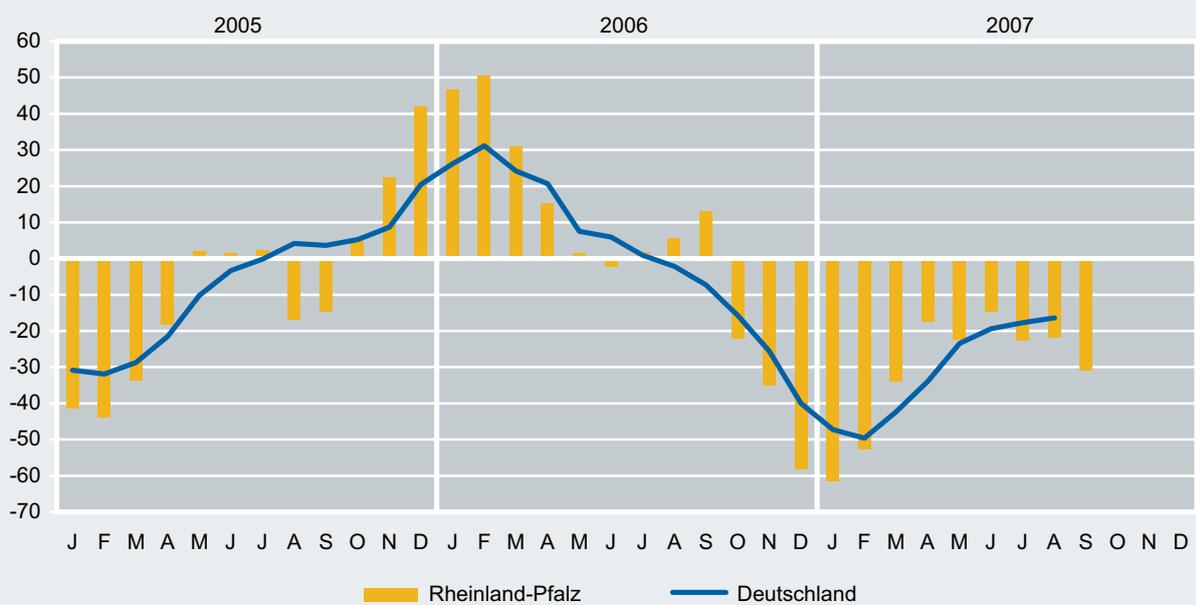
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

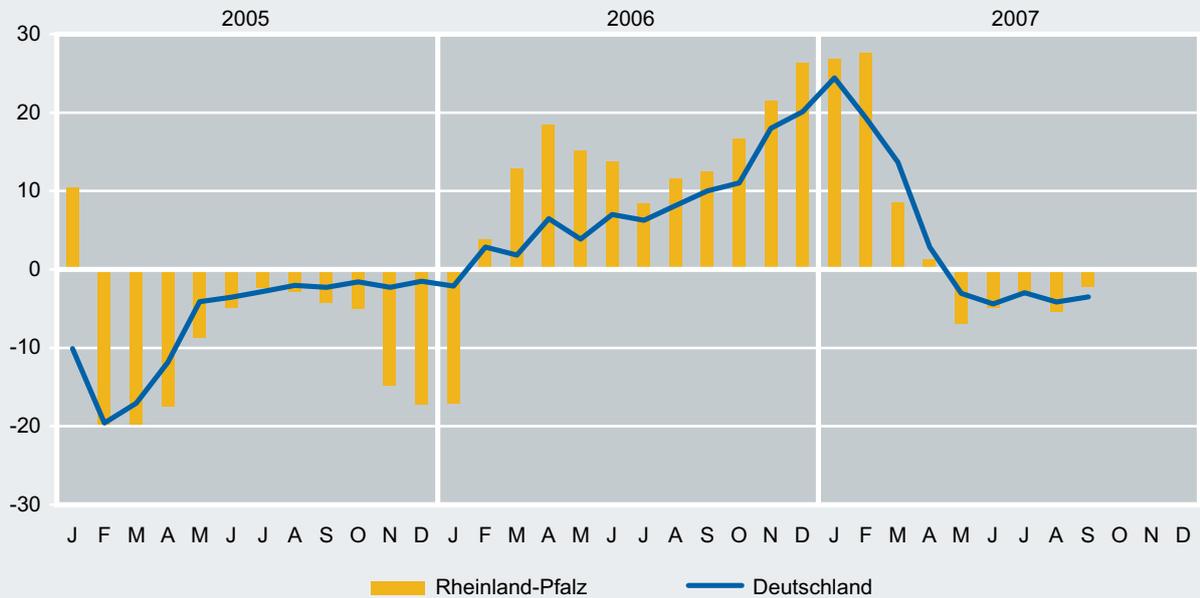
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

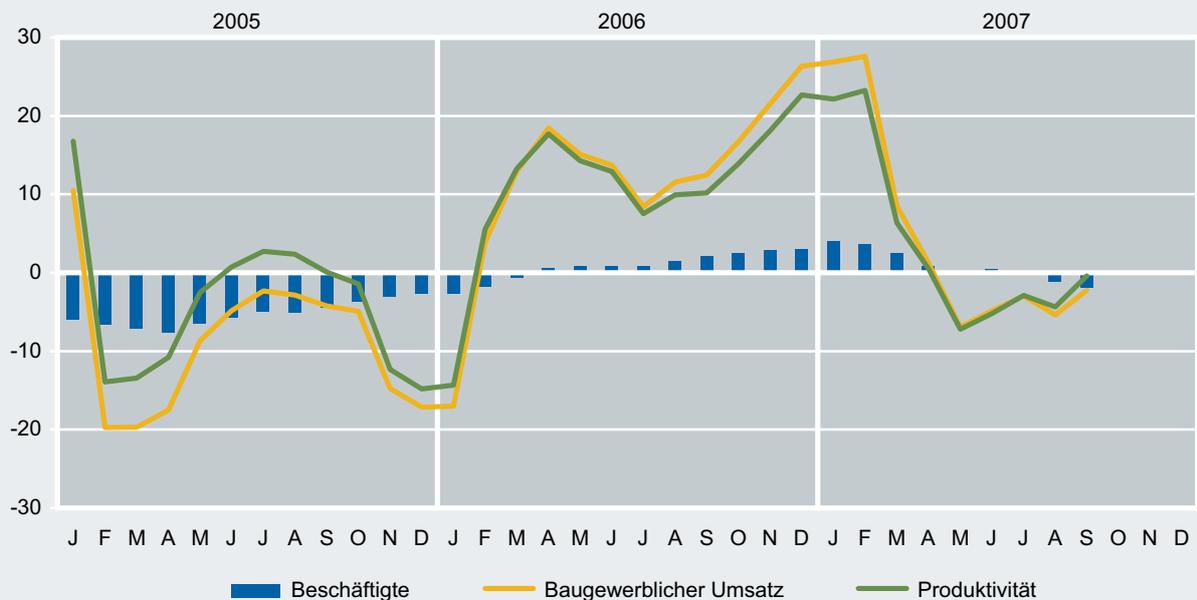
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

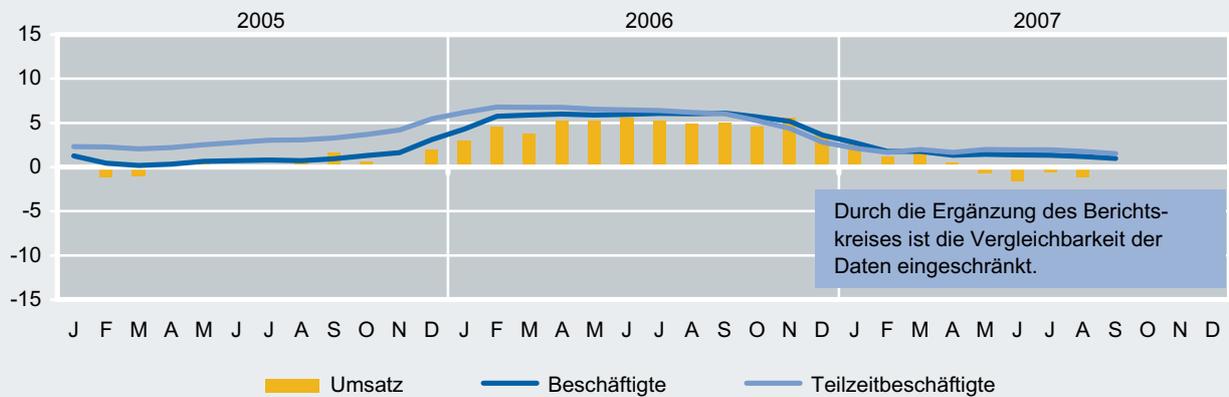
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

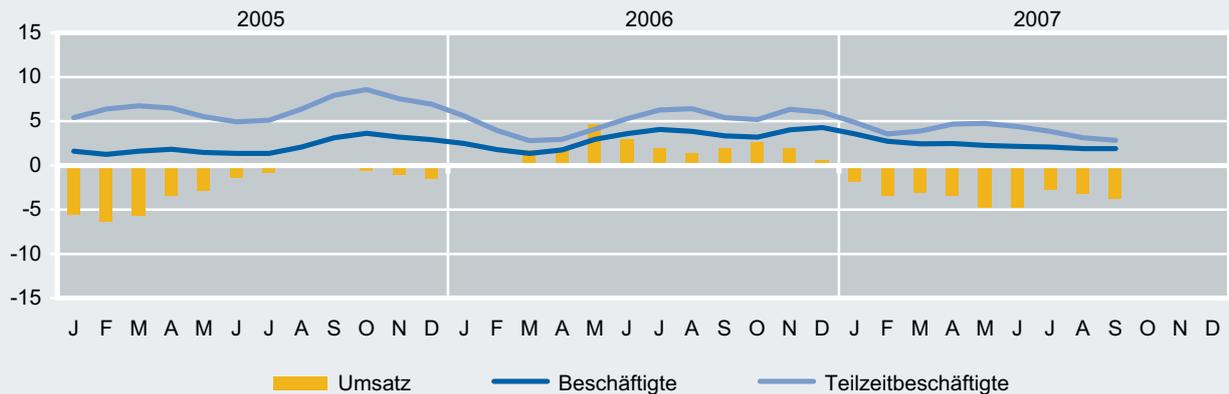
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



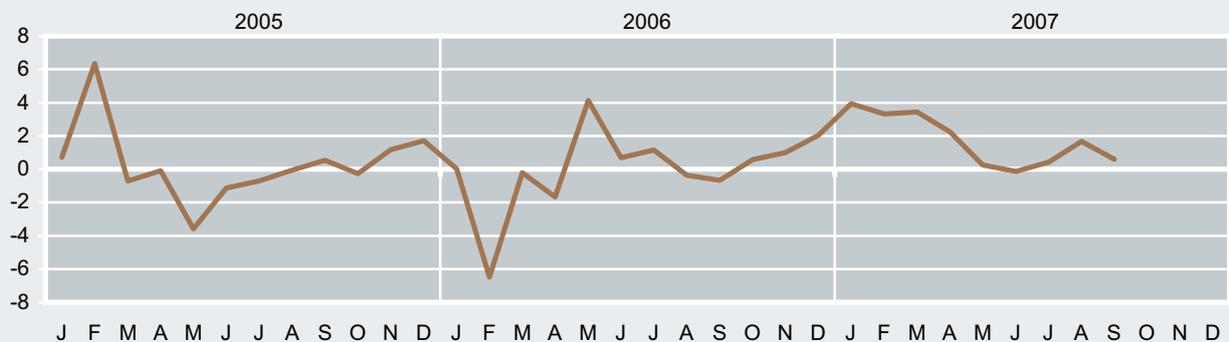
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



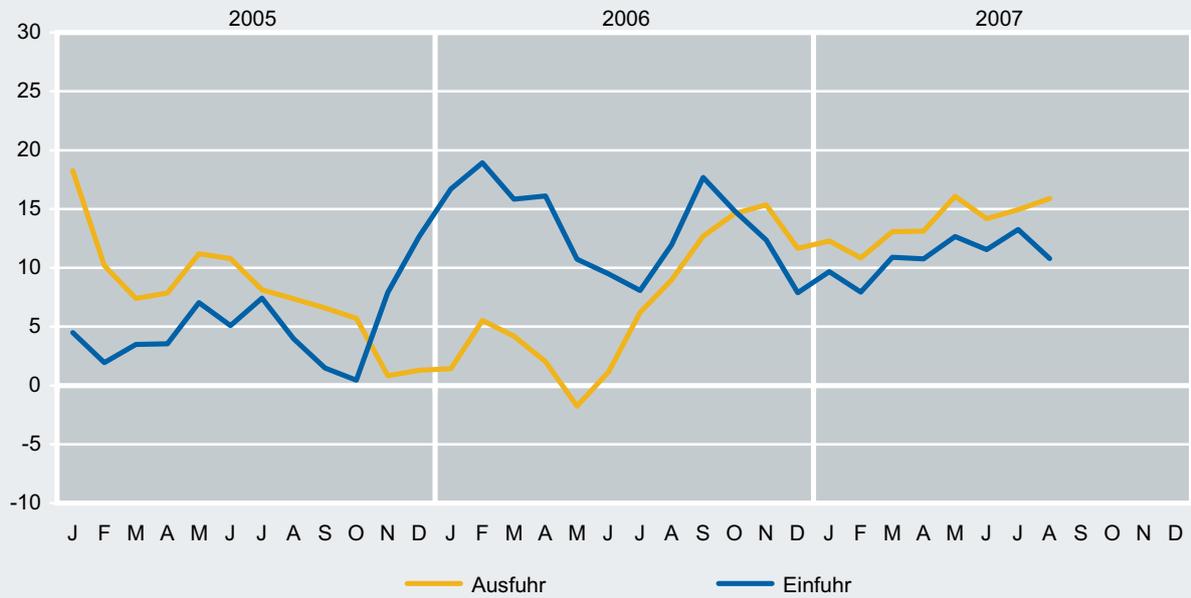
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

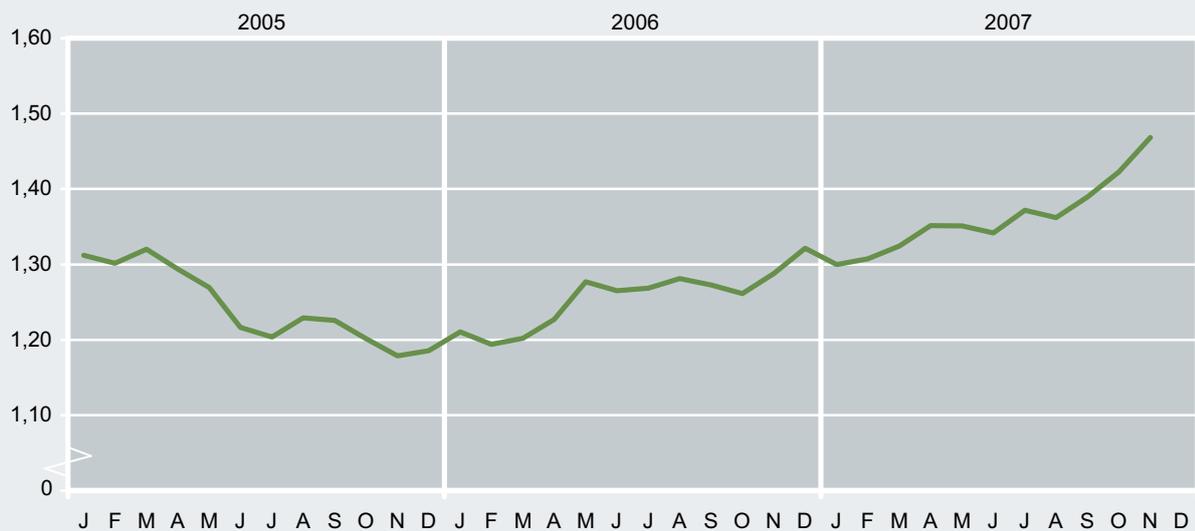
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

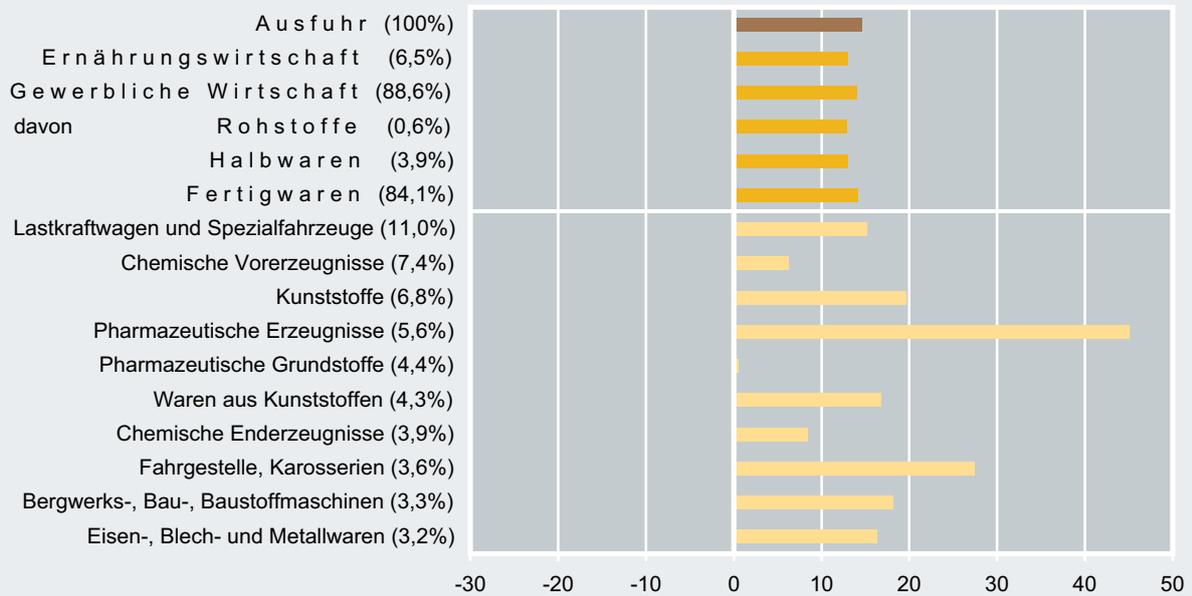
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

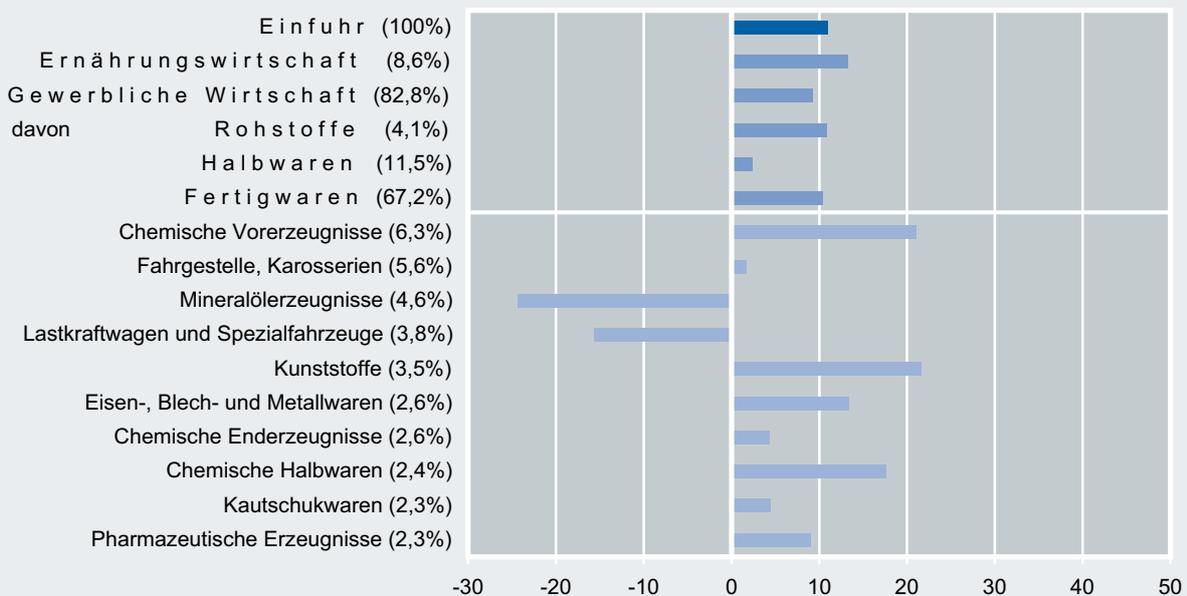
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2006 – September 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2006 – September 2007 nach Warengruppen¹⁾

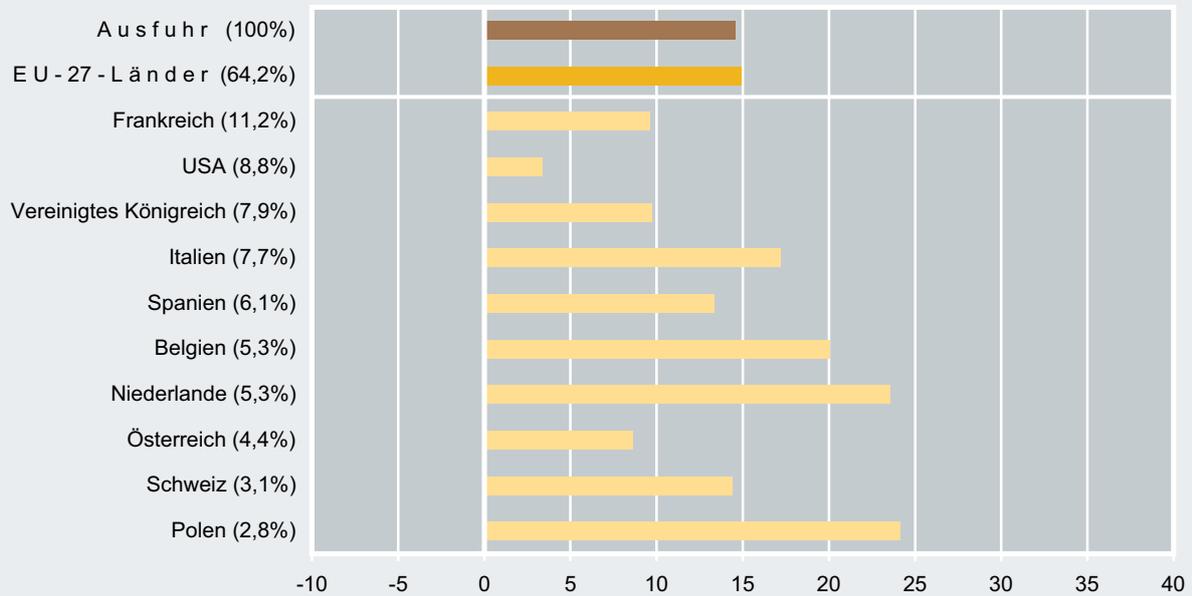
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

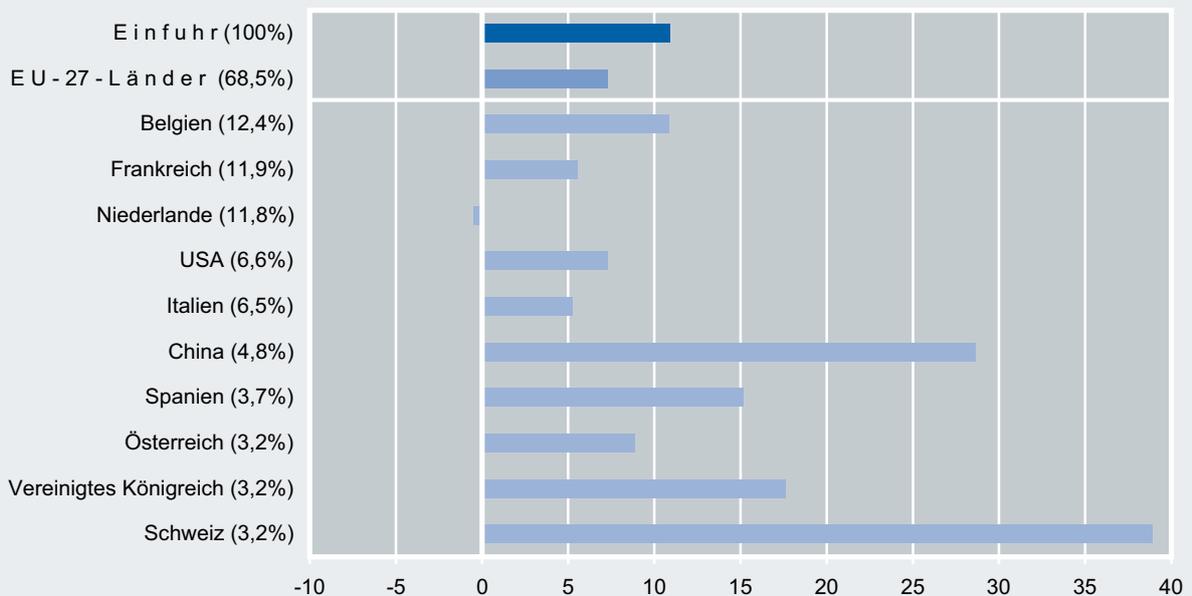
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2006 – September 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



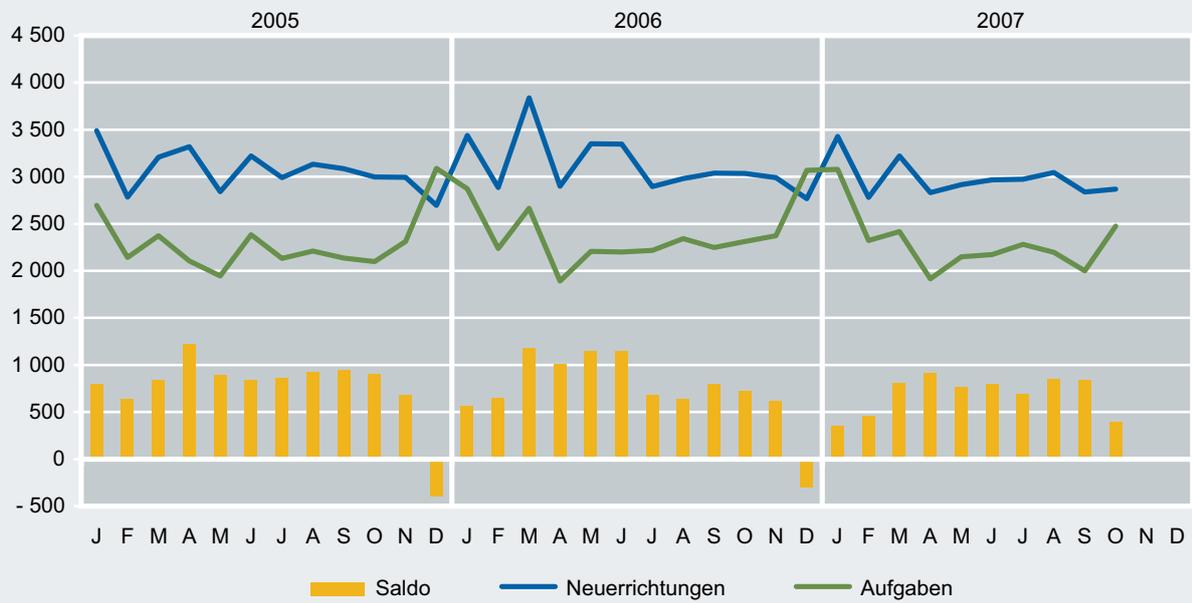
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2006 – September 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

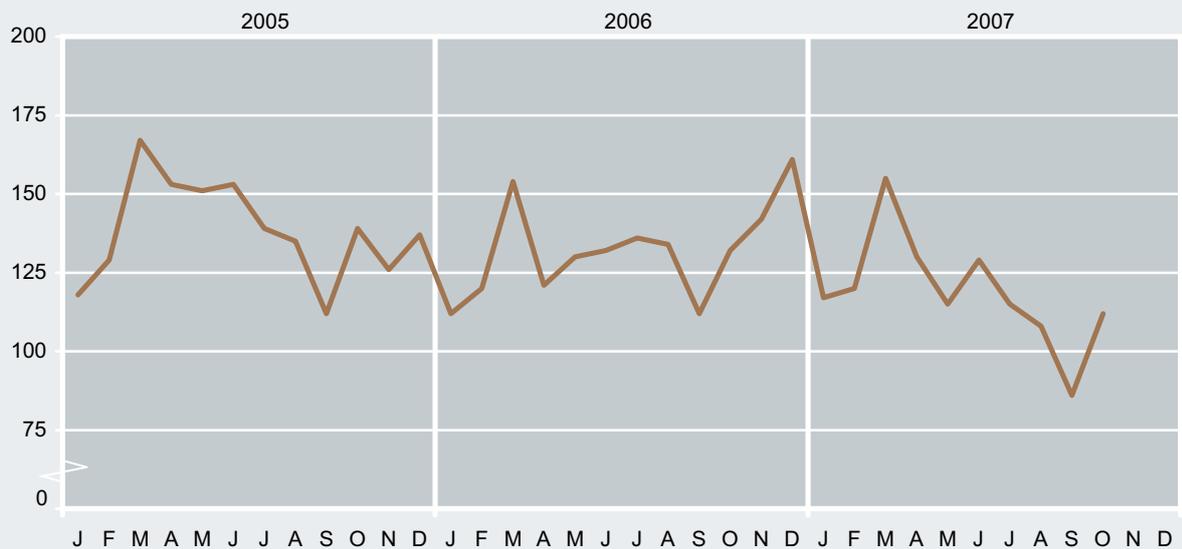


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

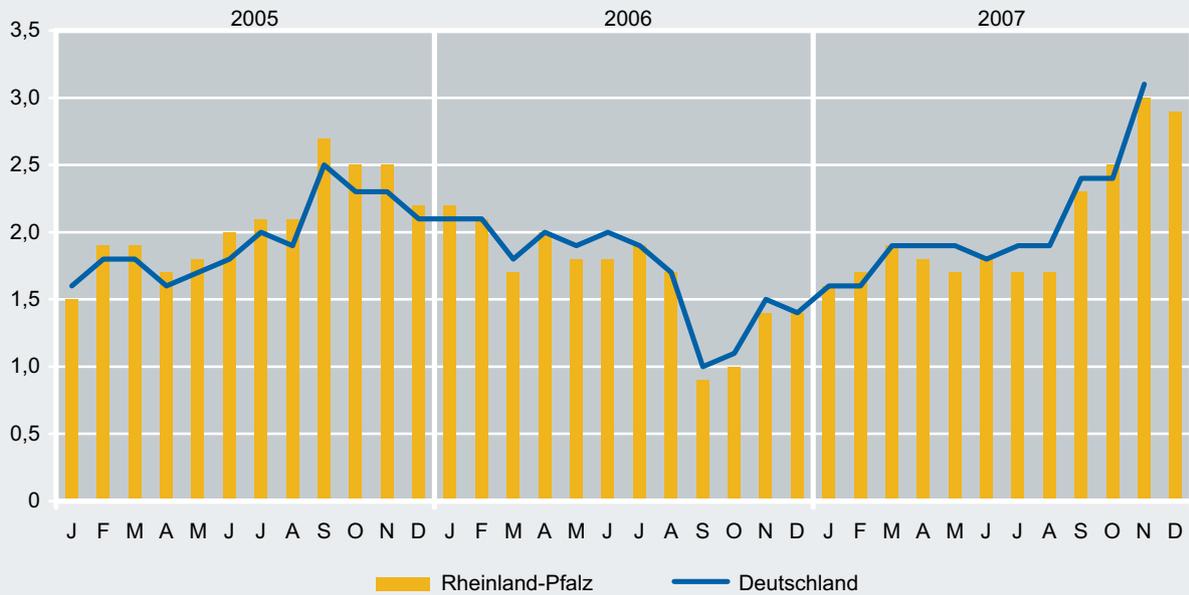
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



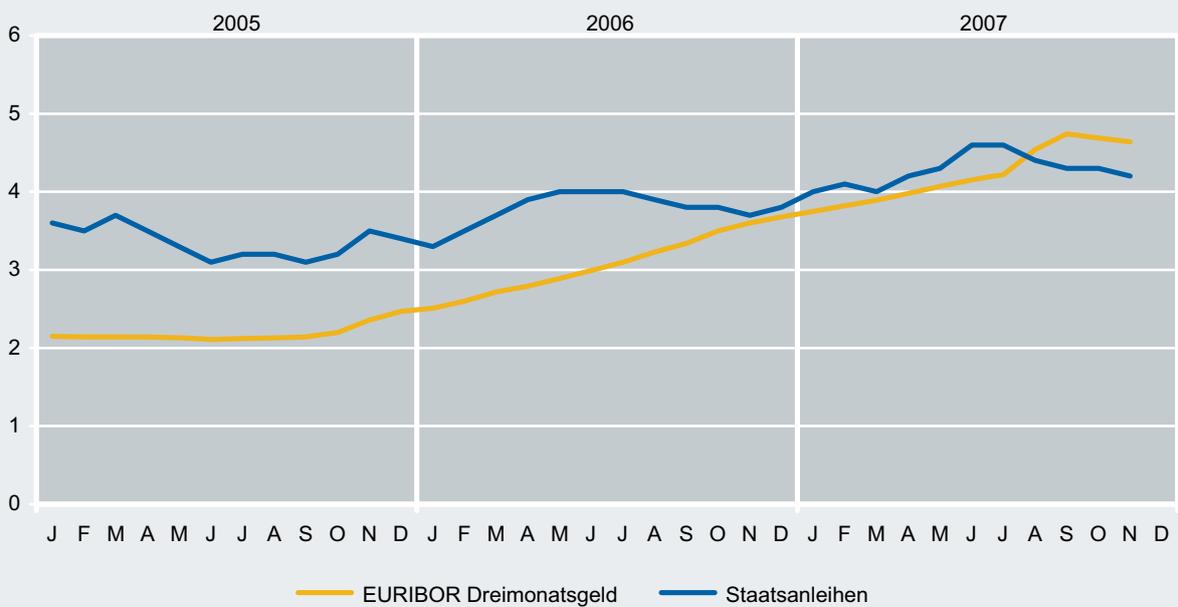
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



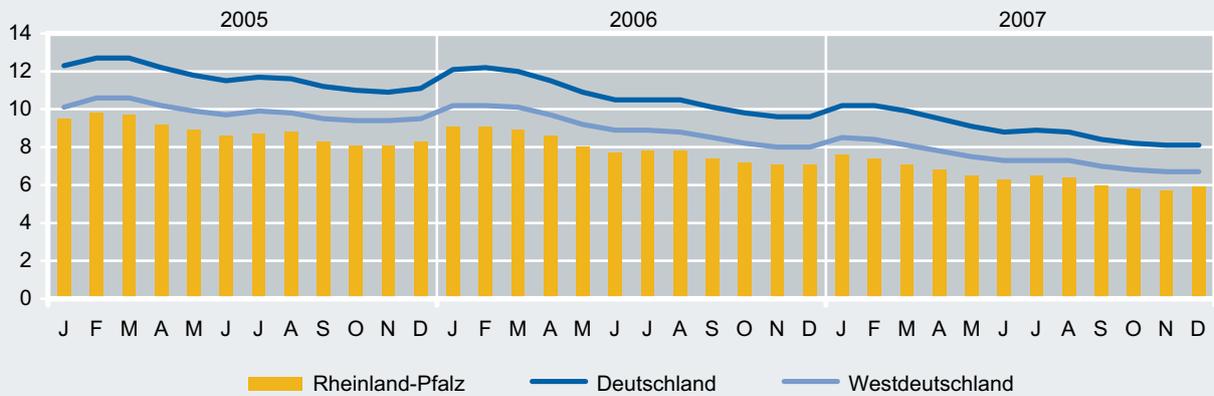
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

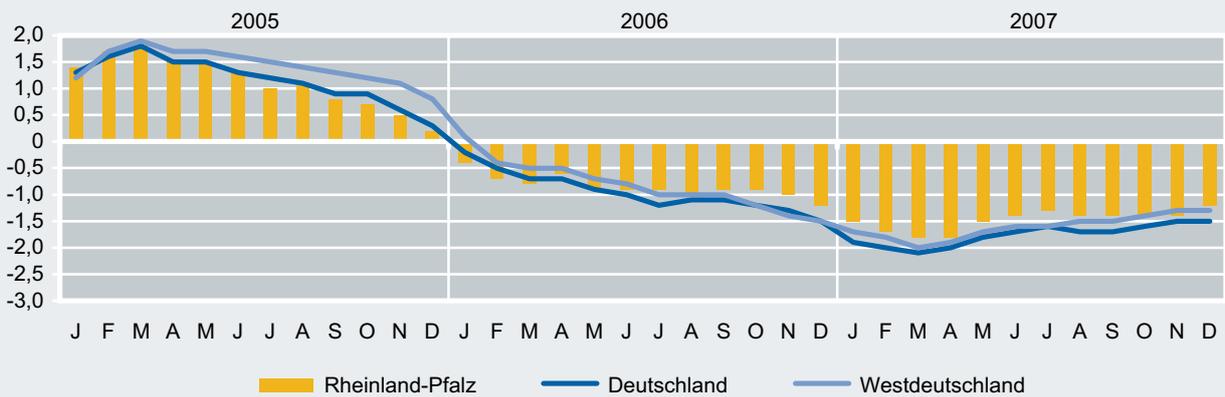
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

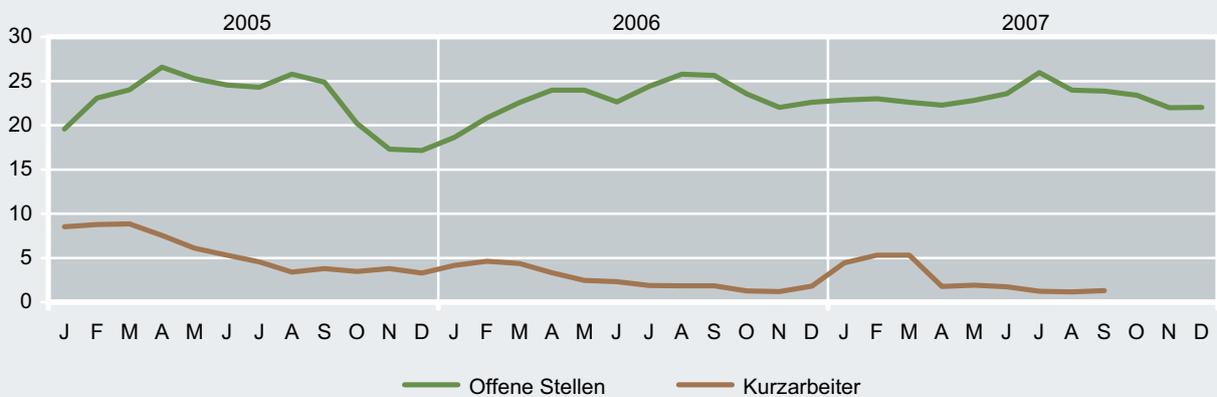
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

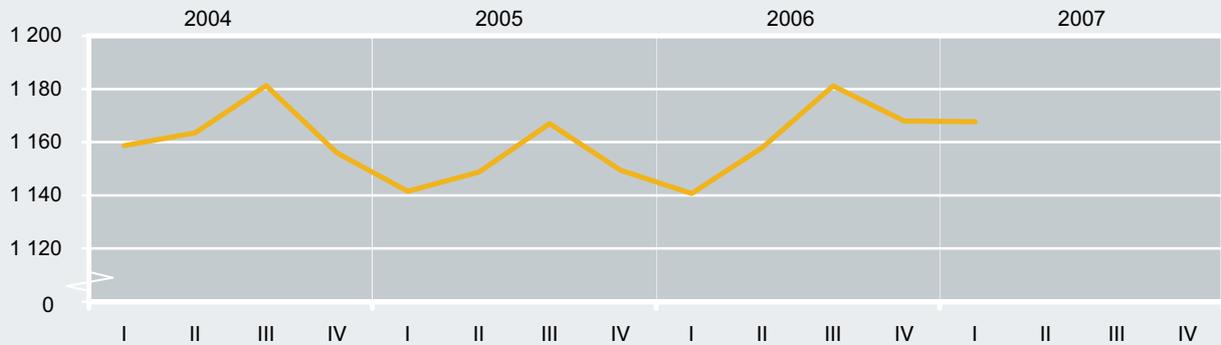
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



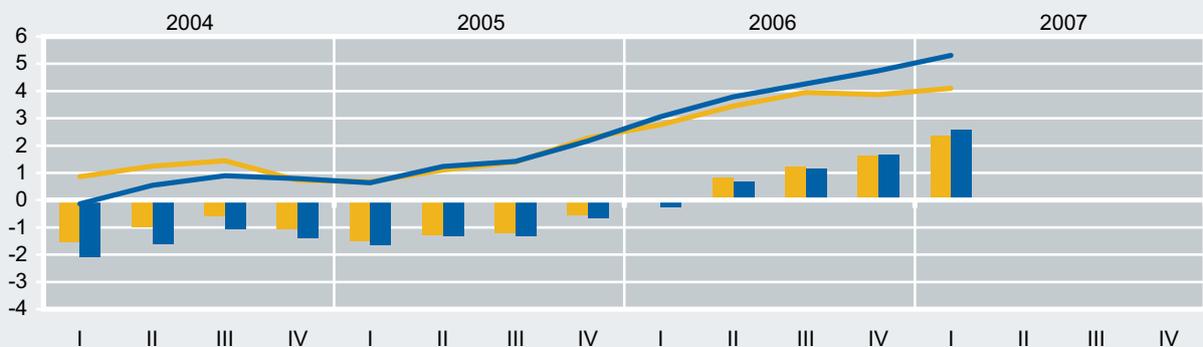
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

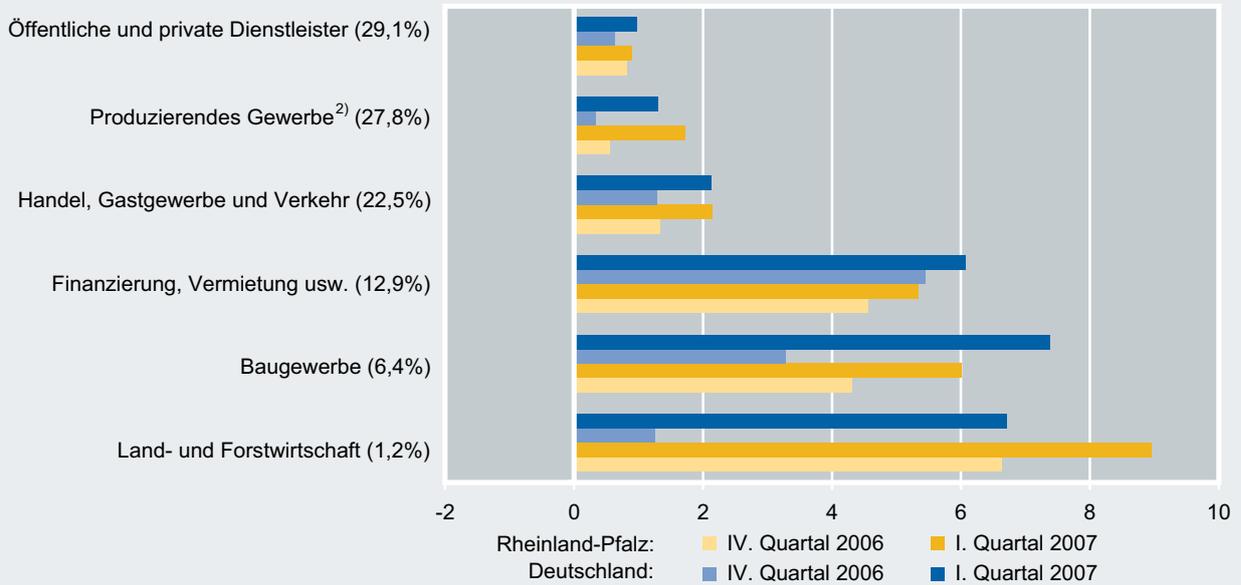
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

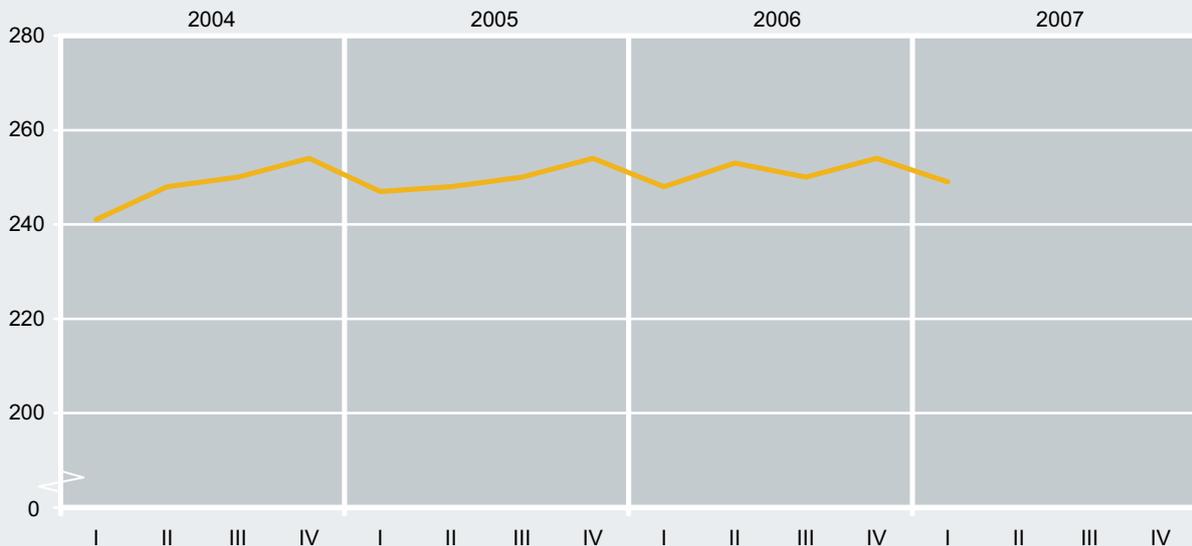
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

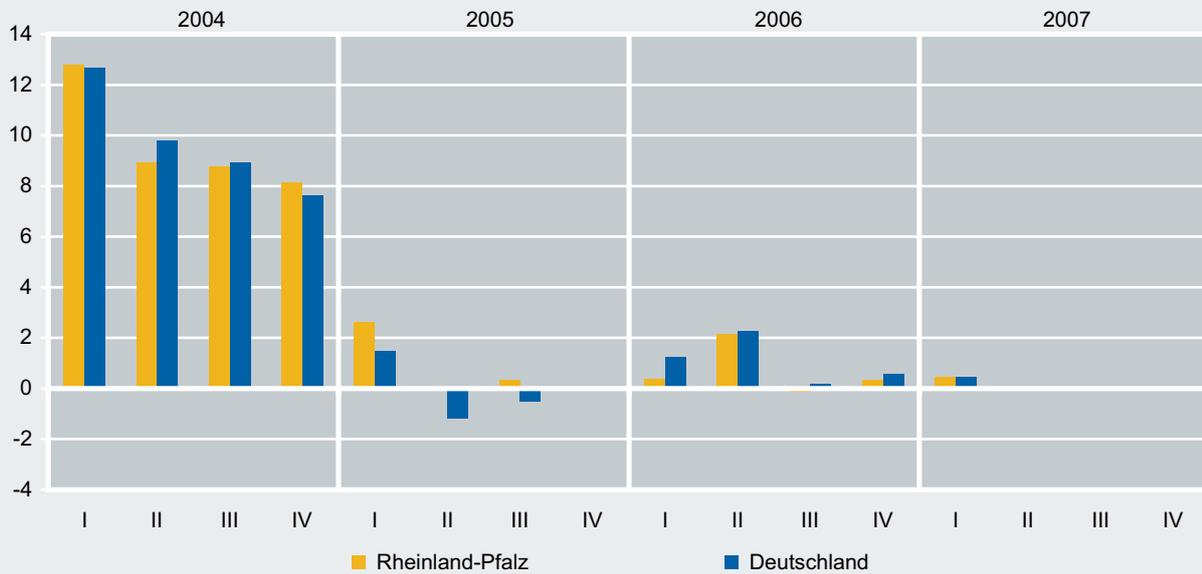
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz in 1 000



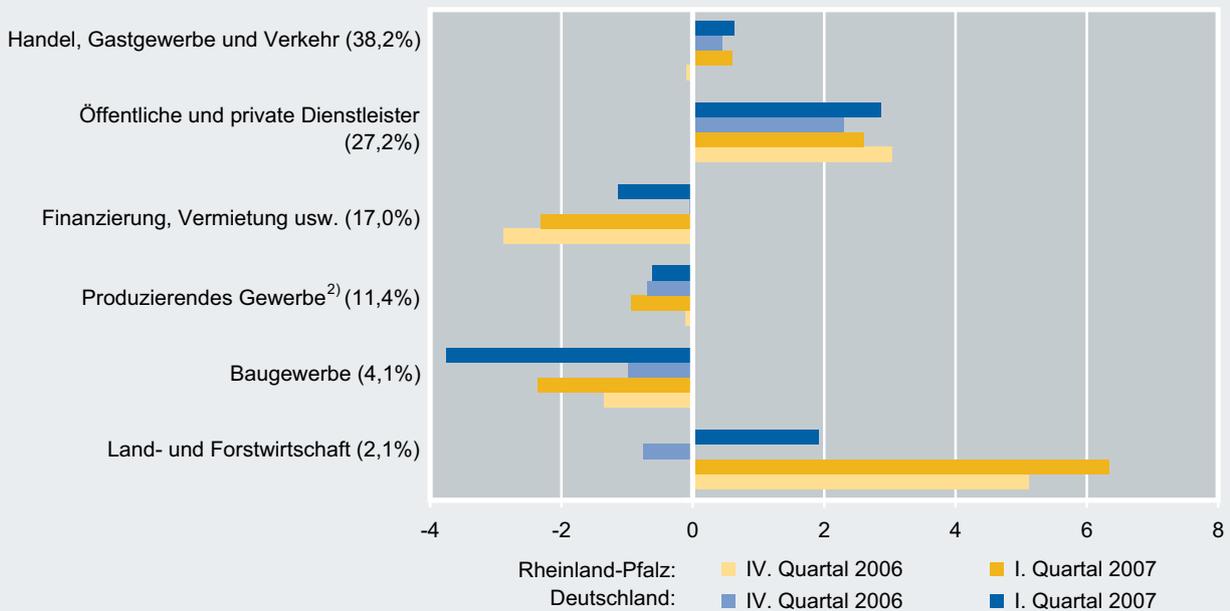
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Dezember 2007.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbsspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbsspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 053 ¹⁾	4 054	4 053	4 053	4 049	4 049	4 049	4 049
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	313 ¹⁾	317	317	318	316	316	317	317
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 689	1 667	2 932	2 097	2 388	1 868	2 229	3 092	2 426
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 716	2 646	2 607	2 840	2 847	2 565	2 669	2 982	2 986
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,8	7,8	8,2	8,3	7,5	8,0	8,7	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 565	3 498	3 308	3 855	3 255	3 536	3 134	3 517	3 175
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,4	9,9	11,2	9,5	10,3	9,4	10,2	9,2
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	10	12	18	9	7	15	11	17	12
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	3,8	4,3	7,2	3,7	2,8	5,8	4,1	5,7	4,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 849	- 852	- 701	- 1 015	- 408	- 971	- 465	- 535	- 189
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,5	- 2,1	- 2,9	- 1,2	- 2,8	- 1,4	- 1,6	- 0,5
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 347	8 220	7 293	8 675	9 616	7 118	7 211	9 523	9 736
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 337	2 462	2 406	2 574	2 856	2 542	2 461	3 050	2 924
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 693	7 871	7 249	8 620	9 404	6 724	7 048	8 995	9 409
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 073	2 169	2 029	2 539	2 376	2 093	2 162	2 712	2 671
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	655	349	44	55	212	394	163	528	327
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 053	12 477	11 366	12 393	12 949	11 709	11 239	14 076	14 435
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte ^{9) 10)}	Einheit	2004		2005			2006			2007
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹¹⁾	1 000	1 164	1 149	1 167	1 149	1 141	1 158	1 181	1 168	1 168
* Frauen	1 000	522	519	525	522	518	521	530	526	525
* Ausländer/-innen	1 000	70	68	70	65	67	70	71	68	70
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	207	210	210	211	212	217	218	219	221
* darunter Frauen	1 000	181	183	183	184	184	187	188	189	191
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	12	12	14	15	12	14
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	333	325	328	324	320	322	327	326	326
* Baugewerbe	1 000	77	74	76	72	69	74	77	75	74
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	262	258	263	259	256	260	267	263	261
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	142	143	147	145	145	150	154	152	153
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	336	335	338	338	337	337	341	341	340

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2007 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 11) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	178 512	162 951	147 242	144 446	145 298	123 849	120 107	118 234	120 677
* Frauen	Anzahl	82 717	78 698	74 596	73 311	73 396	64 236	62 244	60 392	60 288
* Männer	Anzahl	95 795	84 253	72 646	71 135	71 902	59 613	57 863	57 842	60 389
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	4 143	4 213	4 540	3 986	3 918	4 078	4 503
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	33 937	33 216	33 883	30 697	29 769	29 340	30 826
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	8,1	7,9	8,0	6,8	6,6	6,5	6,6
* Frauen	%	9,7	9,1	8,6	8,5	8,5	7,4	7,1	6,9	6,9
* Männer	%	10,0	8,8	7,6	7,4	7,5	6,2	6,0	6,0	6,3
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	18,2	18,1	18,2	15,5	15,2	15,2	15,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	7,7	7,1	6,8	6,8	5,9	5,5	5,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 613	2 589	1 267	1 195	1 823	1 297
* Gemeldete Stellen	Anzahl	22 720	23 047	23 544	22 011	22 603	23 850	23 383	21 999	22 038
darunter										
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 340	1 229	1 200	1 529	1 491	1 340	1 408
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	8 147	8 077	8 648	7 899	7 529	6 913	7 173
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	727	738	800	581	619	616	515	417	462
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	700	707	766	561	587	592	493	400	444
* 3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	27	31	34	20	32	24	22	17	18
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	1	1	-	-	-	-	1	...
Unternehmen	Anzahl	116	87	182	71	83	134	44	44	93
private Haushalte	Anzahl	610	650	617	510	536	482	471	372	369
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	971	1 011	1 125	784	846	854	691	598	613
* Umbauter Raum	1 000 m ³	672	717	734	579	589	597	480	418	442
* Wohnfläche	1 000 m ²	125	132	136	106	112	109	91	78	81
* Wohnräume	Anzahl	5 494	5 701	5 970	4 636	4 861	4 656	3 981	3 204	3 417
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	154	167	169	139	137	146	117	103	105
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	118	126	144	144	124	178	164	136	150
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	11	10	10	18	20	9	10	14
Unternehmen	Anzahl	97	107	128	119	98	154	142	123	132
private Haushalte	Anzahl	5	7	6	15	8	4	13	3	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	38	35	8	11	23	12	28	12
* Umbauter Raum	1 000 m ³	597	767	821	739	612	964	1 840	793	1 159
* Nutzfläche	1 000 m ²	90	109	113	106	83	133	208	105	144
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	64	68	59	100	51	82	103	69	95
Genehmigte Wohnungen										
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	1 099	1 183	1 266	906	957	979	805	711	717
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 276	6 603	6 803	5 445	5 696	5 399	4 739	3 824	3 975

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 678	10 757	10 686	10 820	11 780	9 670	10 790	10 821	12 023
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 696	2 630	2 372	2 515	2 931	1 914	2 470	2 442	2 790
* Kälber	t	16	17	12	17	17	7	14	15	20
* Schweine	t	7 865	8 012	8 218	8 198	8 720	7 683	8 216	8 275	9 122
* Eierzeugung ²⁾	1 000	10 264	9 968	9 262	9 065	9 358	8 948	10 414	10 350	10 164
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 728	61 736	62 096	59 215	60 104	64 956	62 046	57 901	59 512
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 030	1 000	999	998	998	1 029	1 026	1 026	1 026
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	244 447	240 629	242 435	242 731	242 520	247 297	248 799	248 245	248 912
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 155	30 896	29 996	31 110	31 533	31 116	31 608	31 168	33 007
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	809	814	760	754	762	793	805	787	807
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 433	5 774	5 653	5 954	5 984	6 350	6 193	6 302	6 701
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 863	3 063	2 982	3 104	3 189	3 342	3 264	3 196	3 496
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 538	1 614	1 557	1 676	1 647	1 901	1 781	1 856	2 000
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	111	114	126	124	115	108	121	140
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	933	986	999	1 048	1 023	992	1 040	1 129	1 064
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 912	1 830	1 907	1 944	1 933	1 916	1 932	2 010
Fahrzeugbau	Mill. EUR	914	937	904	1 000	979	1 059	987	1 077	1 183
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 646	2 851	2 715	2 896	2 955	3 233	3 074	3 179	3 289
Exportquote ⁷⁾	%	48,7	49,4	48,0	48,6	49,4	50,9	49,6	50,4	49,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	112,9	123,9	116,6	123,0	126,7	138,6	126,1	131,5	149,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	110,8	118,2	111,9	118,7	121,6	124,3	118,6	117,9	131,1
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	115,7	130,2	119,1	122,6	126,8	162,9	139,1	151,1	183,7
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	124,1	133,2	125,0	131,4	135,4	141,4	126,5	129,8	142,2
Fahrzeugbau	2000=100	119,6	133,8	114,8	117,6	127,0	173,3	144,2	158,9	214,9
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	87	86	86	86	86	103	103	103	103
* Beschäftigte ^{4) 8)}	Anzahl	10 204	10 058	10 053	10 145	10 110	9 786	9 907	9 924	9 886
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 296	1 264	1 214	1 267	1 275	1 197	1 237	1 217	1 283
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	33	34	30	30	39	32	30	30	39
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	595	757	728	654	719	800	748	759	754
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	580	741	715	639	705	782	734	743	738

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Bauhauptgewerbe										
(Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 159	36 480	37 465	37 803	37 573	36 996	37 055	36 883	36 839
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	3 435	3 639	4 058	4 274	4 250	3 975	4 040	3 894	4 384
* Wohnungsbau	1 000 h	1 394	1 547	1 718	1 785	1 784	1 588	1 522	1 522	1 753
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	824	856	906	971	977	954	983	893	1 005
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 217	1 194	1 434	1 518	987	1 433	1 535	1 479	1 626
darunter Straßenbau	1 000 h	587	613	710	797	755	713	811	756	827
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	79	81	88	84	86	87	87	79	84
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	305	349	369	402	395	389	369	365	406
Wohnungsbau	Mill. EUR	98	116	122	128	126	127	117	113	123
gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	80	94	99	109	111	100	99	96	114
öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	128	139	148	166	158	162	153	156	169
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	67	77	94	81	75	75	78	82
Ausbaugewerbe/										
Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
	Einheit	2005		2006				2007		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	319	304	307	306	302	302	302	297	293
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 350	11 059	10 880	10 970	11 170	11 215	11 264	11 245	11 560
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 557	3 524	3 311	3 465	3 600	3 721	3 583	3 593	3 774
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	76	75	70	73	74	81	74	76	78
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	251	274	193	238	256	410	216	255	284
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ⁹⁾										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte	2003=100	95,8	.	115,6	116,0	116,5	113,3	114,2	115,3	114,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	105,4	.	131,6	133,4	133,5	119,8	120,0	120,7	121,5
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	104,1	.	124,1	129,6	128,6	119,6	120,9	122,4	130,7
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	99,4	.	113,6	119,6	119,2	108,2	108,7	109,8	117,0
Einzelhandel ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	103,8	.	110,6	110,4	111,4	111,1	111,8	111,7	112,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	105,8	.	113,5	112,5	113,6	115,2	114,9	114,6	115,3
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	103,9	.	109,6	108,5	112,2	108,5	111,2	107,6	115,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	103,1	.	108,1	106,7	110,4	106,0	108,5	104,5	111,9
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾										
* Beschäftigte	2003=100	97,8	.	100,1	100,0	99,3	100,7	101,2	100,8	100,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	93,1	.	98,5	97,0	95,7	98,0	97,2	97,6	97,6
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	111,6	.	108,3	116,5	129,0	118,4	110,0	109,0	128,7
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	109,4	.	104,0	111,9	123,9	110,8	102,8	101,7	120,0
GASTGEWERBE ¹³⁾										
* Beschäftigte	2003=100	108,6	.	116,8	117,2	114,9	118,3	119,1	119,3	117,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	115,4	.	125,9	127,2	123,7	130,2	130,4	130,6	126,5
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	98,0	.	110,1	117,5	114,2	109,8	113,3	112,5	112,1
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,2	.	106,1	113,4	110,7	103,2	106,4	105,5	105,8

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gästeankünfte	1 000	595	600	782	872	781	798	836	860	789
* darunter von Auslandsgästen	1 000	137	141	229	178	155	246	230	176	161
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 660	2 448	2 289	2 153	2 397	2 462	2 290	2 094
* darunter von Auslandsgästen	1 000	394	405	811	488	414	804	787	486	426
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 203	2 056	2 331	2 216	2 278	2 278	2 201	2 247	2 264
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 430	1 347	1 705	1 432	1 691	1 568	1 510	1 606	1 571
* Getötete Personen	Anzahl	24	22	19	18	33	25	19	27	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	12	3	17	11	12	5	15	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	10	-	8	8	6	10	4
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	1	2	5	-	1	1
Fußgänger	Anzahl	3	2	1	-	5	-	5	1	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 745	2 179	1 909	2 119	1 971	1 923	2 046	2 007
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	362	329	435	342	444	383	397	380	367
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	168	153	156	176	145	155	165	140	148
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	79	145	77	135	115	113	126	125
Radfahrer	Anzahl	50	45	74	50	89	73	74	73	60
Fußgänger	Anzahl	41	37	31	24	57	32	30	29	26
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 674	14 333	12 178	14 298	14 482	13 246	12 129	12 295	13 277
darunter										
Krafträder	Anzahl	801	797	843	717	432	1 059	882	571	425
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 752	12 247	10 343	12 169	12 897	10 833	9 903	10 457	11 447
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	910	712	1 009	855	975	966	924	1 064
* Zugmaschinen	Anzahl	268	302	220	290	244	294	301	256	272
Personenbeförderung										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 432	62 993	69 273	63 761	54 906	64 030	66 305	63 828	56 783
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	574	588	612	581	499	658	589	584	506
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gütereingang	1 000 t	1 183	1 191	1 276	1 235	1 362	1 202	1 164	1 169	1 087
* Güterversand	1 000 t	852	901	918	993	994	1 049	1 036	991	908
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 832	3 026	3 147	2 953	3 125	3 439	3 524	3 568	3 598
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	185	198	198	209	212	221	230	228	223
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 601	2 681	2 808	2 604	2 760	3 051	3 128	3 183	3 215
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	18	25	14	19	23	19	17	21
* Halbwaren	Mill. EUR	108	119	105	115	121	145	138	143	125
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 476	2 544	2 679	2 476	2 620	2 883	2 970	3 024	3 069
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	719	817	995	807	805	882	885	978	1 020
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 757	1 727	1 684	1 668	1 815	2 001	2 086	2 046	2 049

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 073	2 222	2 141	2 173	2 330	2 649	2 652	2 482	2 536
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 842	1 941	1 860	1 852	2 037	2 304	2 303	2 170	2 213
Belgien	Mill. EUR	140	160	139	156	167	190	204	177	161
Luxemburg	Mill. EUR	41	47	49	44	44	46	57	43	51
Dänemark	Mill. EUR	38	42	40	48	47	49	54	49	52
Finnland	Mill. EUR	21	23	21	25	26	31	31	27	30
Frankreich	Mill. EUR	356	339	330	301	381	362	377	345	345
Griechenland	Mill. EUR	43	39	35	39	37	47	32	56	59
Großbritannien	Mill. EUR	224	240	232	283	219	253	240	284	238
Irland	Mill. EUR	13	16	15	17	15	14	15	13	16
Italien	Mill. EUR	200	232	228	174	242	295	279	205	266
Niederlande	Mill. EUR	155	159	152	144	147	209	188	182	181
Österreich	Mill. EUR	125	133	119	125	142	155	160	154	154
Schweden	Mill. EUR	59	51	40	46	53	70	63	67	68
Spanien	Mill. EUR	170	183	182	160	202	224	245	184	228
Portugal	Mill. EUR	18	20	22	20	22	25	21	27	26
* Afrika	Mill. EUR	64	72	82	66	76	72	91	80	75
* Amerika	Mill. EUR	333	377	553	328	365	340	362	552	578
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	253	284	462	235	265	236	244	438	465
* Asien	Mill. EUR	333	326	345	359	321	346	388	409	377
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	49	56	56	48	63	57	72	64
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	29	26	27	33	32	31	45	33
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 733	1 965	1 879	1 999	1 981	2 192	2 092	2 322	2 077
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	168	170	139	207	138	209	166	192	193
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 513	1 626	1 576	1 620	1 677	1 794	1 745	1 941	1 705
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	64	80	90	91	92	89	96	92	43
* Halbwaren	Mill. EUR	223	226	249	258	261	240	240	275	206
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 226	1 320	1 237	1 270	1 323	1 465	1 410	1 575	1 457
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	321	347	331	372	371	420	411	464	430
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	905	973	906	898	952	1 046	999	1 111	1 027
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 347	1 508	1 465	1 520	1 501	1 673	1 626	1 723	1 580
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 249	1 346	1 317	1 355	1 335	1 471	1 411	1 462	1 383
Belgien	Mill. EUR	186	243	237	282	232	262	251	265	285
Luxemburg	Mill. EUR	35	36	45	37	28	41	44	41	40
Dänemark	Mill. EUR	33	29	31	29	33	38	43	48	35
Finnland	Mill. EUR	8	10	10	9	9	15	12	10	11
Frankreich	Mill. EUR	231	234	253	213	228	257	248	246	224
Griechenland	Mill. EUR	4	5	6	3	4	8	7	6	7
Großbritannien	Mill. EUR	64	63	62	58	70	72	73	72	78
Irland	Mill. EUR	16	13	7	9	7	17	11	11	14
Italien	Mill. EUR	112	128	128	113	136	141	169	116	122
Niederlande	Mill. EUR	218	232	203	253	268	213	187	287	200
Österreich	Mill. EUR	53	63	50	56	68	67	74	64	67
Schweden	Mill. EUR	42	50	39	40	45	49	38	37	42
Spanien	Mill. EUR	66	72	67	66	58	103	78	78	73
Portugal	Mill. EUR	10	11	10	10	11	12	15	10	9
* Afrika	Mill. EUR	35	32	35	22	30	51	36	31	26
* Amerika	Mill. EUR	157	204	176	240	210	222	168	262	178
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	116	150	133	156	152	151	117	182	123
* Asien	Mill. EUR	190	216	197	210	237	239	253	300	289
darunter aus Japan	Mill. EUR	28	27	23	25	35	23	21	29	31
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	6	4	7	8	6	4
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 630	3 707	3 563	3 563	3 617	3 564	3 607	3 379	3 405
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 883	2 958	2 883	2 749	2 831	2 889	2 756	2 503	2 996

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel

INSOLVENZEN		Einheit	2005		2006			2007			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Insgesamt	Anzahl		548	611	661	564	601	692	625	478	674
davon											
* Unternehmen	Anzahl		138	132	134	112	132	115	108	86	112
* Verbraucher	Anzahl		264	336	375	316	343	422	377	284	435
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		130	129	132	123	110	135	121	95	114
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		15	14	20	13	16	20	19	13	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		116	131	83	154	147	92	86	55	110

HANDWERK ²⁾		Einheit	2005		2006				2007		
			Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾		91,2	91,7	89,8	90,7	93,6	92,7	92,6	93,8	95,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾		94,7	101,8	83,0	99,2	102,6	122,4	84,6	102,3	105,1

PREISE		Einheit	2005		2006			2007			
			Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex	2000=100		108,2	110,0	110,1	110,0	110,9	112,5	112,8	113,3	114,1

VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2005		2006			2007			
			Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
* Bruttomonatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR		3 052	3 455
* männlich	EUR		3 237	3 718
* weiblich	EUR		2 547	2 752
* produzierendes Gewerbe	EUR		3 190	3 797
männlich	EUR		3 289	3 915
weiblich	EUR		2 641	3 127
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR		3 070	3 298
* verarbeitendes Gewerbe	EUR		3 273	3 900
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR		3 846	5 246
* Baugewerbe	EUR		2 572	2 803
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR		2 908	3 104
männlich	EUR		3 162	3 431
weiblich	EUR		2 509	2 606
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR		2 899	3 314
* Gastgewerbe	EUR		2 031	2 022
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR		2 566	2 663
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR		4 082	4 457
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR		2 695	2 900
* Erziehung und Unterricht	EUR		2 950	2 936
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR		3 012	3 064
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR		2 992	3 116

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtszeitraumes. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Einschließlich Sonderzahlungen; Vierteljahresdurchschnitt. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2005		2006				2007		
		Durchschnitt		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 220	117 762	117 476	117 418	118 096	118 057	117 898	118 796	120 405
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 276	12 617	12 876	12 338	12 859	12 396	12 510	12 528	13 577
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 331	9 451	9 412	9 533	9 390	9 468	9 608	10 105	10 841
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	94 614	95 694	95 188	95 547	95 847	96 193	95 780	96 163	95 987
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 708	111 464	111 487	110 960	111 770	111 637	111 323	111 587	112 103
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	96 206	97 528	97 079	97 326	97 921	97 784	97 677	98 388	99 491
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	14 503	13 936	14 408	13 634	13 849	13 853	13 646	13 199	12 612
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 512	6 298	5 989	6 458	6 326	6 420	6 575	7 209	8 302
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	93 933	97 350	95 741	96 718	97 633	99 307	97 596	99 893	100 378
Sichteinlagen	Mill. EUR	26 954	28 338	28 003	28 756	27 841	28 752	27 753	29 609	29 861
Termineinlagen	Mill. EUR	30 217	32 833	31 267	31 654	33 850	34 559	34 255	35 041	35 582
Sparbriefe	Mill. EUR	5 317	5 702	5 403	5 580	5 775	6 051	6 577	7 086	7 639
Spareinlagen	Mill. EUR	31 446	30 477	31 068	30 728	30 167	29 945	29 011	28 157	27 296
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	90 659	93 977	92 497	93 232	94 040	96 139	94 595	96 440	97 325
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	88 986	91 680	90 905	91 409	91 390	93 016	91 950	93 879	94 929
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 674	2 297	1 592	1 823	2 650	3 123	2 645	2 561	2 396
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 274	3 373	3 244	3 486	3 593	3 168	3 001	3 453	3 053
STEUERN	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 208	2 379	2 558	1 989	2 505	3 006	3 146	2 389	3 214
Steuer vom Einkommen	Mill. EUR	753	824	1 001	416	791	930	1 118	476	1 042
Lohnsteuer	Mill. EUR	582	591	432	430	757	844	451	458	921
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	112	-	-	321	358	-	-	460
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	49	87	379	- 15	- 8	- 10	421	- 11	3
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	39	8	16	10	20	20	13	27
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	27	9	14	44	67	15	17	68
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	10	0	1	26	44	0	0	36
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	80	173	- 29	- 12	9	210	- 0	22
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	10	5	-	-	- 11	- 3	-	-	23
Steuer vom Umsatz	Mill. EUR	1 455	1 554	1 557	1 573	1 713	2 077	2 028	1 912	2 172
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	372	377	386	420	486	433	425	435
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 081	1 183	1 180	1 187	1 294	1 591	1 596	1 487	1 738
Zölle	Mill. EUR	130	150	167	162	158	182	103	168	178
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	95	72	69	58	92	66	63
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	43	32	37	45	38	21	26	33	29
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	34	38	51	20	22	26	57	24	24

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		Einheit	2005			2006			2007			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Landessteuern		Mill. EUR	92	87	76	84	77	95	88	98	84	
Vermögensteuer		Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	- 0	- 0	
Erbchaftsteuer		Mill. EUR	20	14	14	11	10	14	20	18	15	
Grunderwerbsteuer		Mill. EUR	16	19	17	18	20	25	19	22	19	
Kraftfahrzeugsteuer		Mill. EUR	38	39	31	35	33	38	28	41	35	
Rennwett- und Lotteriesteuer		Mill. EUR	13	10	6	17	12	15	14	14	12	
Feuerschutzsteuer		Mill. EUR	2	1	4	0	0	0	4	0	0	
Biersteuer		Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	4	3	3	
		Einheit	2005			2006				2007		
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
Gemeindesteuern		Mill. EUR	434	509	532	515	527	463	501	579	483	
Grundsteuer A		Mill. EUR	5	4	4	4	6	4	4	5	6	
Grundsteuer B		Mill. EUR	102	103	95	109	115	94	94	112	116	
Gewerbesteuer (brutto)		Mill. EUR	319	392	423	388	398	359	395	450	352	
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾		Mill. EUR	9	10	11	14	9	6	8	12	9	
Steuerverteilung												
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.		Mill. EUR	626	716	653	680	744	785	635	768	722	
Gewerbesteuer (netto) ²⁾		Mill. EUR	250	311	376	308	320	242	351	379	261	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer		Mill. EUR	232	257	150	216	267	393	160	229	295	
Anteil an der Umsatzsteuer		Mill. EUR	28	30	16	29	28	46	18	32	35	
		Einheit	2005			2006			2007			
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Steuereinnahmen des Landes		Mill. EUR	597	655	683	501	612	736	753	566	749	
Landessteuern		Mill. EUR	92	87	76	84	77	95	88	98	84	
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	272	304	386	124	283	340	439	152	394	
Lohnsteuer		Mill. EUR	196	199	133	132	270	305	142	145	340	
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	21	37	161	- 7	- 3	- 4	179	- 5	1	
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	13	16	1	6	3	5	7	5	12	
Zinsabschlag		Mill. EUR	11	12	4	6	19	29	7	7	30	
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	30	40	86	- 15	- 6	4	105	- 0	11	
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	216	242	222	237	246	294	226	266	265	
Umsatzsteuer		Mill. EUR	158	176	153	170	185	217	142	190	194	
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	57	66	69	67	61	77	84	76	71	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		Mill. EUR	6	6	-	15	2	2	-	14	1	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)		Mill. EUR	2	3	-	7	1	1	-	5	1	
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)		Mill. EUR	8	11	-	28	3	3	-	25	3	
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	2	2	-	6	1	1	-	5	1	
Steuereinnahmen des Bundes		Mill. EUR	1 189	1 252	1 381	1 078	1 294	1 554	1 659	1 295	1 664	
Bundessteuern		Mill. EUR	86	78	95	72	69	58	92	66	63	
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	336	359	439	175	336	398	492	203	447	
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	761	809	847	815	887	1 097	1 075	1 012	1 153	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		Mill. EUR	6	6	-	15	2	2	-	14	1	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Dezember

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31. März 2007 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200741

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im November 2007
Bestellnr.: C2033 200704

Vorläufige Weinmosternte 2007 – Abschließendes Ergebnis der Ernteberichterstattung im November
Bestellnr.: C2043 200700

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2007 – Vorläufiges Ergebnis
Bestellnr.: C3063 200700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen September 2007
Bestellnr.: D1023 200709

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2007
Bestellnr.: E1023 200710

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Oktober 2007
Bestellnr.: E1033 200710

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2006
Bestellnr.: E1063 200600

Bauhauptgewerbe im September 2007 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200709

Ausbaugewerbe im 3. Quartal 2007 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200743

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im September 2007
Bestellnr.: E4023 200709

Stromabsatz und Erlöse 2006
Bestellnr.: E4053 200600

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2007
Bestellnr.: E5023 200743

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2007
Bestellnr.: F2033 200710

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2007
Bestellnr.: G1023 200710

Aus- und Einfuhr 2006
Bestellnr.: G3013 200600

Aus- und Einfuhr im September 2007
Bestellnr.: G3023 200709

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im September 2007
Bestellnr.: G4023 200709

Verkehr

Binnenschifffahrt im August 2007
Bestellnr.: H2023 200708

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2006 – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1013 200600

Sozialhilfe 2005 – Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII
Bestellnr.: K1033 200500

Kriegsopferfürsorge 2006
Bestellnr.: K3033 200601

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schlüsselzuweisungen 2007
Bestellnr.: L2093 200700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im November 2007
Bestellnr.: M1013 200711

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2007
Bestellnr.: Z1013 200709

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Basisjahr 2006 (Statistische Analyse No 7)
Bestellnr.: Z2078 200701

Statistisches Jahrbuch
Rheinland-Pfalz 2007
Bestellnr.: Z2101 200700

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz – Ausgabe
Dezember 2007
Bestellnr.: Z2201 200712

Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2007)
Bestellnr.: Z2401 200700

Faltblatt: Mikrozensus 2006/2007

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1998 bis 2006 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6225E 200600

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Statistisches Jahrbuch 2007 erschienen

Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge zum Nachschlagen

Vielfältige Einblicke in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten von Rheinland-Pfalz bietet das Statistische Jahrbuch 2007, das jetzt erschienen ist. In 22 Kapiteln zeichnet die Veröffentlichung ein umfassendes Bild des Landes, das von der Bevölkerung über die Bildung, die Wirtschaft und das Gesundheitswesen bis hin zu Verkehr und Umwelt alle wesentlichen Lebensbereiche darstellt. Neben den Daten der amtlichen Statistik werden auch Informationen aus anderen Quellen aufgenommen, beispielsweise zu den Themenbereichen Kultur und Sport.

Das Statistische Jahrbuch wird inhaltlich stets dem sich wandelnden Informationsangebot sowie der veränderten Datennachfrage angepasst. So enthält die Ausgabe 2007 beispielsweise die Ergebnisse der neu strukturierten Sozialhilfestatistiken und der Erhebung zu Kindertageseinrichtungen. Die Grafiken und kurzen Kommentierungen, die jeden Abschnitt begleiten, rücken die wesentlichen Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge in das Blickfeld. Lange Zeitreihen machen den Wandel sichtbar, der sich auf vielen Gebieten vollzogen hat.

Das Statistische Jahrbuch steht im Internet zum kostenfreien Download unter <http://www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/sonstiges/jahrbuch2007.pdf> zur Verfügung. Die Printversion kann zum Preis von 18 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.



Neue Querschnittsveröffentlichung zur Situation der Landwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft wird schon sehr lange statistisch erfasst, sodass der Wandel des Agrarsektors über einen ausgedehnten Zeitraum dokumentiert werden kann. Interessante Ergebnisse hierzu enthält der Band „Die Landwirtschaft 2006“. Er gibt auf rund 250 Seiten einen umfassenden Einblick in die Struktur und die Produktion der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Mithilfe von Zeitreihen wird die Entwicklung seit den 1950er-Jahren aufgezeigt.

Die agrarstatistischen Ergebnisse werden, soweit sie nicht aus Stichprobenerhebungen stammen, zumeist auch für die kreisfreien Städte und die Landkreise, beim Weinbau für die Anbauggebiete und die Bereiche nachgewiesen. Die Veröffentlichung wird durch methodische Erläuterungen und Begriffsbestimmungen abgerundet.

Der Band „Die Landwirtschaft 2006“ kann als Printausgabe (11 Euro) oder als CD-Version im Excel-Format (15,30 Euro) beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Darüber hinaus steht eine PDF-Datei (5 682 kB) zum kostenfreien Download im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/verlag/sonstiges/band395_die_landwirtschaft_2006.pdf zur Verfügung.



Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Sandra Jonas und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.